

Die **Gemeindekasse** Bayern

Fachzeitschrift für das kommunale Finanzwesen

Herausgeber

Bernd Buckenhofer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayer. Städtetages

Dr. Judith Laeverenz, Ministerialrätin im Bayer. Staatsministerium des Innern,
für Sport und Integration

Dr. Johann Pentenrieder, Wirtschaftsprüfer

Helmut Wiedemann, Abteilungsleiter im Bayer. Kommunalen Prüfungsverband

Dr. Dieter Zöllner, Vors. Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof

Inhaltsverzeichnis
zum Jahrgang 2020

DIE GEMEINDEKASSE Bayern (GKBay)

ISSN 0341-2245

Redaktion: Franz Königsperger, Assessor (verantwortlich, Verlagsanschrift). Alle Urheber- und Verlagsrechte, ausdrücklich auch Auswertung für Datenträger, Vervielfältigung jeder Art oder Nachdruck von Beiträgen, auch auszugsweise, bleiben vorbehalten; es bedarf in jedem Einzelfall der vorherigen Zustimmung des Verlages. Mit der Annahme des Beitrags zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag alle ausschließlichen Verlagsrechte für die Zeit des Bestehens des Urheberrechts. Diese umfassen insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und die Befugnis zur Einspeicherung des Beitrags in eine Datenbank, verbunden mit dem Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung (online oder offline) zu gewerblichen Zwecken ohne zusätzliche Vergütung. Das ausschließliche Recht an einer elektronischen Version des Beitrags erwirbt der Verlag ohne zeitliche Begrenzung.

Verlag: Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, Levelingstr. 6a, 81673 München;
Telefon (089) 436 000-20, Telefax (089) 436 15 64; Internet: www.boorberg.de; E-Mail: mail@boorberg.de.
Verantwortlich für den Anzeigenteil: Dieter Müller, Richard Boorberg Verlag, Scharnstraße 2, 70563 Stuttgart;
Telefon (0711) 73 85-0, Telefax (0711) 73 85 100; Internet: www.boorberg.de; E-Mail: anzeigen@boorberg.de.
Anzeigenpreisliste Nr. 10 vom 1.1.2016 ist gültig.

Belichtung und Druck: Humbach & Nemazal Offsetdruck GmbH, Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen.
Erscheinungsweise: am 1. und 15. jeden Monats. Bezugspreis: € 345,60 jährlich einschließlich Versandkosten.
Die Berechnung des Abonnements erfolgt jährlich im Voraus. Bestellung nur über den Verlag. Eine Abbestellung kann frühestens zum Jahresende gültig werden, wenn sie spätestens sechs Wochen vorher dem Verlag vorliegt.

Jahresinhaltsverzeichnis

FSt vor der Randnummer = „FUNDSTELLE“, GK = „GEMEINDEKASSE“

I. Alphabetisches Stichwortverzeichnis

Die Zahlen bedeuten **Randnummer** und Seite

II. Verzeichnis der Entscheidungen ab S. 47

A

Abfallentsorgung

- Anforderungen an die Darlegung der Verwertungswege und der ordnungsgemäßen Verwertung durch gewerbliche Sammler, insbesondere bei Verbringung der Abfälle in das EU-Ausland FSt 4, 6
- Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt für die gerichtliche Überprüfung einer abfallrechtlichen Untersagung FSt 4, 7
- Sinn und Zweck der Darlegungspflicht ist es, der Abfallbehörde eine Prognose zu ermöglichen, ob eine ordnungsgemäße und schadlose Verwertung der gesammelten Abfälle erfolgt und damit eine Ausnahme von der Überlassungspflicht an den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger gerechtfertigt ist FSt 4, 7
- Für eine ausreichende Darlegung der Verwertungswege und der Verwertung nach § 18 Abs. 2 Nrn. 4 und 5 KrWG muss bei Altkleidern und -schuhen dargetan werden, dass der gesamte Abfall von einem oder mehreren Entsorgungsunternehmen abgenommen wird FSt 4, 8
- Bei der Verbringung von Abfällen in andere EU-Mitgliedstaaten kommt den Bestimmungen der EG-Abfallverbringungsverordnung Anwendungsvorrang zu, welche die Darlegungspflichten abschließend festlegen FSt 4, 9
- Werden die gesammelten Altkleider und -schuhe ohne vorherige Sortierung in das Ausland verbracht, so genügt die Vorlage des Formblatts gemäß Anhang VII der EG-Abfallverbringungsverordnung sowie des Vertrages gemäß Art. 18 Abs. 2 Satz 1 EG-Abfallverbringungsverordnung FSt 4, 10
- Eine Vorsortierung der gesammelten Abfälle vor der Verbringung in das EU-Ausland muss nicht dargelegt werden; ob eine ordnungsgemäße Sortierung nach verwertbaren und nicht verwertbaren Abfällen erfolgt, obliegt dann der Kontrolle der zuständigen Behörden im Empfängerstaat FSt 4, 12
- Eine Sammlungsuntersagung wegen Unzuverlässigkeit des Sammlers erfordert konkrete Erkenntnisse aus der Vergangenheit und muss verhältnismäßig sein FSt 4, 13
- Rechtswidrige Untersagung einer gewerblichen Altpapiersammlung wegen Einführung einer eigenen Sammlung FSt 210, 661
- Keine Gefährdung der Funktionsfähigkeit des Entsorgungsträgers oder des von diesem beauftragten Dritten nach § 17 Abs. 3 Satz 3 Nr. 3 KrWG durch bloße Existenz einer gewerblichen Sammlung FSt 210, 662
- Unterscheidung zwischen neu hinzutretender und bereits bestehender Sammlung FSt 210, 663
- § 17 Abs. 3 Satz 3 Nr. 3 KrWG vermittelt keinen Konkurrenzschutz FSt 210, 663
- Eine gewerbliche Abfallsammlung darf nicht zu dem Zweck untersagt werden, dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger den Zugriff auf diese Abfallmengen allein mit Blick auf eine beabsichtigte Vergabe zu erlauben FSt 210, 664
- Die Konkurrenz mehrerer Sammler um das haushaltsnah zu erfassende Altpapieraufkommen ist in einem Entsorgungsgebiet zulässig FSt 210, 665
- Zulässiges Nebeneinander „blauer Tonnen“ des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers und „grüner Tonnen“ gewerblicher Entsorger FSt 210, 665

- Keine wesentliche Beeinträchtigung der Planungssicherheit und Organisationsverantwortung des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers nach § 17 Abs. 3 Satz 3 Nr. 1 KrWG FSt 210, 666
- Erfüllung der Entsorgungsaufgabe des Entsorgungsträgers zu wirtschaftlich ausgewogenen Bedingungen (§ 17 Abs. 3 Satz 2 Alt. 1 KrWG) wird durch gewerbliche Sammlung nicht verhindert FSt 210, 666
- Wiedereinsetzung in unverschuldet versäumte Klagefrist, deren Einhaltung mittels „Sendungsverfolgung“ überwacht wurde; Genehmigungspflicht einer Abfallanlage; Gebietserhaltungsanspruch FSt 245, 784
- Kein Verschulden an der Fristversäumnis bei ausreichender online-Sendungsverfolgung, deren Auskunft falsch war FSt 245, 784
- Anlagen zur „zeitweiligen Lagerung“ von Abfällen sind keine „zeitweiligen Anlagen“ zur Lagerung von Abfällen FSt 245, 786
- Vorsorgegebot im Bundes-Immissionsschutzgesetz ist nicht drittschützend; Unterschied zwischen einem Beurteilungspegel und dem immissionswirksamen flächenbezogenen Schalleistungspegel FSt 245, 788
- Den „Gebietserhaltungsanspruch“ gibt es nur in Bezug auf ein Baugebiet, nicht in Bezug auf den räumlichen Geltungsbereich eines Bebauungsplans FSt 245, 790
- Veränderungssperre vermittelt keinen Drittschutz FSt 245, 791

Abgaben

- Geltung des Rückwirkungsverbots für nicht grundrechtsfähige juristische Personen des Privatrechts im Abgabenrecht FSt 79, 240
- Neue Bewertung der Fehlertoleranz bei Gebührenkalkulationen GK 95, 243

Abgabenordnung

- Nochmals: Verzinsung nach § 233 i.V.m. § 238 Abs. 1 Satz 1 AO GK 63, 160
- Änderung des Anwendungserlasses zur Abgabenordnung (AEAO) GK 107, 278
- Steuerliche Maßnahmen zur Berücksichtigung der Auswirkungen des Coronavirus: Stundung, Vollstreckung, Vorauszahlungen GK 125, 325

Abwasseranlagen

- Duldung öffentlicher Wasser- und Abwasserleitungen in Privatgrundstücken; Beseitigung auf eigene Kosten; (Not-)Duldungsanordnung FSt 40, 121
- Rechtsnatur der Verrohrung eines Bachlaufs in der Ortslage einer Gemeinde FSt 269, 870

- Streitstand zu der Frage, ob ein Gewässer zugleich Teil einer gemeindlichen Abwasseranlage sein kann FSt 269, 871
- Die Einordnung eines Bachlaufs auch als Abwasserbeseitigungsanlage erfordert dessen technische Integration in die Anlage und die Rechtmäßigkeit der Benutzung des Gewässers durch die Anlage FSt 269, 872
- Neunte Verordnung zur Änderung der Abwasserordnung vom 6.3.2020 GK 86, 216
- Zehnte Verordnung zur Änderung der Abwasserordnung vom 16.6.2020 GK 142, 359

Altersteilzeit

- Altersteilzeit im Blockmodell nach TV Flex-AZ; Anspruch auf die Jahressonderzahlung nach § 20 TVöD GK 55, 140

Amtshaftung

- Grundsätzlich keine Drittgerichtetheit der beamtenrechtlichen Remonstrationspflicht FSt 206, 649
- Weisungsgebundenheit von Beamten und Remonstration FSt 206, 649
- Die Remonstrationspflicht ist grundsätzlich keine Amtspflicht, die dem Beamten Dritten gegenüber obliegt FSt 206, 650
- Haftungsansprüche sind nicht gegeben FSt 206, 651

Arbeitnehmer

- Ergänzung der Fachlichen Weisungen zum Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) FSt 43, 130
- Neues Stellenportal der öffentlichen Arbeitgeber FSt 91, 280
- Whistleblowing – Hinweise FSt 116, 362
- Fremdgeschäftsführer als Arbeitnehmer FSt 139, 440
- Änderungen im Arbeitsrecht durch das Dritte Bürokratieentlastungsgesetz vom 22.11.2019 FSt 141, 443
- Änderung des Entgeltfortzahlungsgesetzes FSt 141, 443
- Änderung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) FSt 141, 444
- Begrenzung der Hauptleistungspflicht bei Saisonbeschäftigung FSt 220, 693
- Befristung eines Bademeisterarbeitsvertrags für die Saison (Zeit vom 1.4. bis zum 31.10. eines jeden Jahres) wäre gerechtfertigt FSt 220, 693
- Interesse von Arbeitgeber und Arbeitnehmer an einem unbefristeten Vertrag mit Vergütungsanspruch (nur) für die Beschäftigungszeit FSt 220, 694

- Sachbezugswerte für freie oder verbilligte Mahlzeiten sowie Bewertung der Personalunterkünfte ab 1.1.2020 GK 21, 43
- Tarifabschluss 2018 im öffentlichen Dienst – Erhöhung der tariflichen Entgelte ab 1.3.2020 GK 46, 101
- Geringfügige Beschäftigung bei Arbeit auf Abruf nur bei Festlegung der wöchentlichen Arbeitszeit GK 47, 114
- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für kommunale Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ab 1.3.2020 GK 81, 200
- Abmilderung der zusätzlichen Belastungen durch die Corona-Krise für Arbeitnehmer; Steuerbefreiung für Beihilfen und Unterstützungen GK 108, 278
- Lohnsteuerpflichtiger Sachbezug, wenn Backwaren und Heißgetränke Arbeitnehmern kostenlos zur Verfügung gestellt werden? GK 109, 279
- Tarifverdienste 2019 – Entwicklung der Indizes GK 111, 284
- Wahrung der Ausschlussfrist für Vergütungsansprüche durch Klage gegen Versetzung GK 117, 303
- Gewährung von Zusatzleistungen und Zulässigkeit von Gehaltsumwandlungen; Anwendung des BFH-Urteils vom 1.8.2019 – VI R 32/18 GK 136, 347
- Vergütungsbezogene Rückabwicklung eines (vermeintlichen) Honorarverhältnisses GK 157, 398
- Ergänzende Fürsorgeleistung (Ballungsraumzulage) für Beschäftigte, Auszubildende und Besoldungsempfänger – Dynamisierung der Zulage und Grenzbeträge 2020 u. 2021 GK 198, 499

Arbeitsförderung

- Verordnung über die Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld (Kurzarbeitergeldbezugsdauerverordnung – KugBeV) vom 16.4.2020 GK 103, 263

Arbeitsschutz

- Arbeitsschutzmaßnahmen bei hohen Raumtemperaturen FSt 142, 445

Arbeitsvertrag

- Wahrung von Ausschlussfristen; hier: finanzieller Ausgleich für zu viel geleistete Mehrarbeit FSt 57, 168
- Das Gebot fairen Verhandeln ist bei einem Aufhebungsvertrag zu beachten FSt 71, 210

- Die Einwilligung zum Abschluss eines arbeitsrechtlichen Aufhebungsvertrags kann nicht gemäß § 355 BGB widerrufen werden FSt 71, 210
- Ein Aufhebungsvertrag ist jedoch unwirksam, wenn er unter Missachtung des Gebots fairen Verhandeln zustande gekommen ist FSt 71, 211
- Nochmals: Sachgrundlose Befristung und Vorbeschäftigung FSt 115, 361

Arbeitszeit

- Freizeitausgleich nach Schließung des Arbeitszeitkontos FSt 177, 559
- Schichtplanturnus bei Wechselschichtarbeit GK 146, 368
- Ein Schichtplanturnus kann ein Jahr umfassen, so dass hieran ggf. vergütungspflichtige Überstunden anknüpfen GK 146, 369
- Eine Dienstplanflexibilisierung ist möglich, aber hat Grenzen GK 146, 370

Architekten

- Zulässiges Vertragsmuster zur Vereinbarung einer Baukostenobergrenze mit dem Architekten FSt 47, 141
- Architektenrecht: Kündigungsbedingter Abzug von 40 % für ersparte Aufwendungen FSt 183, 576
- HOAI: Mindestsatzklagen eines Architekten oder Ingenieurs als treuwidriges Verhalten (§ 242 BGB) FSt 276, 900
- Kammergericht, Urteil vom 12.5.2020: Aufstockungsklage eines Architekten oder Ingenieurs gegen öffentlichen Auftraggeber ist regelmäßig treuwidrig FSt 276, 901
- BGH, Urteil vom 27.10.2011: Geltendmachung der Mindestsätze kann nach Treu und Glauben ausgeschlossen sein FSt 276, 902
- OLG München, Beschluss vom 7.7.2020: Aufstockungsverlangen ist unter bestimmten Voraussetzungen treuwidrig FSt 276, 903
- Literaturmeinung: Mindestsatzklagen sind weiterhin möglich, da sich die öffentliche Hand nicht auf die vom EuGH festgestellte Europarechtswidrigkeit der Mindestsatzregeln der HOAI berufen kann FSt 276, 904

Archiv-CD-ROM

- Archiv-CD-ROM „FStGK“ für „Fundstelle“ und „Gemeindekasse“ – Ausgabe 2019 FSt 39, 120
- Archiv-CD-ROM „FStGK“ für „Fundstelle“ und „Gemeindekasse“ – Ausgabe 2019 GK 35, 71

Archive, Archivierung

- Verordnung über die technischen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die elektronische Aktenführung im Bußgeldverfahren (Bundesbußgeldaktenführungsverordnung – BBuBAktFV) vom 8.1.2020 GK 58, 143

Ärzte

- Tarifaabschluss für Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern – Änderungen ab 1.1.2019, 1.1.2020 und 1.1.2021 GK 30, 58
- Erhöhung der Tabellenentgelte GK 30, 58
- Einsatzzuschlag im Rettungsdienst GK 30, 59
- Besitzstandszulage für kinderbezogene Entgeltbestandteile GK 30, 59
- Erhöhung des Bereitschaftsdienstentgelts und -zuschlags GK 30, 59
- Bemessungsgrundlage für die Entgeltfortzahlung GK 30, 60

Aufenthaltsrecht

- Abgeleitetes Aufenthaltsrecht des Ehegatten eines Unionsbürgers trotz Scheidung FSt 189, 600
- Verlust des Rechts eines EU-Bürgers auf Freizügigkeit wegen der Begehung von Diebstählen FSt 250, 801
- Die Tatsache einer strafrechtlichen Verurteilung genügt für sich allein nicht, um den Verlust der Freizügigkeit zu begründen FSt 250, 801
- Umstände der Tatbegehung sind mit zu würdigen; Diebstähle in mehreren Fällen können den Verlust des Rechts auf Freizügigkeit begründen FSt 250, 802
- Prognose erforderlich, ob gegenwärtig eine hinreichend schwere Gefahr der Begehung weiterer Straftaten besteht FSt 250, 802
- Ermessensentscheidung der Ausländerbehörde erfordert Interessenabwägung FSt 250, 803
- Angemessenheit der Sperrfrist von fünf Jahren FSt 250, 804

Aufwandsentschädigung

- Nichtanrechnung der Aufwandsentschädigung für kommunale Ehrenbeamte auf vorgezogene Rente verlängert GK 181, 453

Auskünfte

- Ein auf Art. 39 BayDSG gestütztes Auskunftsbegehren ist mit der Verpflichtungsklage geltend zu machen FSt 27, 83

- Der gesetzlichen Auskunftspflicht unterliegt eine öffentliche Stelle auch dann, wenn sie sich eines Verwaltungshelfers in Gestalt eines privaten Dienstleisters bedient hat, bei dem die Daten gespeichert sind FSt 27, 85
- Art. 39 Abs. 1 BayDSG gewährt einen Anspruch auf Übermittlung von Datei- und Akteninhalten in einer für Außenstehende verständlichen Form FSt 27, 86
- Einzelmieten mit Straße und Hausnummer stellen personenbeziehbare Einzelangaben dar FSt 27, 88
- Die Informationsfreiheitsatzung der Beklagten verschafft keine über Art. 39 BayDSG hinausgehenden Auskunftsansprüche FSt 27, 88

Ausländer, Asylbewerber

- Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz FSt 28, 90
- Zweites Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht FSt 63, 191
- § 11 AufenthG – Einreise- und Aufenthaltsverbot FSt 63, 192
- §§ 53, 54 AufenthG – Anforderungen an Ausweisungsinteresse verringert FSt 63, 192
- § 58 AufenthG – Stärkung der Behörden bei Abschiebungen FSt 63, 193
- § 60b AufenthG – Neuer Duldungsstatus für Personen ungeklärter Identität FSt 63, 194
- § 62 AufenthG – Abschiebungshaft und Mitwirkungshaft FSt 63, 194
- § 62b AufenthG – Ausreisegewahrsam FSt 63, 195
- §§ 71, 75 AufenthG – Zuständigkeit des BAMF für die Beschaffung der Heimreisedokumente FSt 63, 196
- § 12a AsylG – Asylverfahrensberatung und Aufenthalt in Aufnahmeeinrichtungen FSt 63, 196
- § 73 AsylG – Verlängerung der Frist für Regelüberprüfung FSt 63, 197
- §§ 1, 1a AsylBLG – eingeschränkte Leistungen bei Mitwirkungspflichtverletzung und fehlender Zuständigkeit der Bundesrepublik Deutschland FSt 63, 198
- Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG FSt 66, 200
- Vereinbarkeit der generalpräventiven Ausweisung mit § 53 AufenthG FSt 80, 240
- Verfassungsmäßigkeit des Bayerischen Integrationsgesetzes: „Leitkultur“, Neutralitätspflicht des Staates, staatlicher Bildungsauftrag, Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung FSt 112, 350

- Die Integration von Ausländern bildet eine staatliche Querschnittsaufgabe, die von Bund und Ländern auf der Grundlage ihrer jeweiligen Gesetzgebungsbefugnisse nach eigenen Vorstellungen zu erfüllen ist FSt 112, 350
- Der Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung ist im Strafgesetzbuch abschließend geregelt, so dass der Landesgesetzgeber diesbezüglich keine ordnungswidrigkeitenrechtlichen Sanktionen vorsehen darf FSt 112, 351
- Die „Leitkultur“-Definition in der Präambel des Gesetzes kann nicht für sich genommen an verfassungsrechtlichen Vorgaben gemessen werden FSt 112, 351
- Die Förderung von an der „Leitkultur“ ausgerichteten Bildungsangeboten verstößt nicht gegen die Gemeinwohl- und Neutralitätsverpflichtung des Staates FSt 112, 352
- Es ist mit der Verfassung vereinbar, die in Verwaltungsverfahren anfallenden Dolmetscher- und Übersetzerkosten solchen Personen aufzuerlegen, die sich bereits längere Zeit in Deutschland aufgehalten haben FSt 112, 353
- Die gesetzliche Festlegung von (bekenntnisneutralen) Bildungsinhalten für Kindertageseinrichtungen lässt sich durch den auch den vorschulischen Bereich erfassenden Bildungsauftrag des Staates rechtfertigen FSt 112, 353
- Die gesetzliche Verpflichtung, im Rundfunk eine bestimmte „Leitkultur“ zu vermitteln, verstößt gegen die zur Freiheit des Rundfunks gehörende Programmfreiheit FSt 112, 354
- Die auf einen Gesinnungswandel abzielende Verpflichtung zur Teilnahme an einem Grundkurs über die Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung greift – anders als das Verbot, eine andere Rechtsordnung zu propagieren – in unverhältnismäßiger Weise in die Meinungsfreiheit ein FSt 112, 354
- Dauer der Anordnung von Abschiebungshaft FSt 215, 680
- Besondere Privilegierung nachgezogener Kinder bei der Aufenthaltsverfestigung endet mit Volljährigkeit FSt 224, 712
- Bek des StMI vom 13.5.2020 – Änderung der Bekanntmachung über die volle Gebührenhöhe für die Jahre 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 gemäß § 23 Abs. 2 Satz 2 DV Asyl GK 131, 335

Ausschreibungen

- Vertiefte Preisprüfung bei Mischkalkulation und früheren negativen Erfahrungen mit der Preisgestaltung GK 182, 454

Ausschüsse

- Gemeinderat; Sitzverteilung in Ausschüssen; Ausschussgröße; d'Hondtsches Höchstzahlverfahren; Spiegelbildlichkeit; Minderheitenschutz; Ausschussgemeinschaften FSt 273, 885
- Die Zahl der Ausschusssitze muss nicht so bemessen werden, dass auch kleine Fraktionen oder Gruppen in den Ausschüssen vertreten sind FSt 273, 886
- Bei der Wahl des Verteilungsverfahrens muss nicht die „bestmögliche“ Lösung gefunden werden FSt 273, 887
- Ob eine Geschäftsordnungsregelung unzulässigerweise darauf abzielt, eine bestimmte Gruppierung als unerwünschte politische Kraft auszuschalten, lässt sich nicht allein anhand offizieller Erklärungen beurteilen FSt 273, 888
- Ausschussgemeinschaften nach Art. 33 Abs. 1 Satz 5 GO setzen keine inhaltlichen Gemeinsamkeiten voraus, sondern sind reine Zweckbündnisse zur Erlangung eines Ausschusssitzes FSt 273, 889
- Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts steht der Anerkennung von Ausschussgemeinschaften nicht prinzipiell entgegen FSt 273, 889
- Die Vergabe von Sitzen an eine Ausschussgemeinschaft darf nicht dazu führen, dass damit eine größere Gruppe den einzigen ihr zustehenden Sitz verliert FSt 273, 891

Außenbereich

- Verminderung der Windausbeute einer benachbarten Windenergieanlage FSt 32, 99
- Der Errichtung einer Windenergieanlage im Außenbereich kann der öffentliche Belang des Rücksichtnahmegebots aus § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB entgegenstehen, wenn die Anlage die Windausbeute einer benachbarten, bereits bestehenden Windenergieanlage vermindert FSt 32, 99
- Das Gebot der Rücksichtnahme ist jedenfalls dann nicht verletzt, wenn die Minderung gemessen am Gesamtertrag der Bestandsanlage relativ geringfügig ist FSt 32, 100

Außerordentliche Kündigung

- Außerordentliche Kündigung von schwerbehinderten Menschen; Frist für die Kündigungserklärung FSt 240, 769

Auszubildende

- Auszubildende in betrieblich-schulischen Gesundheitsberufen; Refinanzierung FSt 14, 57
- Aktualisierte Vertragsmuster FSt 24, 80

- Ergänzende Fürsorgeleistung (Ballungsraumzulage) für Beschäftigte, Auszubildende und Besoldungsempfänger – Dynamisierung der Zulage und Grenzbeträge 2020 u. 2021
GK 198, 499

B

Baubeschränkung

- Verringerung des Flächenverbrauchs in Bayern
FSt 184, 578

Baugenehmigung

- Flüchtlingsunterkunft in öffentlich-rechtlicher Unterbringungsverantwortung
FSt 3, 3
- Der Unterbringung von Flüchtlingen oder Asylbegehrenden i.S. des § 246 Abs. 9 BauGB dienen nur Vorhaben, mit denen die öffentliche Hand ihre Unterbringungsverantwortung wahrnimmt
FSt 3, 3
- Vorhaben privater Bauherren sind nur begünstigt, wenn sie in Abstimmung mit der öffentlichen Hand errichtet werden oder in zumindest vergleichbarer Weise gesichert ist, dass sie der Wahrnehmung der öffentlichen Aufgabe dienen werden
FSt 3, 5
- Gaststätte im allgemeinen Wohngebiet
FSt 16, 61
- Landwirtschaftliche Betriebsgebäude einschließlich einer Unterstellhalle für Wohncontainer in erheblicher Entfernung von der Hofstelle sind nicht privilegiert i.S. von § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
FSt 46, 136
- „Dienen“ i.S. des § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB erfordert eine funktionale Beziehung und eine räumliche Zuordnung zu den Betriebsflächen
FSt 46, 136
- Auch bei „mitgezogenen“ Nutzungen ist eine räumliche Nähe zu den Betriebsflächen nötig
FSt 46, 137
- Nachbarschutz im faktischen Dorfgebiet
FSt 73, 222
- Die Eigenart der näheren Umgebung wird durch dasjenige bestimmt, was auf dem Baugrundstück selbst und in der näheren Umgebung tatsächlich vorhanden ist
FSt 73, 223
- Bei der Prüfung nach § 34 Abs. 2 BauGB, ob die Eigenart der näheren Umgebung einem der Baugebiete nach der BauNVO entspricht, ist ein bereits verwirklichtes Vorhaben nicht zu berücksichtigen, das selbst Gegenstand der bauplanungsrechtlichen Beurteilung ist
FSt 73, 223
- Zulässigkeit eines Lebensmittelmarkts in einem faktischen Mischgebiet
FSt 182, 573

Baumaßnahmen

- Werkvertragsrecht/Baurecht: Schadensersatz für mängelbedingte Schäden; Notwendigkeit, eine Nachfrist zur Mängelbeseitigung zu setzen?
FSt 10, 43
- Zum Schadensersatzanspruch, wenn der Schaden außerhalb der zu reparierenden Sache entstanden ist
FSt 10, 43
- Zur Einordnung des Schadens als Folgeschaden
FSt 10, 44
- Bei Folgeschäden ist keine Fristsetzung erforderlich
FSt 10, 45
- Zum Schadensersatzanspruch hinsichtlich der mangelhaft reparierten Sache
FSt 10, 46
- Zur Entbehrlichkeit einer Nachfristsetzung bei gleichzeitigem Vorliegen von Mangelschäden und Mangelfolgeschäden an sonstigen Rechtsgütern
FSt 10, 47
- Fortschreibung der Richtlinie zur einheitlichen Erfassung, Bewertung, Aufzeichnung und Auswertung von Ergebnissen der Bauwerksprüfung nach DIN 1076 (RI-EBW-PRÜF); Einführung in Bayern
FSt 33, 101
- Großflächiger Einzelhandelsbetrieb: Keine Hinzurechnung von Flächen im Türrahmen vor Notausgängen zur Verkaufsfläche
FSt 119, 375

Baumpflege

- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Baumpflege (ZTV-Baumpflege – Ausgabe 2017)
FSt 18, 65

Baunutzungsverordnung

- Beschränkung der Zahl zulässiger Vorhaben in einem sonstigen Sondergebiet i.S. von § 11 Abs. 1 BauNVO?
FSt 209, 657
- Eine Beschränkung der Zahl zulässiger Vorhaben in einem sonstigen Sondergebiet (§ 11 Abs. 1 BauNVO) ist mangels Rechtsgrundlage unwirksam
FSt 209, 657
- § 11 Abs. 2 Satz 1 BauNVO lässt es unter bestimmten Voraussetzungen zu, die höchstzulässige Verkaufsfläche für die Grundstücke in einem Bebauungsplan in der Form festzusetzen, dass die maximale Verkaufsfläche für jeweils einzelne Grundstücke festgelegt wird
FSt 209, 659

Bauordnung

- Änderung des Art. 83 BayBO: Weitere Ausnahme von der Abstandsregelung für Windenergieanlagen
FSt 244, 782

Baupreisindex

- Baupreisindizes im August 2019
GK 56, 142

Bauvertrag

- Zur Frage, wie der Entschädigungsanspruch nach § 642 BGB zu berechnen ist FSt **144**, 450
- Anerkannte Regeln der Technik, Unverhältnismäßigkeit der Mängelbeseitigung, Bedenkenhinweis FSt **267**, 859
- Die Bauausführung muss im Zeitpunkt der Abnahme den anerkannten Regeln der Technik entsprechen FSt **267**, 860
- Zur Wesentlichkeit eines Werkmangels FSt **267**, 861
- Zur Frage unverhältnismäßiger Mängelbeseitigungskosten FSt **267**, 862
- Es liegt kein vom Unternehmer zu vertretender Werkmangel vor, wenn er den Auftraggeber ausdrücklich auf die von diesem vorgegebene und weiterhin verlangte, ungeeignete Ausführungsart hingewiesen hat FSt **267**, 863
- Nach Kündigung des Bauvertrags hat der Unternehmer grundsätzlich nur Anspruch auf Vergütung der Leistungen, die bereits in das Bauwerk eingegangen sind GK **128**, 328
- Ausnahmsweise Pflicht des Bauherrn, die nicht eingebauten Bauteile zu übernehmen GK **128**, 329
- Vergütung kontaminierten Bodenaushubs GK **183**, 455

Bauvorbescheid

- Abgrenzung des Innenbereichs zum Außenbereich FSt **143**, 447
- Eine Regelvermutung dahin gehend, dass eine unbebaute Fläche, die maximal zwei Wohngebäude aufnehmen kann, den Bebauungszusammenhang nicht unterbricht, sondern als Baulücke Teil des Bebauungszusammenhangs ist, ist dem § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB nicht zu entnehmen FSt **143**, 447
- Zur Frage, ob zu der den Bebauungszusammenhang bildenden Bebauung auch nicht dem ständigen Aufenthalt von Menschen dienende Gebäude wie Lager- oder Betriebshallen gehören FSt **143**, 449

Beamtenbesoldung

- Erhöhung der Dienstbezüge der Beamten zum 1.1.2020 GK **4**, 7
- Tabelle der Grundgehaltssätze für Beamte – gültig ab 1.1.2020 GK **5**, 10
- Tabelle der Strukturzulagen, Stellszulagen und Zulagen für besondere Berufsgruppen – gültig ab 1.1.2020 GK **6**, 11
- Tabelle der Familienzuschläge – gültig ab 1.1.2020 GK **7**, 12

- Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 5 GK **7**, 13
- Anrechnungsbetrag nach Art. 35 Abs. 2 BayBesG GK **7**, 13
- Tabelle der Mehrarbeitsvergütungen – gültig ab 1.1.2020 GK **8**, 13
- Tabelle der Anwärtergrundbeträge – gültig ab 1.1.2020 GK **9**, 14
- Anspruch eines Beamten auf fristgemäße Zahlung der Dienstbezüge nur beschränkt einklagbar GK **165**, 419
- Grundsätzliches zum Charakter der Besoldungszahlungen GK **165**, 419
- Pflicht des Dienstherrn zur Bezügezahlung noch vor dem Monatswechsel GK **165**, 420
- Klageweise Geltendmachung der Bezügezahlung im Voraus nur in engen Grenzen zulässig GK **165**, 421
- Kein Anspruch auf Verzugspauschale nach § 288 Abs. 5 Satz 1 BGB GK **165**, 422

Bebauungsplan

- Gliederung eines Industriegebiets mit Hilfe von Emissionskontingenten FSt **17**, 64
- Keine Ermächtigungsgrundlage für einen Bebauungsplan mit ausschließlich gestalterischen Festsetzungen FSt **31**, 96
- Der Bundesgesetzgeber hat den Landesgesetzgeber in § 9 Abs. 4 BauGB nur ermächtigt, zusätzlich zu den städtebaulichen Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 BauGB bauordnungsrechtliche Festsetzungen in den Bebauungsplan aufzunehmen FSt **31**, 96
- Die Regelung des Art. 81 Abs. 2 Satz 1 BayBO gibt der Gemeinde nicht die Befugnis, einen Bebauungsplan allein für ortsgestalterische Festsetzungen zu erlassen FSt **31**, 98
- Änderung eines Bebauungsplans: Berücksichtigung privater Belange FSt **60**, 182
- Rüge eines Abwägungsfehlers FSt **99**, 304
- Zu den Anforderungen an die Rüge eines Abwägungsfehlers nach § 215 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BauGB FSt **99**, 304
- Um Fehler im Abwägungsvorgang hinreichend substantiiert gegenüber der Gemeinde geltend zu machen, ist es ausreichend, dass Antragsteller in einem Parallelverfahren eine entsprechende Rüge erhoben haben FSt **99**, 306
- Bekanntmachung der Arten umweltbezogener Informationen FSt **110**, 343
- § 3 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 1 BauGB verpflichtet die Gemeinde, die in den vorhandenen Stellungnahmen und Unterlagen behandelten Umweltthemen nach Themenblöcken zusammenzufassen und diese in der Auslegungsbekanntmachung mit Schlagwörtern zu charakterisieren FSt **110**, 343

- Bei der Bildung der Schlagwörter darf die Gemeinde grundsätzlich sintragende Begriffe aus dem Titel der jeweiligen Information aufgreifen FSt 110, 345
- § 3 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 1 BauGB verlangt für die Angabe der Arten umweltbezogener Informationen weder einen Hinweis auf deren Beschaffenheit als Gutachten, Stellungnahme oder dergleichen noch einen Hinweis auf den Autor oder Urheber FSt 110, 347
- Sondergebiet Gesundheit/Hotel, Berücksichtigung von Eigentümerinteressen FSt 132, 420
- Ein Bebauungsplan kann zur Sicherung eines Bereichs für touristische und gesundheitliche Nutzung ein Sondergebiet Gesundheit/Hotel festsetzen FSt 132, 420
- Ermittlungs- und Bewertungsmängel bei der Abwägung sind Verfahrensfehler FSt 132, 422
- Ermittlungsfehler; hier verneint FSt 132, 423
- Die Einschränkung eines Baurechts muss ausreichend in der Abwägung berücksichtigt werden FSt 132, 424
- Gemeindliche Planungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB FSt 168, 532
- Eine gemeindliche Planungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB setzt ein, wenn die Verwirklichung der Raumordnungsziele bei Fortschreiten der „planlosen“ städtebaulichen Entwicklung auf unüberwindbare (tatsächliche oder rechtliche) Hindernisse stoßen oder wesentlich erschwert würde FSt 168, 533
- Eine gemeindliche Planungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB besteht nicht, wenn ein womöglich den Zielen der Raumordnung widersprechendes Vorhaben schon ohne eine gemeindliche Planung planungsrechtlich unzulässig ist FSt 168, 534
- Amtsermittlung bei Rügen nach § 215 Abs. 1 BauGB FSt 197, 623
- Das Gericht muss die Antragsteller nicht darauf hinweisen, dass gerügte Mängel des Bebauungsplans nach § 215 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 3 BauGB unbeachtlich geworden sein könnten, wenn die Gemeinde dies als Antragsgegnerin bereits schriftsätzlich geltend gemacht hat FSt 197, 624
- Will ein Gericht eine Entscheidung auf die Unbeachtlichkeit von Fehlern nach § 215 Abs. 1 BauGB stützen, muss es berücksichtigen, dass nur die Gemeinde Kenntnis aller erhobenen Rügen hat FSt 197, 624
- Großflächiger Einzelhandelsbetrieb als Anlagentyp FSt 265, 855

- Einzelhandelsbetriebe, die i.S. von § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauNVO großflächig sind, stellen einen eigenständigen Anlagentyp i.S. von § 1 Abs. 9 BauNVO dar, und zwar unabhängig davon, ob von ihnen die in § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauNVO beschriebenen Wirkungen ausgehen FSt 265, 855
- Wählt eine Gemeinde die Verkaufsfläche als Differenzierungskriterium, so sind Betriebe, die diese Fläche über- bzw. unterschreiten, nicht schon allein deshalb eine eigenständige Anlagenart FSt 265, 856

Behinderte Menschen

- Berücksichtigung behinderungsbedingter Leistungseinschränkungen eines Beamten FSt 53, 160
- Gesetz zur Änderung des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes vom 24.7.2020 FSt 242, 773
- Verbesserung der Barrierefreiheit FSt 242, 773
- Verständliche Sprache zur stärkeren Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderung FSt 242, 776
- Verdeutlichung der Stellung, der Rechte und des Aufgabenbereichs der Beauftragten auf kommunaler Ebene FSt 242, 778
- Verlängerung der Amtsperiode des Landesbehindertenrates FSt 242, 779

Beihilfe

- Bek des StMFH vom 30.12.2019 – Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung, Abführung von Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeiträgen für Pflegepersonen GK 58, 143
- Zur Frage, ob bei stationären psychosomatischen Behandlungen in Privatkrankehäusern nach bayerischem Beihilferecht (§ 28 Abs. 2 BayBhV) nach Pflegesätzen oder einer Fallpauschale abzurechnen ist GK 72, 179
- Bei der Abgrenzung zwischen § 28 Abs. 2 Satz 1 BayBhV (Abrechnung nach DRG-Fallpauschalen) und § 28 Abs. 2 Satz 2 BayBhV (Abrechnung nach Pflegesätzen) kommt es nicht auf die Diagnose des in die Klinik einweisenden Arztes, sondern auf die Schlussdiagnose der Klinik an GK 72, 180
- Die Abgrenzung zwischen § 28 Abs. 2 Satz 1 und Satz 2 BayBhV hat ausschließlich danach zu erfolgen, ob eine Gruppierung im Sinne des spezielleren § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayBhV zur Einschlägigkeit einer Fallpauschale führt GK 72, 180

- Der im DRG-Fallpauschalensystem als „Gruppierung“ bezeichnete Prozess der Fallgruppenzuordnung ergibt sich allein aus einem Gruppierungsalgorithmus, der mittels zertifizierter Software-Programme (sog. Grouper) anzuwenden ist GK 72, 181
- Der im DRG-Fallpauschalensystem als „Gruppierung“ bezeichnete Prozess der Fallgruppenzuordnung ergibt sich allein aus einem Gruppierungsalgorithmus, der mittels zertifizierter Software-Programme (sog. Grouper) anzuwenden ist GK 72, 182

Beihilfen

- Keine Entscheidung des EuGH über Beihilfecharakter der Steuerbegünstigung für dauerdefizitäre Tätigkeiten GK 126, 326

Beihilfavorschriften

- Bek des StMFH vom 27.11.2019 – Änderung der Bekanntmachung zum Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung GK 51, 119
- Bek des StMFH vom 29.1.2020 – Dreizehnte Änderung der Bekanntmachung über die Ergänzenden Bestimmungen zum Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung GK 68, 168

Beiträge

- Erfolgreiche Anfechtungsklage des Beitragsschuldners bei Satzungslosigkeit wegen zu niedrigem Beitragssatzes GK 163, 409
- Zwingende Aufhebung des auf einer nichtigen Satzung beruhenden Verwaltungsakts GK 163, 410
- Beitragspflichtige haben ein schutzwürdiges Interesse daran, nur auf der Grundlage einer wirksamen Satzung zu Beiträgen herangezogen zu werden GK 163, 411
- Maßgebend für die Rechtswidrigkeit des Beitragsbescheids ist die Nichtigkeit der zugrundeliegenden Satzung GK 163, 412
- Zum Verhältnis zwischen den Kontrollbefugnissen der Verwaltungsgerichtsbarkeit und der Kommunalaufsicht GK 163, 412
- Keine Zurücknahme der gerichtlichen Kontrolle bezüglich des Kostendeckungsgebots bei Satzungen GK 163, 413
- Normenkontrolle einer Beitragssatzung; Beitragserhebungspflicht; Folgen einer erheblichen Unterdeckung GK 204, 509

Berufsbildungsgesetz

- Änderungen des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) zum 1.1.2020 FSt 128, 413
- Überblick zu den BBiG-Änderungen FSt 128, 413

- Geänderte Freistellungsregelungen FSt 128, 413
- Erweiterte Möglichkeiten der Teilzeitberufsausbildung FSt 128, 414
- Neufassung des Berufsbildungsgesetzes vom 4.5.2020 GK 122, 312

Beschaffungswesen

- Empfehlung bei Lkw-Beschaffungen, die Ausrüstung mit einem Abbiegeassistenzsystem zu prüfen FSt 187, 593
- Förderprogramm des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) FSt 187, 594
- Die Ausrüstung von Lkw mit Abbiegeassistenzsystemen muss von den Kommunen bei der Neubeschaffung eigenverantwortlich nach ihren Bedürfnissen geprüft werden FSt 187, 594
- Im Falle eines künftig höheren EU-Sicherheitsstandards ist keine rechtliche Nachrüstpflcht zu erwarten FSt 187, 595
- Eine frühzeitige Anschaffung von Lkw-Abbiegeassistenzsystemen ist ein wichtiger Beitrag zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr FSt 187, 595

Betriebe gewerblicher Art

- Breitbandausbau und steuerlicher Querverbund GK 71, 177
- Ermittlung des Gewinns gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b EStG eines Betriebs gewerblicher Art (BgA) bei Beteiligung der Trägerkörperschaft an einer Mitunternehmerschaft GK 89, 228
- Der Kapitalertragsteuer unterliegen bei einem BgA ohne eigene Rechtspersönlichkeit die nicht den Rücklagen zugeführten Gewinne – Ausschüttungsfiktion GK 89, 229
- Die Beteiligung an einer gewerblich tätigen Mitunternehmerschaft begründet regelmäßig einen oder mehrere BgA GK 89, 229
- Für Zwecke der Kapitalertragsteuer ist bei der Ermittlung des Gewinns zu unterscheiden zwischen der Ermittlung des Gewinns der Gesellschaft und der Ermittlung des Gewinns für den BgA Beteiligung GK 89, 230
- Zur Ermittlung des kapitalertragsteuerlichen Gewinns kann nicht ohne Weiteres an den handelsrechtlichen Gewinnanteil der Gesellschaft angeknüpft werden, wenn dieser durch nicht querverbundsfähige Ergebnisse beeinflusst ist GK 89, 231
- Keine Steuerbefreiungstatbestände, keine Entnahmen aus dem steuerlichen Eigenkapitalkonto GK 89, 234

Beurteilung

- Beurteilungen von Beamten verschiedener Fachrichtungen; Vergleichbarkeit FSt 219, 690

Bezirksumlagen

- Die Bezirksumlagen im Haushaltsjahr 2019 GK 17, 25
- Umlagekraft der kreisfreien Gemeinden und Landkreise GK 17, 25
- Entwicklung des Umlagesolls der Bezirke GK 17, 27
- Entwicklung der Bezirksumlagesätze GK 17, 27

Biergartenverordnung

- Zumutbarkeit von Biergartenlärm; Anwendungsbereich der bayerischen Biergartenverordnung (BiergV) FSt 185, 579
- Zum fehlenden Gebietserhaltungsanspruch im faktischen Dorfgebiet FSt 185, 582
- Zum bauplanungsrechtlichen Gebot der Rücksichtnahme FSt 185, 582
- Zum Biergartenbegriff im Sinne der BiergV FSt 185, 583
- Zum Merkmal „Gartencharakter“ FSt 185, 584
- Eine „traditionelle Betriebsform“ wird nicht schon durch das Aufstellen von Hinweistafeln erreicht, wonach der Verzehr von mitgebrachten Speisen gestattet ist FSt 185, 585
- Zum Erfordernis einer gewissen Tradition FSt 185, 587
- Zum Rücksichtnahmegebot bei Nichtanwendbarkeit der BiergV FSt 185, 587
- Zur Möglichkeit von gerichtlichen Maßgaben i.S. von § 80 Abs. 5 Satz 4 VwGO FSt 185, 588

Breitbandkabel

- Gemeindliche Förderung des Breitbandausbaus; Anschluss an ein privates Glasfasernetz; Antrag auf Einbeziehung in das Anschlussgebiet; Planungsspielraum der Gemeinde FSt 222, 699
- Verpflichtet sich ein Telekommunikationsunternehmen in einem Breitbandausbauvertrag, bestimmte Teile eines Gemeindegebiets mit Glasfaseranschlüssen auszustatten, so entsteht dadurch noch keine gemeindliche Einrichtung i.S. des Art. 21 GO FSt 222, 700
- Die Entscheidung über die finanzielle Förderung der Anbindung einzelner Ortsteile an ein privates Breitbandnetz steht im weiten planerischen Ermessen der Gemeinde und unterliegt daher nur einer eingeschränkten gerichtlichen Kontrolle FSt 222, 701

- Die Festlegung des Gebiets, das an eine Einrichtung angeschlossenen werden soll, hat sachgerecht und willkürfrei zu erfolgen, muss aber nicht besonderen verfahrensrechtlichen Anforderungen genügen FSt 222, 702
- Die gemeindliche Förderung des privaten Breitbandausbaus kann auf der Grundlage von staatlichen Zuwendungsrichtlinien und Beschlüssen des Gemeinderats erfolgen; einer speziellen gesetzlichen Grundlage bedarf es hierfür nicht FSt 222, 703
- Aktueller Stand der geförderten Breitbandanschlüsse in Bayern GK 194, 483

Brückenbau

- Qualitätssicherung beim Schweißen von Kopfbolzendübeln im Brückenbau GK 99, 254

Bürgerbegehren, Bürgerentscheid

- Ablehnung eines Bürgerbegehrens; Einstweiliger Rechtsschutz; Eilzuständigkeit des ersten Bürgermeisters FSt 166, 521

Bürgermeister

- Äußerungen eines kommunalen Amtsträgers über Dritte; allgemeines Persönlichkeitsrecht; öffentlich-rechtlicher Unterlassungsanspruch; wissenschaftliche Ausrichtung einer gemeindlichen Bildungseinrichtung FSt 205, 641
- Kein Mangel der Organkompetenz beim Zueigen-Machen der Gemeinderatsentscheidung durch den ersten Bürgermeister FSt 217, 681
- Zueigen-Machen eines Gemeinderatsbeschlusses durch Vollzug FSt 217, 684

D

Darlehen

- Keine Anerkennung interner Darlehen zwischen Trägerkörperschaft und ihrem Betrieb gewerblicher Art (BgA) zur Refinanzierung wesentlicher Betriebsgrundlagen GK 219, 542
- Vereinbarungen zwischen der Trägerkörperschaft und ihrem BgA sind grundsätzlich steuerlich anzuerkennen GK 219, 543
- Miet- und Pachtzahlungen eines BgA für wesentliche Betriebsgrundlagen sind jedoch steuerlich nicht anzuerkennen GK 219, 543
- Die für Miet- und Pachtzahlungen entwickelten Rechtsgrundsätze sind auch auf interne Darlehen zur Finanzierung wesentlicher Betriebsgrundlagen anzuwenden GK 219, 544
- Korrektur der angefochtenen Bescheide nach den Grundsätzen der vGA GK 219, 547

Datenschutz

- Förmliche Verpflichtung von Bediensteten bayerischer öffentlicher Stellen auf das Datengeheimnis nicht vorgesehen FSt **1**, 1
- Dienstweg und Zugang zum behördlichen Datenschutzbeauftragten bei bayerischen öffentlichen Stellen FSt **11**, 48
- Einwilligung bei der Erteilung von Gutachtenaufträgen durch die Beihilfestelle FSt **29**, 92
- Weitergabe von Personalaktdaten an den gemeindlichen Rechnungsprüfungsausschuss FSt **30**, 94
- Melderegisterdaten und Gratulationen FSt **68**, 202
- Widerspruchsrecht der betroffenen Person FSt **68**, 202
- Auskunft an Mandatsträger FSt **68**, 203
- Übermittlung an Landratsamt und Staatskanzlei FSt **68**, 203
- Gratulation durch den ersten Bürgermeister FSt **68**, 204
- Veröffentlichung in einem gemeindlichen Mitteilungsblatt FSt **68**, 204
- Öffentliche Gratulation auf Grundlage einer Einwilligung FSt **68**, 205
- Auskunft an Vereine FSt **68**, 205
- Verantwortlichkeit bei bayerischen Verwaltungsgemeinschaften FSt **69**, 205
- Datenschutzbeauftragter FSt **69**, 206
- Visitenkarten in der Welt der Datenschutz-Grundverordnung FSt **81**, 241
- Visitenkarten übergeben FSt **81**, 241
- Visitenkarten entgegennehmen FSt **81**, 241
- Datenschutzbeauftragte kreisangehöriger Gemeinden in Bayern; Inkompatibilitäten, Qualifikation, Zeitbudget FSt **94**, 290
- Mit welchen anderen Aufgaben ist die Aufgabe des Datenschutzbeauftragten unvereinbar? FSt **94**, 290
- Welche berufliche Qualifikation ist für die Aufgabe des Datenschutzbeauftragten erforderlich? FSt **94**, 293
- Welches Zeitbudget muss für die Aufgabe des Datenschutzbeauftragten eingeplant werden? FSt **94**, 294
- Einladungen zu Veranstaltungen durch bayerische Kommunen FSt **105**, 324
- Datenschutz-Grundverordnung und Jugendgerichtshilfe FSt **108**, 339
- Meldung von Datenschutzverletzungen durch Sozialbehörden an die zuständigen Rechts- oder Fachaufsichtsbehörden FSt **109**, 341
- Polizeiliche Datei über Hundehalter? FSt **122**, 394
- Aktuelles zur Datenschutz-Folgenabschätzung (DSFA) FSt **191**, 601
- Anleitungen und Hilfsmittel zur Erstellung einer DSFA FSt **191**, 601
- Falls eine Verarbeitung keine Datenschutz-Folgenabschätzung erfordert: Ist dann die gesamte DSFA-Thematik unbedeutend? FSt **191**, 602
- Falls eine DSFA-pflichtige Verarbeitung nach wirksamer Umsetzung von geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen datenschutzrechtlich sicher betrieben werden kann: Spielt dann die DSFA-Thematik keine Rolle mehr? FSt **191**, 603
- Wie sollte ein Team zusammengesetzt sein, das eine Datenschutz-Folgenabschätzung durchführt? FSt **191**, 603
- Muss jede Stelle ihre eigene Datenschutz-Folgenabschätzung durchführen oder kann eine schon existierende Datenschutz-Folgenabschätzung einer anderen Stelle oder eines IT-Lieferanten verwendet werden? FSt **191**, 604
- Änderung schulrechtlicher Vorschriften FSt **218**, 687
- Bekanntgabe von Personalentscheidungen gemeindlicher Gremien FSt **229**, 730
- Bekanntgabe des Beschlusstexts ist ausreichend FSt **229**, 731
- Enthält der Beschlusstext Personalaktdaten, dürfen diese nur bei Einwilligung des Betroffenen veröffentlicht werden FSt **229**, 731
- Möglichkeiten der Information über Personalentscheidungen im Einzelfall FSt **229**, 733
- Behandlung von Bausachen im Gemeinderat FSt **230**, 735
- Umgang mit Bauanträgen FSt **230**, 735
- Umgang mit Einwendungen im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung FSt **230**, 738
- Datenschutzrechtliche Anforderungen an einen Fernzugriff auf IT-Systeme, die personenbezogene Daten verarbeiten FSt **238**, 764
- Synchrone Überwachung FSt **238**, 765
- Asynchrone Überwachung FSt **238**, 765
- Keine Speicherung von Kopien amtlicher Ausweisdokumente durch Kfz-Zulassungsbehörden bei Erteilung von Ausfuhr- und Kurzzeitkennzeichen FSt **239**, 767
- Fehlen einer gesetzlichen Befugnis für die Datenverarbeitung FSt **239**, 767
- Einwilligung kein Mittel zur beliebigen Erweiterung des Aufgabenkreises FSt **239**, 768
- Anfertigung der Kopien datenschutzrechtlich unzulässig FSt **239**, 769
- Identifizierung des Antragstellers bei der Geltendmachung von Betroffenenrechten FSt **252**, 812

- Rechtsrahmen der DSGVO FSt 252, 812
- Wann bestehen „Zweifel an der Identität“ eines Antragstellers oder einer Antragstellerin? FSt 252, 813
- Wann sind die Zweifel an der Identität eines Antragstellers oder einer Antragstellerin „begründet“? FSt 252, 814
- Welche Maßnahmen kann oder muss der Verantwortliche selbst treffen, um eine antragstellende Person zu identifizieren? FSt 252, 814
- Welche Identitätsnachweise können bei begründeten Zweifeln von einer antragstellenden Person gefordert werden? FSt 252, 815
- Was geschieht, wenn der Identitätsnachweis scheidet? FSt 252, 817
- Dürfen erhobene Identitätsnachweise gespeichert werden? FSt 252, 817
- Welche vorbeugenden Maßnahmen können öffentliche Stellen treffen? FSt 252, 817
- Informantenschutz bei Datenübermittlung unter Geltung der Datenschutz-Grundverordnung FSt 261, 841
- Melderegisterauskünfte für (wissenschaftliche) Studien; insbesondere Adressmittlungsverfahren FSt 272, 881

Datensicherheit

- Empfehlungen bei IT-Angriffen auf kommunale Verwaltungen: Kein Lösegeld zahlen, jede Erpressung anzeigen FSt 192, 604

Datenübermittlung

- Rechtliche Eigenschaft elektronischer Daten GK 209, 526

Dienstreisen

- A1-Bescheinigung bei Dienstreisen ins Ausland FSt 13, 56
- Erleichterung bei A1-Bescheinigungen für Auslandsreisen FSt 156, 483

Disziplinarrecht

- Ermessensgerechte „Missbilligung“ von Verhalten eines Beamten FSt 263, 849

E

Ehrenbeamte

- Nichtanrechnung der Aufwandsentschädigung für kommunale Ehrenbeamte auf vorgezogene Rente verlängert GK 181, 453

Eingliederungshilfe

- Gesetz zur Entlastung unterhaltsverpflichteter Angehöriger in der Sozialhilfe und in der Eingliederungshilfe (Angehörigen-Entlastungsgesetz) vom 10.12.2019 GK 36, 72

Eingruppierung

- Bestimmung von Arbeitsvorgängen für Eingruppierung; hier: Verkehrsüberwachung FSt 178, 560

Eisenbahnkreuzungsgesetz

- Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich FSt 198, 625
- Richtlinien für die Durchführung von Verwaltungsverfahren nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz 2020 (EKrG-Richtlinien 2020) FSt 266, 857
- Neue Richtlinien für die Abwicklung von Kreuzungsmaßnahmen, Allgemeines Rundschreiben Straßenbau FSt 266, 857
- Besondere Hinweise für den Vollzug in Bayern FSt 266, 858

Elterngeld, Elternzeit

- Ablehnung eines Teilzeitverlangens während der Elternzeit FSt 214, 679

Energieeinsparung

- Gebäudeenergiegesetz vom 8.8.2020 FSt 268, 864
- Derzeit keine Verschärfung der energetischen Anforderungen für Neu- und Bestandsbauten FSt 268, 864
- Erneuerung von Heizanlagen FSt 268, 865
- Einführung eines zweiten eigenständigen Nachweisverfahrens für neue Wohngebäude (§ 31 GEG in Verbindung mit Anlage 5) FSt 268, 865
- Pflicht zur Nutzung erneuerbarer Energien kann nun auch durch die Nutzung von gebäudenah erzeugtem Strom aus erneuerbaren Energien erfüllt werden FSt 268, 866
- Geringfügige Erweiterung der Angaben im Energieausweis FSt 268, 866
- Einführung einer Innovationsklausel FSt 268, 867
- Regelung der Primärenergiefaktoren FSt 268, 867
- Energetische Anforderungen an bestehende Gebäude bei umfangreichen Sanierungsmaßnahmen bleiben im Wesentlichen unverändert FSt 268, 868
- Regelungen zur Pflicht zur Nutzung von erneuerbaren Energien bei Sanierung eines bestehenden öffentlichen Gebäudes bleiben weitgehend unverändert FSt 268, 869

- Stärkung quartiersbezogener Konzepte zur Wärmeversorgung FSt **268**, 869
- Übergangsvorschriften FSt **268**, 870
- Abschaffung des Förderdeckels für Solaranlagen FSt **268**, 870
- Verordnung zur Bestimmung von Mindestanforderungen für energetische Maßnahmen bei zu eigenen Wohnzwecken genutzten Gebäuden nach § 35c des Einkommensteuergesetzes (Energetische Sanierungsmaßnahmen-Verordnung – ESanMV) vom 2.11.2020 GK **58**, 143
- Gesetz zur Vereinheitlichung des Energieeinsparrechts für Gebäude und zur Änderung weiterer Gesetze vom 8.8.2020 GK **184**, 456

Energiewirtschaft

- Unzulässigkeit eines Vertragsangebots mit alleiniger Zahlungsmöglichkeit per Bankeinzug GK **11**, 16
- Rechtsrahmen der Verbraucherschutzvorschrift des § 41 Abs. 2 Satz 1 EnWG GK **11**, 16
- Wenn einem Verbraucher vor Vertragsschluss faktisch nur eine einzige Zahlungsmöglichkeit (hier: Lastschriftinzug) angeboten wird, liegt darin ein Rechtsverstoß GK **11**, 17
- Die theoretische Möglichkeit, auch eine andere Zahlungsmöglichkeit als die angebotene auszuwählen, wird § 41 Abs. 2 Satz 1 EnWG nicht gerecht GK **11**, 18
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen vom 20.11.2019 GK **16**, 24
- Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2017 und weiterer energierechtlicher Bestimmungen vom 25.5.2020 GK **131**, 335
- Einspeisevergütung für Strom: Technische Einrichtung des Einspeisers muss ferngesteuert reduzierbar, nicht abschaltbar sein GK **137**, 349
- Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze (Kohleausstiegsgesetz) vom 8.8.2020 GK **184**, 456

Entgeltfortzahlung

- Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall – Einheit des Verhinderungsfalls GK **118**, 305

Erschließungsbeitrag

- Zahlungen aus einem Vertrag über die Übernahme erschließungsbeitragsfähiger Aufwendungen stellen grundsätzlich eine anderweitige Deckung dar GK **44**, 97
- Grundsätze der „anderweitigen Deckung“ – ausschlaggebend kommt es auf den Zweck der Leistung des Dritten an GK **44**, 97

- Kostenübernahmevereinbarung nach bayerischem Erschließungsbeitragsrecht (Art. 5a Abs. 4 KAG) möglich; Wirksamkeit der Vereinbarung GK **44**, 98
- Minderung des durch Erschließungsbeiträge zu deckenden Aufwands durch Kostenübernahmevereinbarung GK **44**, 99
- Befristung einer Stundung für ein landwirtschaftlich genutztes Grundstück GK **60**, 146
- Stundung auch für Vorausleistungen nach § 133 Abs. 3 BauGB GK **60**, 147
- Keine Rechtsgrundlage für die Befristung der Stundung GK **60**, 147
- Herstellung einer neuen Anbaustraße, die die bisherige Erschließung teilweise ersetzt GK **80**, 198
- Herstellung einer Erschließungsanlage als Gegenstand der Erschließungsbeitragspflicht GK **80**, 198
- Neue Anbaustraße als selbstständige Erschließungsanlage GK **80**, 199
- Der Erschließungsvorteil wird nicht dadurch beseitigt, dass eine frühere Erschließung ersetzt wird GK **80**, 199
- Der Grundsatz der Einmaligkeit der Beitragserhebung schließt die Beitragserhebung für eine weitere Anbaustraße nicht aus GK **80**, 200
- Anlagenabgrenzung bei fehlender Anbaubestimmung einer Teilstrecke GK **186**, 462
- Nach natürlicher Betrachtungsweise einheitliche Erschließungsanlage GK **186**, 463
- Keine selbständigen Parkflächen, sondern Anbaustraße GK **186**, 463
- Abweichende Beurteilung aus Rechtsgründen: Zerfall der Anlage wegen fehlender Anbaubestimmung einer Teilstrecke GK **186**, 464
- Anbaubestimmung entfällt auch dann, wenn die Straße nach den Festsetzungen des Bebauungsplans nicht das hergibt, was an Erschließung erforderlich ist GK **186**, 466
- Abweichung von diesen Grundsätzen bei unselbständigen Parkflächen denkbar GK **186**, 467

Erstattungsansprüche

- Erstattungsfähigkeit von Reisekosten eines Verfahrensbeteiligten in Gestalt von Fahrkarten der Deutschen Bahn im „Flexpreis“-Tarif FSt **165**, 520

Europäische Union

- Beschlüsse der EZB zum Staatsanleihekaufprogramm sind kompetenzwidrig FSt **228**, 721
- „Ultra-vires“-Maßnahmen der EZB FSt **228**, 722

- Eigenständige Entscheidungskompetenz des BVerfG – ausnahmsweise keine Bindung an die Auslegung durch den EuGH FSt 228, 724
- Abschließende Beurteilung des PSPP erst nach nachvollziehbar dargelegter Verhältnismäßigkeitsprüfung durch den EZB-Rat FSt 228, 726
- Eine offensichtliche Umgehung des Verbots monetärer Haushaltsfinanzierung ist nicht feststellbar FSt 228, 726
- Eine Verletzung der Verfassungsidentität des Grundgesetzes im Allgemeinen und der haushaltspolitischen Gesamtverantwortung des Deutschen Bundestages im Besonderen ist nicht ersichtlich FSt 228, 727
- Bundesregierung und Deutscher Bundestag sind aufgrund der ihnen obliegenden Integrationsverantwortung verpflichtet, der bisherigen Handhabung des PSPP entgegenzutreten FSt 228, 727

Europarecht

- Ungenehmigter Nachunternehmensersatz führt zur Unzuverlässigkeit des Bieters GK 83, 212

F

Feuerwehr

- Aufwendungsersatz für Einsatz der Feuerwehr; verkehrslenkende Anordnungen bei einem Verkehrsunfall; Tätigkeit von Feuerwehreinsatzkräften als „Polizei“ FSt 161, 510
- Zu den nach Art. 28 BayFwG ersatzfähigen Aufwendungen der Feuerwehr kann der für verkehrsregelnde Maßnahmen bei Verkehrsunfällen erforderliche Personal- und Fahrzeugeinsatz gehören FSt 161, 510
- Die technische Hilfe bei einem Verkehrsunfall umfasst das Absperrn der Unfallstelle, um einem Gutachter die Ermittlung der Unfallursachen zu ermöglichen FSt 161, 511
- Vom gesetzlichen Auftrag der Feuerwehr zur Absicherung des Unfallorts können auch großräumige Verkehrsumleitungen gedeckt sein FSt 161, 512
- Die notwendige Eingriffsbefugnis der Feuerwehr für verkehrsregelnde Anordnungen folgt landesrechtlich aus Art. 7a ZustGVerk FSt 161, 512
- Die Vereinbarkeit des Art. 7a ZustGVerk mit vorrangigem Bundesrecht ist fraglich FSt 161, 513
- Die Rechtmäßigkeit des Kostenersatzanspruchs der Feuerwehr hängt nicht von der Rechtswirksamkeit des Art. 7a ZustGVerk ab FSt 161, 514

- Auch wenn die Einsatzkräfte der Feuerwehr gegenüber den Verkehrsteilnehmern funktionell als „Polizei“ auftreten, handeln sie im Rahmen eines Feuerwehreinsatzes, so dass für die damit verbundenen Aufwendungen nach Art. 28 BayFwG Ersatz verlangt werden kann FSt 161, 515
- Aufwendungsersatz nach Feuerwehreinsatz; Kostenerstattung bei Amtshilfe; Beschränkung auf amtsihilfebedingte Auslagen FSt 200, 629

Finanzausgleich

- Erste Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Ausgleichsjahr 2020 vom 13.3.2020 GK 93, 239
- Gesetz zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2020) vom 19.3.2020 GK 93, 239
- Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2019 GK 185, 457
- Bundesstaatlicher Finanzausgleich GK 185, 457
- Umsatzsteuervorwegausgleich unter den Ländern GK 185, 458
- Länderfinanzausgleich i.e.S. GK 185, 459
- Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) GK 185, 460
- Verordnung zur Änderung der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz zur Änderung des Auszahlungszeitpunktes der Schlüsselzuweisungen für das vierte Vierteljahr 2020 vom 28.8.2020 GK 201, 504

Finanzausgleich 2020

- Finanzausgleich 2020 FSt 157, 484
- Ausgangslage FSt 157, 484
- Finanzausgleichsvolumen 2020 FSt 157, 485
- Allgemeiner Steuerverbund, Schlüsselzuweisungen FSt 157, 485
- Grunderwerbsteuerverbund nach Art. 8 BayFAG FSt 157, 487
- Einkommensteuerersatz nach Art. 1b BayFAG FSt 157, 487
- Finanzzuweisungen nach Art. 7 und 9 BayFAG FSt 157, 487
- Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund FSt 157, 487
- Kommunaler Hochbau (Art. 10 BayFAG) FSt 157, 494
- Bedarfszuweisungen (Art. 11 BayFAG) FSt 157, 498
- Krankenhausfinanzierung FSt 157, 501
- Investitionszuschüsse nach Art. 12 BayFAG FSt 157, 502

- Zuweisungen zu den Aufwendungen für die Schülerbeförderung FSSt 157, 502
- Zuweisungen an die Bezirke FSSt 157, 503
- Finanzausgleich 2020: Tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Finanzausgleichsleistungen FSSt 158, 503
- Verordnung zur Änderung der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz zur Sicherung der Liquidität der bayerischen Kommunen im Jahr 2020 vom 29.4.2020 GK 122, 312

Finanzausgleich 2016

- Erfolgreiche Popularklage zur Regelung über den Ergänzungsansatz für Belastungen durch Kinderbetreuung im kommunalen Finanzausgleich FSSt 221, 695
- Gemeinden, die keine eigenen Kindertageseinrichtungen vorhalten, werden durch die Regelung des Ergänzungsansatzes nicht verfassungswidrig benachteiligt FSSt 221, 696
- Zwar seltener Ausnahmefall, aber keine Anhaltspunkte für unzumutbare Härte FSSt 221, 696
- Kein Verstoß gegen Systemgerechtigkeit und Folgerichtigkeit FSSt 221, 697
- Standortgemeinden tragen zusätzliche Belastungen FSSt 221, 698
- Die auf dem Standortprinzip basierenden Ergänzungsansätze tragen den Sonderbelastungen Rechnung FSSt 221, 698

Finanzen, öffentliche

- Steuerschätzung Oktober 2019 GK 18, 28
- Erwartetes Steueraufkommen 2018 bis 2024 in Mrd. € GK 18, 30
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden GK 18, 31
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen GK 18, 35
- Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen in den Jahren 2020 und 2021 vom 9.12.2019 GK 36, 72
- Gesetz zur Rückführung des Solidaritätszuschlags 1995 vom 10.12.2019 GK 36, 72
- Der Schuldenstand der öffentlichen Körperschaften am 31.12.2018 GK 69, 169
- Der Schuldenstand des Freistaates Bayern, der bayerischen Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv) und der Verbände mit kommunalen Aufgaben am 31.12.2018 im Vergleich zum Schuldenstand des Bundes GK 69, 169
- Zur Entwicklung des Schuldenstandes im Jahr 2018 GK 69, 170

- Gesetz über einen BayernFonds und eine Bayerische Finanzagentur (BayernFonds- und Finanzagentur-Gesetz – BayFoG) vom 27.4.2020 GK 113, 288
- Steuereinnahmekraft der Gemeinden und Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer im Jahr 2018 GK 114, 289
- Erwartetes Steueraufkommen 2019 bis 2024 in Mrd. € GK 124, 317
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden GK 124, 318
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen GK 124, 322
- Niedrigzinsphase und kommunale Investitionen GK 154, 390
- Die Gemeindefinanzen in Bayern im Jahr 2019; Ergebnis der vierteljährlichen Kassenstatistik GK 213, 530
- Wirtschaftswachstum schwächt sich ab GK 213, 530
- 2019 leicht positiver Finanzierungssaldo GK 213, 530
- Weiterer Anstieg bei den kommunalen Steuereinnahmen GK 213, 531
- Rückgang bei der Gewerbesteuer GK 213, 531
- Steuereinnahmen – Übersicht GK 213, 532
- Leichter Rückgang bei den Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb GK 213, 532
- Höhere Zuweisungen, gestiegene Bezirks- und Kreisumlage GK 213, 532
- Personalausgaben weiter gestiegen GK 213, 533
- Höhere Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke GK 213, 533
- Mitfinanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ abgeschlossen GK 213, 533
- Erneute Zunahme der Ausgaben für soziale Leistungen GK 213, 534
- Deutlicher Anstieg bei den Bauausgaben GK 213, 534
- Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2018 und 2019 GK 214, 535
- Kassenmäßige Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2018 und 2019 GK 215, 536
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2019 nach Gemeindegrößenklassen GK 216, 537
- Steuereinnahmen der Gemeinden je Einwohner in Bayern 2019 nach Gemeindegrößenklassen GK 217, 538
- Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen und der neuen Länder vom 6.10.2020 GK 222, 552

Flächennutzungsplan

- Normenkontrollantrag gegen eine Konzentrationsplanung für Windenergie FSt 255, 823

- Der Plangeber hat nur in Bezug auf die Festlegung von weichen Tabuzonen einen Bewertungsspielraum, denn „harte“ und „weiche“ Tabukriterien unterliegen unterschiedlichen Rechtsregimen FSt 255, 823
- Umfang der Ermittlungspflicht der Gemeinde FSt 255, 824
- Voraussetzungen einer hilfsweisen Behandlung als weiches Tabukriterium FSt 255, 824

Fraktionen

- Umsatzsteuerliche Behandlung von Fraktionen GK 205, 516

Fremdenverkehr, Tourismus

- Fremdenverkehrssatzung: Genehmigung zur Begründung von Wohnungseigentum FSt 61, 185
- Die gesetzliche Vermutung, dass die Begründung von Wohnungseigentum in Fremdenverkehrsgebieten regelmäßig zu Zweitwohnungsnutzungen führt, setzt nicht voraus, dass das Grundstück, auf dem Rechte nach dem WEG begründet werden sollen, bisher Fremdenverkehrszwecken gedient hat FSt 61, 185
- Eine besondere Härte, die zu einer Genehmigung zur Begründung von Wohnungseigentum führen könnte, liegt nicht vor, wenn der Eigentümer über erhebliches Vermögen aus der Veräußerung von Grundbesitz verfügt FSt 61, 188

Fremdenverkehrsbeitrag

- Kalkulation; BGB-Gesellschaft; Kostendeckung; Umsatz- und Gewinnermittlung GK 61, 149
- Wird ein Fremdenverkehrsbeitrag ohne vorherige Kalkulation erhoben, so kann bei der Überprüfung, ob eine unzulässige Überdeckung für ein bestimmtes Beitragsjahr vorliegt, auf die aktuellen Daten zum Kostenaufwand und zu den Beitragseinnahmen zurückgegriffen werden GK 61, 149
- Die Begriffe „selbständig tätige Person“ und „juristische Person“ im Sinne des Fremdenverkehrsbeitragsrechts sind hinreichend bestimmt; sie erfassen auch BGB-Gesellschaften GK 61, 150
- Die für die Gewinn- und Umsatzermittlung im Fremdenverkehrsbeitragsrecht bestehenden satzungsrechtlichen Vorgaben genügen dem Bestimmtheitserfordernis GK 61, 152
- Das Kostendeckungsprinzip ist nicht verletzt, wenn eine vom Gemeinderat bei Einführung des Fremdenverkehrsbeitrags beschlossene Begrenzung der Beitragserhebung in der Folgezeit missachtet wird GK 61, 152

- Dass die Gemeinde bei der Beitragsbemessung wahlweise auf den Jahresgewinn oder auf den Jahresumsatz zurückgreifen kann, ist rechtlich nicht zu beanstanden GK 61, 153
- Auch die einem Freiberufler aus dem Fremdenverkehr erwachsenden mittelbaren Vorteile können die Beitragspflicht begründen GK 61, 154
- Bäckerei; Schätzung des Vorteilssatzes; Fremdenverkehrsquote; Berechnungsmethode GK 70, 175
- Zur Fremdenverkehrspflicht eines Bäckereibetriebs GK 70, 175
- Die Fremdenverkehrsquote ist Grundlage und Ausgangspunkt für die Schätzung des fremdenverkehrsbedingten Vorteils GK 70, 176
- Zur Ermittlung der Fremdenverkehrsquote ist die Zahl der Aufenthaltstage der Touristen in Relation zur Gesamtzahl der Aufenthaltstage aller Personen im Gemeindegebiet zu setzen GK 70, 176
- Mittelbarer Vorteil bei Untervermietung; Schätzung des Vorteilssatzes GK 115, 296
- Der Fremdenverkehrsbeitragspflicht können (ausnahmsweise) auch solche Vermieter oder Verpächter einer Ferienimmobilie unterliegen, die nur durch eine längere Kette von Zwischenverträgen in einer mittelbaren Beziehung zum Fremdenverkehr stehen GK 115, 296
- Die fremdenverkehrsspezifische Ausrichtung eines Mietverhältnisses kann sich aus dem vertraglich festgelegten Zweck der Nutzungsüberlassung ergeben GK 115, 297
- Wird eine touristisch genutzte Immobilie untervermietet, so darf bei demjenigen, dem als Vermieter aus dem Fremdenverkehr nur mittelbare Vorteile erwachsen, ein ebenso hoher Vorteilssatz zu Grunde gelegt werden wie bei demjenigen, der unmittelbar an Fremde vermietet GK 115, 298
- Betrieb einer Rehabilitationsklinik, Gewinn aus Veräußerung der Klinikimmobilie, spezifischer Fremdenverkehrsbezug GK 155, 391
- Bei fortlaufend berufsmäßig ausgeübten wirtschaftlichen Betätigungen sind einzelne Verkaufsvorgänge selbst dann, wenn sie keinen Fremdenverkehrsbezug aufweisen, nicht gesondert beitragsrechtlich zu bewerten GK 155, 392
- Auch Gewinne aus Rechtsgeschäften mit Personen, denen nicht unmittelbar Vorteile durch den Fremdenverkehr erwachsen, unterliegen ausnahmsweise als mittelbare Vorteile der Beitragspflicht, wenn aufgrund der Vertragskonstruktion ein spezifischer Zusammenhang mit dem Fremdenverkehr besteht GK 155, 393

- Für die Fremdenverkehrsbeitragspflicht einer Kurklinik ist es irrelevant, dass die Heilungssuchenden, soweit sie sozialversichert sind, von dem Sozialversicherungsträger der jeweiligen Klinik zugewiesen werden **GK 155, 394**

Friedhöfe

- Ruhefrist bei Urnenbestattung; Menschenwürde; Gleichheitsgebot **FSt 34, 105**
- Ein allgemeiner landesgesetzlicher Regelungsauftrag genügt dem Gesetzesvorbehalt für die satzungsrechtliche Festlegung von Ruhezeiten für Urnen durch die Gemeinden **FSt 34, 106**
- Das aus Art. 1 Abs. 1 GG folgende Verbot entwürdigender Behandlung stellt Anforderungen an die Bestattung, die Totenruhe und die Grabstättengestaltung, wobei der zu Lebzeiten geäußerte oder der mutmaßliche Wille des Verstorbenen maßgebend zu berücksichtigen ist **FSt 34, 107**
- Da Grabstätten grundsätzlich nicht ein Ort immerwährender Totenruhe sind, können die Gemeinden nach Ablauf der Nutzungszeit ihre Räumung verlangen **FSt 34, 108**
- Eine zweijährige Ruhezeit für Urnen verletzt die postmortale Menschenwürde jedenfalls dann nicht, wenn die Verleihung langjähriger Nutzungsrechte an Urnengrabstätten in der Satzung vorgesehen ist **FSt 34, 109**
- Das aus der allgemeinen Handlungsfreiheit folgende Recht, zu Lebzeiten über die Modalitäten der eigenen Bestattung zu entscheiden, kann nur im Rahmen des geltenden Friedhofs- und Bestattungsrechts ausgeübt werden **FSt 34, 110**
- Angehörige des Verstorbenen haben in Bezug auf Bestattungsart und Grabgestaltung keine weitergehenden Rechte als der Verstorbene zu Lebzeiten **FSt 34, 111**
- Erheblich längere Ruhezeiten für Leichen als für Urnen sind nicht gleichheitswidrig **FSt 34, 112**
- Regelungen in Friedhoffssatzungen können bei der Ausübung des Totenfürsorgerechts und der damit einhergehenden Befugnis der Grabwahl und -gestaltung eine entscheidende Rolle spielen **FSt 135, 431**
- Das Totenfürsorgerecht umfasst u.a. das Recht, für die Bestattung des Toten zu sorgen; es schließt die Bestimmung der Gestaltung und des Erscheinungsbildes einer Grabstätte ein und enthält darüber hinaus die Befugnis zu deren Pflege **FSt 135, 433**

- Regelungen in einer Friedhoffssatzung sind gleichzeitig als bestimmend für den Umfang des Abwehrrechts der Angehörigen zu sehen **FSt 135, 433**
- Das Totenfürsorgerecht ist ein sonstiges Recht i.S. von § 823 Abs. 1 BGB, das im Falle seiner Verletzung Ansprüche auf Schadensersatz sowie auf Beseitigung und Unterlassung von Beeinträchtigungen entsprechend § 1004 BGB begründen kann **FSt 135, 434**

Fußgängerverkehr

- Merkblatt über den Rutschwiderstand von Pflasterdecken und Plattenbelägen für den Fußgängerverkehr **FSt 171, 544**

G

Gaststätten

- Auflage zum Schutz der Nachbarschaft vor Ruhestörungen durch Gäste; Anordnung des Einsatzes eines Ordnungsdienstes mit Erlaubnis zur Ausübung des Bewachungsgewerbes nach § 34a GewO **FSt 211, 667**
- Eignung der Auflage zur Erreichung ihres Zwecks **FSt 211, 668**
- Verhältnismäßigkeit der Auflage im engeren Sinne **FSt 211, 670**
- Geldspielautomaten und Sportwett-Terminals in Gaststätten **FSt 234, 751**
- Sportwett-Terminals sind keine Geldspielgeräte i.S. von § 3 Abs. 1 Satz 1 SpielV **FSt 234, 751**
- § 21 Abs. 2 GlüStV findet auf Gaststätten unmittelbar keine Anwendung **FSt 234, 752**
- § 21 Abs. 2 GlüStV ist nicht entsprechend auf die Vermittlung von Sportwetten in Gaststätten anzuwenden **FSt 234, 753**

Gasversorgung

- Bundesgerichtshof zum Eigenkapitalzinssatz für Gas- und Elektrizitätsnetze **GK 32, 68**
- Grenzpreise nach § 2 Abs. 4 und 5 KAV für das Jahr 2020 **GK 119, 307**

Gebühren

- Neue Bewertung der Fehlertoleranz bei Gebührenkalkulationen **GK 95, 243**
- Art. 8 KAG enthält ein Kostendeckungsgebot und Kostenüberschreitungsverbot **GK 95, 243**
- Zum Anwendungsbereich des Fehlerfolgenregimes **GK 95, 244**
- Unterscheidung zwischen Prognoseungenauigkeiten und echten Kalkulationsfehlern **GK 95, 245**

- Eingriff des Fehlerfolgenregimes in das Recht auf effektiven Rechtsschutz GK 95, 246
- Nicht jeder Kalkulationsfehler führt zur Nichtigkeit der Satzung GK 95, 246
- Auch Überschreitungen von weniger als 12 % können aber das Kostenüberdeckungsverbot verletzen GK 95, 248
- Art. 8 Abs. 6 Satz 2 KAG BY bezieht sich nur auf Kostenüberdeckungen aus dem vorhergehenden Bemessungszeitraum GK 95, 248
- Schätzungen für das letzte Jahr des Kalkulationszeitraums GK 95, 249

Gemeindebeamte

- Zwangspensionierung wegen dauernder Dienstunfähigkeit; Reichweite der Suchverpflichtung des Dienstherrn FSt 106, 329
- Der Grundsatz „Weiterverwendung vor Versorgung“ erfordert es, dass der Dienstherr seiner Pflicht, nach einer anderweitigen, dem Beamten gesundheitlich zumutbaren Verwendung von Amts wegen zu suchen, ernsthaft und gründlich nachkommt FSt 106, 329
- Eine Entbindung von der Suchpflicht besteht nur, wenn jegliche Weiterverwendung des Beamten wegen dessen körperlichen Zustandes oder aus gesundheitlichen Gründen ausscheidet FSt 106, 330
- Die sich regelmäßig auf den gesamten Bereich des Dienstherrn sowie auf freie und in absehbarer Zeit freierwerdende Dienstposten zu erstreckende Suchanfrage hat inhaltlichen Anforderungen zu genügen FSt 106, 330
- Zur Darlegungslast einer ausreichend erfolgten Suche des Dienstherrn nach einer anderweitigen, dem Beamten gesundheitlich möglichen und zumutbaren Verwendung (einschließlich der Verwendung nach § 26 Abs. 3 BeamStG a.F.) FSt 106, 331
- Die konkreten Bemühungen des Dienstherrn, seiner Suchverpflichtung in ausreichendem Maße nachzukommen, müssen schriftlich dokumentiert werden, wenn sie sich nicht evident aus dem Vorgang selbst ergeben FSt 106, 331
- Die Thematisierung einer anderweitigen Verwendung des Beamten – auch unterhalb des statusrechtlichen Amtes – in nicht protokollierten, turnusmäßig stattfindenden Personaleinsatzgesprächen genügt nicht der erforderlichen Nachweisanforderung FSt 106, 332
- Die Suche nach einer anderweitigen Verwendung hat ernsthaft, sorgfältig und mit dem Willen zu erfolgen, eine anderweitige, gesundheitlich mögliche und zumutbare Verwendung des Beamten auch tatsächlich zu finden FSt 106, 333

- Bei einem schwerbehinderten Beamten gelten hinsichtlich der Suchverpflichtung besondere Anforderungen; die Personalabteilung des Dienstherrn hat die Dienststellen des Dienstherrn bei ihrer Suchbemühung einzubeziehen FSt 106, 334
- Das Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften FSt 127, 408
- Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf FSt 127, 408
- Bayerisches Beamtengesetz (BayBG) FSt 127, 409
- Leistungslaufbahngesetz (LlBG) FSt 127, 410
- Bayerisches Disziplinalgesetz (BayDG) FSt 127, 411
- Bayerisches Reisekostengesetz (BayRKG) FSt 127, 411
- Bayerisches Beamtenversorgungsgesetz (BayBeamtVG) FSt 127, 412
- Bayerisches Personalvertretungsgesetz (BayPVG) FSt 127, 412
- Gerichtliche Kontrolle von Dienstpostenbewerterungen FSt 164, 520
- (Kein) Anspruch einer schwerbehinderten Beamtin auf Telearbeit FSt 208, 653
- Reichweite des § 164 Abs. 4 SGB IX – Telearbeit FSt 208, 654
- Erfordernis eines Telearbeitsplatzes FSt 208, 655
- Telearbeit muss für den Dienstherrn zumutbar und im Einklang mit beamtenrechtlichen Vorschriften stehen FSt 208, 655
- Entlassung eines Beamten auf Widerruf wegen charakterlicher Ungeeignetheit FSt 231, 740
- Die Entlassung eines Beamten auf Widerruf aus dem Vorbereitungsdienst für eine Beamtenlaufbahn ist zulässig, wenn berechtigte Zweifel an der persönlichen oder fachlichen Eignung des Beamten für ein Amt der angestrebten Laufbahn bestehen FSt 231, 740
- Zur Notwendigkeit, einen Beamten auf Widerruf vor Ergehen der Entlassungsverfügung förmlich abzumahnen FSt 231, 742
- Die Einstellung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens steht der Verwertung des Sachverhalts im beamtenrechtlichen Entlassungsverfahren nicht entgegen FSt 231, 743
- Erhöhung der Dienstbezüge der Beamten zum 1.1.2020 GK 4, 7
- Verordnung zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 1.10.2019 GK 16, 24
- Anpassung der in § 9 Abs. 3 der Bayerischen Nebentätigkeitsverordnung enthaltenen Höchstbeträge an das Gesetz zur Anpassung der Bezüge 2019/2020/2021 GK 20, 42

- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beamte ab dem 1.1.2020
GK 31, 62
- Berechnung der jährlichen Personaldurchschnittskosten
GK 31, 63
- Ergänzende Fürsorgeleistung (Ballungsraumzulage) für Beschäftigte, Auszubildende und Besoldungsempfänger – Dynamisierung der Zulage und Grenzbeträge 2020 u. 2021
GK 198, 499

Gemeinden

- Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) vom 14.8.2017
FSt 26, 81
- Personalgewinnungsprobleme in der Verwaltung Ausbildungs- und Prüfungspflicht – hier: Beschäftigtenlehrgang II (BL II)
FSt 38, 120
- Neue kommunale Projekt- und Ideenplattform zu Digitalisierung und E-Government
FSt 64, 199
- Rechtsverletzende Äußerung in einem gemeindlichen Mitteilungsblatt; Unterlassungs- und Widerrufsbegehren; Wiederholungsgefahr
FSt 104, 321
- Die Vermutung einer Wiederholungsgefahr bei Verletzungen des Persönlichkeitsrechts durch amtliche Äußerungen kann widerlegt sein, wenn die Äußerung ersichtlich auf einem Tatsachenirrtum beruht und der Äußernde unmissverständlich erklärt, dass er daran nicht festhält
FSt 104, 322
- Ergab sich die Rechtsverletzung aus einer unzutreffenden Wiedergabe des Verlaufs einer Gemeinderatssitzung, so muss bei der späteren Berichtigung nicht darauf hingewiesen werden, dass das Widerrufsverlangen auch Gegenstand einer späteren Ratssitzung war
FSt 104, 323
- Besteht nur noch eine sehr geringe Wahrscheinlichkeit, dass die Internetseite mit der rechtsverletzenden Äußerung aufgerufen wird, so kann der Betroffene jedenfalls keinen Eilrechtsschutz mehr beanspruchen
FSt 104, 323

Gemeindewahlrecht

- Nochmalige Änderung der Gemeinde- und Landkreiswahlordnung
FSt 55, 164

Gesundheitswesen

- Bayerisches Infektionsschutzgesetz
FSt 146, 458

Gewässerschutz

- Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen (hier: durch Nitrat) durch Änderung oder Fortschreibung der österreichischen Verordnung Aktionsprogramm Nitrat 2012 aufgrund Unionsrechts
FSt 120, 376

- Zur Antrags-, Klage- oder Beschwerdebefugnis Einzelner
FSt 120, 378
- Zur Tragweite der Verpflichtung zur Verringerung und Verhütung der Verunreinigung
FSt 120, 380
- Zur Möglichkeit der Berufung auf die Verpflichtung zur Verringerung und Verhütung der Verunreinigung
FSt 120, 383
- Gewässeraufsichtliche Untersagung eines konventionellen Hopfenanbaus im Wasserschutzgebiet
FSt 172, 546

Gewerberecht

- Behördliche Prüfungs- und Aufklärungs-pflichten gegenüber anderen behördlichen Mitteilungen; Prognose der gewerberechtl. Unzuverlässigkeit
FSt 186, 590
- Keine anlasslose Pflicht des Gewerbeamts, Mitteilungen des Finanzamts über die Höhe von Steuerschulden und über Verstöße gegen steuerrechtliche Pflichten auf ihre Richtigkeit zu prüfen
FSt 186, 590
- Fortbestehende gewerberechtl. Unzuverlässigkeit auch dann möglich, wenn aktuell keine Arbeitnehmer beschäftigt werden; gewerbeübergreifende Unzuverlässigkeit wegen einer Straftat der Insolvenzverschleppung
FSt 186, 592

Gewerbesteuer

- Zahlungsverjährungsfrist für den Gewerbesteueranspruch
GK 59, 145
- Erlass der auf einen Sanierungsgewinn entfallenden Gewerbesteuer
GK 196, 494

Glücksspiele

- Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Dritten Staatsvertrags zur Änderung des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Dritter Glücksspieländerungsstaatsvertrag – 3. GlüÄndStV) vom 13.1.2020
GK 58, 143

GmbH

- Anstellungsvertrag eines GmbH-Geschäftsführers; Unwirksamkeit; Auflösung; fristlose Kündigung
FSt 56, 166
- In der Weigerung eines Geschäftsführers, Gesellschafterweisungen nachzukommen, liegt eine Verletzung dienstvertraglicher Pflichten, die die fristlose Kündigung des Anstellungsvertrags rechtfertigen kann
FSt 56, 168
- Haftung des GmbH-Geschäftsführers gegenüber außenstehenden Dritten
GK 22, 44
- Haftung des GmbH-Geschäftsführers für kommunale Abgaben
GK 110, 283

Grunderwerbsteuer

- Grunderwerbsteuerbefreiung bei Öffentlich-Privater Partnerschaft GK 54, 135
- Voraussetzungen einer Steuerbefreiung gem. § 4 Nr. 9 GrEStG a.F. (§ 4 Nr. 5 GrEStG) GK 54, 136
- Nichtvorliegen der Voraussetzungen der Steuerbefreiung gemäß § 4 Nr. 9 GrEStG a.F. GK 54, 139
- Grunderwerbsteuer bei Verfahren der Baulandumlegung GK 164, 413
- Gesetzliches (förmliches) Umlegungsverfahren GK 164, 414
- Vereinfachtes Umlegungsverfahren GK 164, 414
- Missbrauch rechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten nach § 42 AO GK 164, 415
- Freiwillige Baulandumlegung GK 164, 416

Grundsicherung

- Sanktionen zur Durchsetzung von Mitwirkungspflichten bei Bezug von Arbeitslosengeld II teilweise verfassungswidrig FSt 98, 302
- Übergang von Unterhaltsansprüchen auf den Grundsicherungsträger; Umschreibung eines Unterhaltstitels im vereinfachten Verfahren FSt 159, 507
- Zur Bedeutung des Bundesteilhabegesetzes für die Jobcenter FSt 241, 770
- Das BTHG bringt Neuerungen für die Arbeit der Jobcenter mit sich FSt 241, 770
- Das SGB IX enthält für die Jobcenter eine Sondervorschrift FSt 241, 771
- Auch Anträge beim Jobcenter werden von § 14 SGB IX erfasst FSt 241, 771
- Ein Antrag beim Jobcenter löst die Zweiwochenfrist aus FSt 241, 771
- Aufgaben der Jobcenter im Rehabilitationsverfahren FSt 241, 772
- Die Leistungs- und Finanzierungsverantwortung der Jobcenter ist neu geregelt FSt 241, 772
- Neue Aufgaben im Teilhabeplanverfahren FSt 241, 772
- Achte Verordnung zur Änderung der Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung vom 28.5.2020 GK 142, 359

Grundsteuer

- Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz – GrStRefG) vom 26.11.201 GK 24, 48
- Gesetz zur Änderung des Grundsteuergesetzes zur Mobilisierung von baureifen Grundstücken für die Bebauung vom 30.11.2019 GK 24, 48

H

Handelsrecht

- Register: (Nicht-)Vorliegen eines Gewerbebetriebs bei einem Wasser- und Abwasserzweckverband GK 129, 330

Haushaltsgesetz

- Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2019/2020 – NHG 2019/2020) vom 19.3.2020 GK 93, 239
- Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2020 – 2. NHG 2020) vom 27.4.2020 GK 113, 288

Haushaltsplan

- Bek des StMI vom 7.11.2019 – Aufstellung und Vollzug der Haushaltspläne der Kommunen; Ergebnisse der Steuerschätzung GK 24, 48
- Bek des StMI vom 21.9.2020 – Aufstellung und Vollzug der Haushaltspläne der Kommunen; Ergebnisse der Steuerschätzung GK 211, 528

Haushaltswesen

- Änderung der kommunalen Haushaltssystematik, hier: Änderung der Vorschriften über die kommunale Haushaltssystematik nach den Grundsätzen der doppelten kommunalen Buchführung GK 1, 1
- Änderungen im Kommunalen Produktrahmen Bayern nebst Zuordnungsvorschriften GK 1, 1
- Änderungen im Kommunalen Kontenrahmen Bayern nebst Zuordnungsvorschriften GK 1, 2
- Bek des StMI vom 28.1.2020 – Änderung der Verwaltungsvorschriften über die Muster zum kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen nach den Grundsätzen der doppelten kommunalen Buchführung GK 68, 168
- Kommunalwirtschaftliche Erleichterungen anlässlich der Corona-Pandemie von 2020; Teil 1: Überblick GK 193, 481
- Kommunalwirtschaftliche Erleichterungen anlässlich der Corona-Pandemie von 2020; Teil 3: Abweichungen bei der Deckung kameraler Fehlbeträge GK 212, 529

Herstellungsbeitrag

- Anschlussbedarf einer Biogasanlage an die Wasserversorgungseinrichtung GK 105, 266
- Ob ein Gebäude nach der Art seiner Nutzung einen Anschlussbedarf auslöst, ist nach objektiven Gesichtspunkten typisierend zu entscheiden GK 105, 267

- Eine Biogasanlage löst grundsätzlich einen Anschlussbedarf aus GK 105, 268
- Ein Anschlussbedarf liegt bei jeder Biogasanlage schon aufgrund des sich aus europarechtlichen Vorschriften ergebenden Reinigungs- und Desinfektionsbedarfs vor GK 105, 268
- Ein Anschlussbedarf besteht auch wegen des typischerweise vorhandenen Löschwasserbedarfs im Hinblick auf die bestehende Explosions- und Brandgefahr GK 105, 269
- Eine Vielzahl von technischen Regeln und Handlungsempfehlungen bestätigt den Bedarf der Versorgung mit Löschwasser GK 105, 270
- Von Bedeutung ist auch, wenn Wassernahmemöglichkeiten auf dem Betriebsgrundstück bestehen GK 105, 271

HOAI

- Orientierungswerte Stundensätze HOAI ab Juli 2019 GK 33, 70
- Kann Abfall das Architektenhonorar erhöhen der Baustoff sein? Wann werden Abschlagsforderungen verzinst? GK 166, 423
- Abfall als Baustoff i.S. des § 4 Abs. 2 Nr. 4 HOAI? GK 166, 423
- Der Anspruch auf Abschlagszahlung und deren Verzinsung erlischt mit Schlussrechnungserreife GK 166, 424

Hunde

- Haltungserlaubnis eines Kampfhundes der Kategorie 1 – zur Verfassungsmäßigkeit von Art. 37 Abs. 1 LStVG und des § 1 Abs. 1 KampfhundeV FSt 121, 384
- Verfassungsmäßigkeit der gesetzlichen Begriffsbestimmung des Kampfhundes und der Verordnungsermächtigung in Art. 37 Abs. 1 Satz 2 LStVG FSt 121, 385
- Das der gesetzlichen Regelung zugrunde liegende, u.a. an die Hunderasse anknüpfende „Besorgnispotenzial“ ist nicht durch neuere Erkenntnisse ausgeräumt oder gar widerlegt FSt 121, 387
- Verfassungsmäßigkeit der Verordnung über Hunde mit gesteigerter Aggressivität und Gefährlichkeit (KampfhundeV) FSt 121, 389
- Die prognostische Einschätzung des Gefährdungspotenzials für American Staffordshire Terrier durch den Normgeber ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden FSt 121, 390
- Leistung des American Staffordshire Terriers als Kampfhund in § 1 Abs. 1 KampfhundeV ist mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz (Art. 3 Abs. 1 GG) vereinbar FSt 121, 391
- Kein berechtigtes Interesse für die Haltung des Kampfhundes FSt 121, 393

- Haltungserlaubnis und Haltungserlaubnis bei einem Kampfhund der Kategorie 1 FSt 270, 873

Hundesteuer

- Bek des STMI vom 28.7.2020 – Mustersatzung für die Erhebung einer Hundesteuer GK 192, 480

I

Immissionsschutz

- Bayerisches Immissionsschutzgesetz FSt 75, 226
- Luftqualität: Art. 3 BayImSchG n.F. FSt 75, 229
- Lärmaktionspläne: Art. 4 BayImSchG n.F. FSt 75, 230
- Finanzhilfen: Art. 5 BayImSchG n.F. FSt 75, 230
- Schutz vor Einwirkungen durch Motoren: Art. 6 BayImSchG n.F. FSt 75, 230
- Rechtsverordnungen durch Gemeinden: Art. 7 BayImSchG n.F. FSt 75, 230
- Nicht gewerbliche und nicht wirtschaftliche Betriebsbereiche: Art. 8 BayImSchG n.F. FSt 75, 230
- Vermeidbare Lichtemissionen: Art. 9 BayImSchG n.F. FSt 75, 231
- Fortsetzung eines Genehmigungsverfahrens nach gerichtlicher Aufhebung der zunächst erteilten Genehmigungen FSt 133, 426
- Rechtskraftwirkung eines Urteils, mit dem eine rechtswidrige Genehmigung aufgehoben wurde FSt 133, 426
- Fortsetzung des bisherigen Genehmigungsverfahrens trotz aufgehobenen Genehmigungsbescheids FSt 133, 428
- Schutzzweck von Abstandsflächenvorschriften und hieraus folgende Grenzen der Rügefähigkeit von Abweichungen durch Dritte FSt 133, 429

Informationsfreiheit

- Informationszugang nach dem Verbraucherinformationsgesetz; Übermittlung der Ergebnisse einer lebensmittelrechtlichen Betriebsprüfung; Anwendbarkeit der neuen EU-Kontrollverordnung FSt 251, 804
- Informationsrecht nach dem VIG nicht nur über das Produkt, sondern auch über dessen Herstellung, Erzeugung, Lagerung und Lieferung FSt 251, 805
- Informationsanspruch aus dem Verbraucherinformationsgesetz erfordert kein Eigeninteresse FSt 251, 805
- Geplante kampagnenartige Weiterverwendung der Informationen erlaubt FSt 251, 806

- Kontrollberichte zu lebensmittelrechtlichen Betriebsprüfungen enthalten Daten über „festgestellte nicht zulässige Abweichungen“
FSt **251**, 807
- Gerichtliche Entscheidung auch ohne Kenntnis des konkreten Kontrollberichts möglich
FSt **251**, 807
- Normabweichungen sind keine schutzwürdigen Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse
FSt **251**, 808
- Das Verbraucherinformationsgesetz trägt mit seinem Regelungsmodell bezüglich der Offenlegung personenbezogener Daten den Vorgaben der Öffnungsklausel des Art. 86 DSGVO Rechnung
FSt **251**, 808
- Keine Grundrechtsverletzung durch die Informationsgewährung
FSt **251**, 809
- Kein Verstoß gegen unionsrechtliche Vorgaben
FSt **251**, 810
- Keine unmittelbare Korrekturpflicht der Behörde
FSt **251**, 811

Insolvenzordnung

- Voraussetzungen der vorzeitigen Restschuldbefreiung
GK **78**, 193
- Corona-Pandemie: Änderungen im Insolvenz- und Zivilrecht
GK **123**, 313
- Gesetz zur Änderung des COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetzes vom 25.9.2020
GK **211**, 528

Internet

- Kommunale Online-Plattform zum Coronavirus
FSt **140**, 442

J

Jahresrechnungsstatistik

- Die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 2018 für Bayern
GK **171**, 435
- Wirtschaftswachstum schwächt sich ab
GK **171**, 435
- Kommunale Einnahmen und Ausgaben gewachsen
GK **171**, 435
- Zuführungen vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt gestiegen
GK **171**, 436
- Tilgung höher als die Neuaufnahme von Krediten
GK **171**, 437
- Anstieg bei den kommunalen Investitionen
GK **171**, 437
- Kreisangehörige Gemeinden erneut Spitzenreiter bei den Bauausgaben
GK **171**, 438
- Personalausgaben wiederum gestiegen
GK **171**, 438

- Umlagebelastung gewachsen
GK **171**, 439
- Mitfinanzierung der Deutschen Einheit
GK **171**, 440
- Sozialausgaben weiter gestiegen
GK **171**, 440
- Zunahme bei den kommunalen Steuereinnahmen
GK **171**, 441
- Gewerbesteuereinnahmen wieder angewachsen
GK **171**, 442
- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und Grundsteuereinnahmen gestiegen
GK **171**, 442
- Die Ist-Einnahmen des Gesamthaushalts im Haushaltsjahr 2018 nach Aufgabenbereichen
GK **172**, 443
- Die Ist-Ausgaben des Gesamthaushalts im Haushaltsjahr 2018 nach Aufgabenbereichen
GK **173**, 444
- Die Ist-Einnahmen des Verwaltungshaushalts im Haushaltsjahr 2018 nach Arten
GK **174**, 445
- Die Ist-Ausgaben des Verwaltungshaushalts im Haushaltsjahr 2018 nach Arten
GK **175**, 446
- Personalausgaben im Haushaltsjahr 2018 nach Einzelplänen bzw. Gruppen und Untergruppen
GK **176**, 448
- Die Ist-Einnahmen des Vermögenshaushalts im Haushaltsjahr 2018 nach Arten
GK **177**, 449
- Die Ist-Ausgaben des Vermögenshaushalts im Haushaltsjahr 2018 nach Arten
GK **178**, 450
- Die Ausgaben für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2018 gliedert nach Aufgabenbereichen
GK **179**, 451
- Steuereinnahmen, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen im Haushaltsjahr 2018
GK **180**, 452

Jahressonderzahlung

- Altersteilzeit im Blockmodell nach TV Flex-AZ; Anspruch auf die Jahressonderzahlung nach § 20 TVöD
GK **55**, 140

Jugendhilfe

- Keine Kürzung des Anspruchs von Tagespflegepersonen auf hälftige Erstattung ihrer nachgewiesenen Aufwendungen zu einer freiwilligen gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung
FSt **2**, 2

K

Kanalisation

- Rechtsnatur der Verrohrung eines Bachlaufs in der Ortslage einer Gemeinde
FSt **269**, 856

- Beitragsmaßstab „zulässige Geschossfläche“; Unzulässige Einschränkung auf Vollgeschosse bei ausgebauten Keller- und Dachgeschossen im Außenbereich; Eintritt der Vorteilslage
GK 38, 81

Kapitalertragssteuer

- Ermittlung des Gewinns gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b EStG eines Betriebs gewerblicher Art (BgA) bei Beteiligung der Trägerkörperschaft an einer Mitunternehmerschaft
GK 89, 228

Katastrophenschutz

- Corona-Pandemie: Feststellung des Katastrophenfalls
FSt 152, 480

Kindergärten, Kinderbetreuung

- Bayerisches Krippengeld
FSt 58, 170
- Bek des StMAS vom 21.11.2019 – Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Qualitätsbonus gemäß Art. 23 Abs. 1 Satz 3 BayKiBiG
GK 58, 143
- Bek des StMAS vom 21.11.2019 – Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Basiswerts gemäß Art. 21 Abs. 3 Satz 2 BayKiBiG
GK 58, 143
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder und des Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetzes vom 15.4.2020
GK 113, 288
- Bek des StMAS vom 2.6.2020 – Richtlinie zur Gewährung eines Ersatzes von Elternbeiträgen in der Kindertagesbetreuung aufgrund der Betretungsverbote (Beitragsersatz)
GK 142, 359

Kommunale Unternehmen

- Mehr Rechtssicherheit für Betriebe bei beanstandungsfreien Betriebsprüfungen
GK 41, 92
- Crowdfunding in der kommunalen Wirtschaft
GK 48, 115
- Breitbandausbau und steuerlicher Querverbund
GK 71, 177
- Neufassung der GoBD veröffentlicht
GK 98, 254
- Dauerdefizitärer Betrieb einer Schwimmhalle: keine Steuerbegünstigung im Verpachtungsfall
GK 116, 299
- Verluste, die durch das Gesellschaftsverhältnis veranlasst sind, stellen grundsätzlich eine verdeckte Gewinnausschüttung (vgA) dar
GK 116, 300

- Begünstigte Dauerverlustgeschäfte i.S. des § 8 Abs. 7 Satz 1 Nr. 2 KStG müssen von der Gesellschaft selbst ausgeübt werden
GK 116, 302
- Gründung von Kommunalunternehmen zur Erlangung von Fördermitteln aus dem kommunalen Wohnraumförderungsprogramm
GK 147, 371

Kommunale Wahlbeamte

- Anpassung von im KWBG enthaltenen Rahmensätzen, Grenz- und Höchstbeträgen ab 1.1.2020
GK 10, 14

Körperschaftsteuer

- Breitbandausbau und steuerlicher Querverbund
GK 71, 177
- Dauerdefizitärer Betrieb einer Schwimmhalle: keine Steuerbegünstigung im Verpachtungsfall
GK 116, 299
- Verluste, die durch das Gesellschaftsverhältnis veranlasst sind, stellen grundsätzlich eine verdeckte Gewinnausschüttung (vgA) dar
GK 116, 300
- Begünstigte Dauerverlustgeschäfte i.S. des § 8 Abs. 7 Satz 1 Nr. 2 KStG müssen von der Gesellschaft selbst ausgeübt werden
GK 116, 302
- Keine Entscheidung des EuGH über Beihilfecharakter der Steuerbegünstigung für dauerdefizitäre Tätigkeiten
GK 126, 326

Kostenerstattung

- Gemeinsame Bek des StMI und des StMPG vom 16.7.2020 – Richtlinie zur Erstattung der Einsatzkosten zur Katastrophenbewältigung anlässlich der Corona-Pandemie aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie (SARS-CoV-2-Einsatzkostenerstattungsrichtlinie)
GK 192, 480

Kostenverzeichnis

- Verordnung zur Änderung des Kostenverzeichnisses vom 1.11.2019
GK 24, 48

Krankenhäuser

- Volksbegehren: „Stopp den Pflegenotstand an Bayerns Krankenhäusern“ nicht zugelassen
FSt 45, 134
- Gemeinsame Bek des StMGP sowie des StMFH vom 28.10.2019 – Richtlinie zur Förderung der Umwandlung von Krankenhäusern (Umwandlungsförderrichtlinie – UmwFR)
GK 16, 24
- Tarifsabschluss für Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern – Änderungen ab 1.1.2019, 1.1.2020 und 1.1.2021
GK 30, 58

- Erhöhung der Tabellenentgelte GK 30, 58
- Einsatzzuschlag im Rettungsdienst GK 30, 59
- Besitzstandszulage für kinderbezogene Entgeltbestandteile GK 30, 59
- Erhöhung des Bereitschaftsdienstentgelts und -zuschlags GK 30, 59
- Bemessungsgrundlage für die Entgeltfortzahlung GK 30, 60
- GemBek des StMI sowie des StMGP vom 8.5.2020 – Notfallplan Corona-Pandemie: All-gemeinverfügung zur Bewältigung erheblicher Patientenzahlen in Krankenhäusern GK 122, 312
- GemBek des StMGP sowie des StMFH vom 25.6.2020 – 46. Jahreskrankenhausbauprogramm 2020 des Freistaates Bayern GK 169, 431

Krankenversicherung

- Gesetz zur Einführung eines Freibetrages in der gesetzlichen Krankenversicherung zur Förderung der betrieblichen Altersvorsorge (GKV-Betriebsrentenfreibetragsgesetz – GKV-BRG) vom 21.12.2019 GK 43, 96

Kreditähnliche Rechtsgeschäfte

- Grundbuchgeschäft einer Gemeinde: Dem Grundbuchamt obliegt nach Auffassung des OLG München eine abstrakte Prüfungspflicht der Genehmigungsfähigkeit GK 151, 380
- Das Grundbuchamt hat zu prüfen, ob die Bewilligung der Grundschuld der Genehmigung der Rechtsaufsicht über die Gemeinde nach Art. 72 Abs. 3 GO bedarf GK 151, 381
- Die Grundschuldbestellung ist nur genehmigungsfrei, wenn beim Erwerb oder der Veräußerung eines Grundstücks Grundpfandrechte in Zusammenhang mit der Kaufpreiszahlung bestellt werden GK 151, 381
- Die Feststellung nach § 4 der Verordnung über kreditähnliche kommunale Rechtsgeschäfte ist zur Gesamtheit der Niederschriften über die von den Vertragsbeteiligten vor dem Notar abgegebenen Erklärungen zu nehmen GK 151, 382

Kreditwesen

- Kommunalwirtschaftliche Erleichterungen anlässlich der Corona-Pandemie von 2020; Teil 2: Abweichungen bei der Aufnahme von Krediten GK 203, 507

Kreisumlage

- Die Kreisumlagen für das Haushaltsjahr 2019 GK 25, 49
- Umlagekraft der kreisangehörigen Gemeinden GK 25, 49

- Umlagekraft und Umlagesoll der Landkreise nach Regierungsbezirken in Bayern im Haushaltsjahr 2019 GK 26, 52
- Grenz- und Durchschnittswerte in den Regierungsbezirken in Bayern 2019 GK 27, 53
- Umlagesätze in Bayern im Jahr 2019 GK 28, 54
- Keine Pflicht zur förmlichen Anhörung umlagepflichtiger Gemeinden vor Festlegung des Kreisumlagesatzes durch Aufsichtsbehörde GK 218, 539
- Art. 28 Abs. 2 Satz 1 und 3 GG verpflichtet den Landkreis, vor der Festlegung des Kreisumlagesatzes auch den Finanzbedarf der umlagepflichtigen Gemeinden zu ermitteln und seine Entscheidung offenzulegen GK 218, 539
- Befugnis der Landkreise zur Ausgestaltung der verfassungsrechtlich gebotenen Ermittlungspflicht GK 218, 540
- Keine Anhörungspflicht auch bei Festlegung des Kreisumlagesatzes durch die Aufsichtsbehörde GK 218, 541
- Zur finanziellen Mindestausstattung der Gemeinden GK 218, 541

Kündigung

- Der dringende Verdacht einer Pflichtverletzung kann eine ordentliche Kündigung aus Gründen in der Person des Arbeitnehmers i.S. von § 1 Abs. 2 KSchG sozial rechtfertigen FSt 12, 51
- Verdacht einer Pflichtverletzung als eigenständiger personenbedingter Kündigungsgrund; Abgrenzung zur verhaltensbedingten Kündigung FSt 12, 51
- Eine ordentliche Verdachtskündigung ist nur bei Vorliegen von Tatsachen wirksam, die zugleich eine außerordentliche, fristlose Kündigung gerechtfertigt hätten FSt 12, 53
- Frist bei einer ordentlichen Verdachtskündigung richtet sich nach den Umständen des Einzelfalls FSt 12, 54
- Außerordentliche Kündigung von Beleghebammen FSt 42, 129
- Frist für die Anhörung eines Arbeitnehmers FSt 65, 200

Kurbeitrag

- Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes vom 9.6.2020 FSt 196, 620
- Aufhebung der Einschränkung der ausschließlichen Verwendung des Kurbeitrags auf gemeindeeigene Einrichtungen und Veranstaltungen FSt 196, 621
- Erweiterung der durch den Kurbeitrag finanzierbaren Angebote; Legaldefinition Kurgäste FSt 196, 622

L

Landesstraf- und Verordnungsgesetz

- Sicherheitsrechtliche Anordnungen im Zusammenhang mit befürchteten Felsabstürzen
FSt 259, 833
- Anwendbarkeit der sicherheitsrechtlichen Generalklausel des Art. 7 Abs. 2 Nr. 3 LStVG bei Gefahr eines Felsabsturzes
FSt 259, 834
- Keine ausreichende Ermessensausübung der Sicherheitsbehörde bzgl. der Anordnung von Maßnahmen zur Gefahrerforschung
FSt 259, 835
- Auswirkung der Verkehrssicherungspflicht des Straßenbauasträgers
FSt 259, 836
- Sicherheitsbehörde muss voraussichtlich entstehende Kosten der Anordnungen in Relation zum Verkehrswert des Grundstücks setzen
FSt 259, 836

Landschaftsschutz

- BVerwG fragt EuGH: Pflicht zur strategischen Umweltprüfung bei Erlass oder Änderung von Landschaftsschutzgebietsverordnungen?
FSt 257, 827
- Drohende Unwirksamkeit vieler seit dem 1.7.2004 ausgewiesenen Schutzgebiete
FSt 257, 828
- Ergibt sich aus Art. 3 Abs. 2 Buchst. a SUP-RL für den Erlass einer Landschaftsschutzgebietsverordnung eine Pflicht zur Durchführung einer Strategischen Umweltprüfung?
FSt 257, 828
- Ist die LSG-Verordnung ein in den in Art. 3 Abs. 2 Buchst. a SUP-RL genannten Bereichen „ausgearbeiteter“ Plan oder Programm?
FSt 257, 830

Leistungslaufbahngesetz

- Gesetz zur Anpassung leistungslaufbahnrechtlicher Regelungen an die Notwendigkeiten in der Corona-Pandemie
FSt 262, 844
- Abweichungsmöglichkeit aufgrund der Corona-Pandemie
FSt 262, 844
- Umsetzung
FSt 262, 847
- Zuständigkeiten
FSt 262, 847
- Informationspflicht
FSt 262, 848
- Maßnahmen der modularen Qualifizierung
FSt 262, 848
- Ausdehnung der Ausnahmemöglichkeiten auf sonstigen Qualifikationserwerb
FSt 262, 848
- Periodische Beurteilung
FSt 262, 848
- Zeitliche Befristung
FSt 262, 849
- Inkrafttreten
FSt 262, 849

Lohnsteuer

- Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1.1.2020
GK 64, 161
- Lohnsteuerpflichtiger Sachbezug, wenn Backwaren und Heißgetränke Arbeitnehmern kostenlos zur Verfügung gestellt werden?
GK 109, 279
- Zulässigkeit einer Lohnsteuerpauschalierung von Mahlzeiten, wenn diese nicht als Lohnbestandteile vereinbart wurden
GK 109, 280
- Auch Sachbezüge in Form von Kost sind Arbeitslohn
GK 109, 280
- Aufmerksamkeiten sind kein Arbeitslohn
GK 109, 281
- Heißgetränke und unbelegte Backwaren sind nicht als Frühstück im Sinne der Sozialversicherungsentgeltverordnung (SvEV) zu werten
GK 109, 282
- Gewährung von Zusatzleistungen und Zulässigkeit von Gehaltsumwandlungen; Anwendung des BFH-Urteils vom 1.8.2019 – VI R 32/18
GK 136, 347

M

Mietrecht

- „Mietpreisbremse“ verletzt keine Grundrechte
FSt 85, 257
- Die Miethöhenregulierung greift rechtmäßig, insbesondere in verhältnismäßiger Weise, in das Eigentumsgrundrecht ein
FSt 85, 259
- Die Mietobergrenze verletzt nicht den Gleichheitssatz
FSt 85, 261
- Die Berliner Mietenbegrenzungsverordnung ist verfassungsmäßig
FSt 85, 262
- Die Anmietung von Wohnraum für Flüchtlinge ist Gewerberaummiete
FSt 126, 404
- Gesetz zur Verlängerung und Verbesserung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn
FSt 169, 535
- Verlängerung der Regelungen der Mietpreisbremse bis Ende 2025
FSt 169, 536
- Erleichterte Rückforderung für Mieter bei überhöhter Miete
FSt 169, 536
- Verordnung zur Änderung der Mieterschutzverordnung
FSt 243, 779
- Gesetz zur Verlängerung des Betrachtungszeitraums für die ortsübliche Vergleichsmiete vom 21.12.2019
GK 43, 96
- Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete
GK 76, 190

- Anforderungen an eine Modernisierungsankündigung GK 85, 214
- Wie ist eine Mietsicherheit zwischen Vermieter und Mieter abzurechnen? GK 101, 260
- Der Vermieter hat sich nach dem Ende des Mietverhältnisses, ggf. durch schlüssiges Verhalten, dem Mieter gegenüber zu erklären, ob und welche Ansprüche er gegen diesen erhebt GK 101, 260
- Eine gewährte Barkaution wird mit dem Zugang der Abrechnung beim Mieter zur Rückzahlung fällig GK 101, 261
- Bei einer an den Hausmeister entrichteten Notdienstpauschale handelt es sich nicht um umlagefähige Betriebskosten, sondern um vom Vermieter zu tragende Verwaltungskosten GK 141, 355
- Grundsätzliches zur Abgrenzung der Betriebskosten von den Verwaltungskosten GK 141, 356
- Auch preisgebundener Wohnraum kann für Mieterhöhungen als Vergleichswohnung dienen GK 150, 378
- Form und Inhalt des Erhöhungsverlangens GK 150, 378
- Die Angabe von Vergleichswohnungen dient nicht dazu, bereits den Nachweis der ortsüblichen Vergleichsmiete zu führen; als Bezugspunkt kann auch auf preisgebundenen Wohnraum abgestellt werden GK 150, 378
- Eine Mietminderung wegen Baulärms auf dem Nachbargrundstück setzt voraus, dass der Vermieter seinerseits Abwehransprüche gegen den Störer nach § 906 BGB hat GK 159, 406
- Zur Verkehrssicherungspflicht des Vermieters GK 190, 478

Mietwohnungen

- Auskunftsanspruch zu den Datengrundlagen für die Erstellung eines Mietspiegels FSt 27, 82

Mitbestimmung

- Mitbestimmung bei der Eingruppierung erstmalig zugewiesener Arbeitnehmer im Jobcenter FSt 52, 160

N

Nachbarrecht

- Anspruch auf Beseitigung von Bäumen des Nachbargrundstücks wegen Laubbefalls etc.? FSt 67, 201
- Kein gewohnheitsrechtliches Wegerecht aufgrund jahrzehntelanger Duldung durch den Nachbarn FSt 179, 561

Namensrecht

- Kindesname bei nachträglicher gemeinsamer Sorge FSt 216, 680

Naturschutz

- Umbruch von Grünland; Reichweite von § 14 Abs. 3 Nr. 1 BNatSchG FSt 87, 264
- § 17 Abs. 8 Satz 2 BNatSchG als Rechtsgrundlage für eine Wiederherstellungsanordnung FSt 87, 265
- Herstellung eines rechtmäßigen Zustands (nur) durch behördliche Anordnung FSt 87, 269
- Zweites Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes: Erleichterung der Wolfsjagd FSt 102, 309
- Ausnahmen nur bei erstem Schaden: § 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG n.F. FSt 102, 310
- Fütterungsverbot: § 45a Abs. 1 BNatSchG n.F. FSt 102, 310
- Abschuss von Mitgliedern eines Wolfsrudels: § 45a Abs. 2 BNatSchG n.F. FSt 102, 311
- Wolfshybriden: § 45a Abs. 3 BNatSchG n.F. FSt 102, 312
- Mitwirkung von Jagdausübungsberechtigten: § 45a Abs. 4 BNatSchG n.F. FSt 102, 313
- Flächengröße eines geschützten Landschaftsteils nach § 29 BNatSchG FSt 134, 429
- Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes; Geltungsbereich der Bayerischen Kompensationsverordnung FSt 199, 628
- Naturschutzgebietsverordnung für künstliche Baggerweiher zum Schutz noch nicht vorhandener seltener Tiere; Abwägung zwischen Naturschutzbelangen und Fischereirecht FSt 278, 909
- Ein Naturschutzgebiet kann auch bei künstlich entstandenen Gewässern erforderlich sein i.S. von § 23 Abs. 1 BNatSchG, wobei der Schutz der Entwicklung von Lebensräumen sogar für solche (seltenen) Tiere möglich ist, die sich dort bislang noch nicht angesiedelt haben FSt 278, 910
- Für die Verhältnismäßigkeit von Verboten in Naturschutzgebietsverordnungen ist auch relevant, ob der Schutzbedarf durch vorangegangene Eingriffe entstanden ist FSt 278, 911
- Recht und Pflicht zur Hege erhöhen das Gewicht der Eigentümerbelange nicht so, dass dadurch das naturschutzrechtlich implizierte Abwägungsergebnis anders ausfallen würde FSt 278, 912

Naturschutzgesetz, Bayerisches

- Verpachtung kommunaler Grundstücke unter Wert an ökologisch arbeitende Landwirte FSt 258, 831

- Bedeutung des neuen Art. 1a BayNatSchG für Kommunen FSt 258, 832
- Verpachtung unter Marktwert ist nur zulässig, wenn der Verzicht sowohl dem Grunde als auch der Höhe nach zur Erfüllung kommunaler Umwelt- und Naturschutzziele erforderlich ist FSt 258, 832
- Art. 1a BayNatSchG ermöglicht die Förderung des ökologischen Landbaus durch vergünstigte Verpachtung kommunaler Flächen FSt 258, 832
- Bevorzugte Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen an ökologisch arbeitende Landwirte ist kommunalrechtlich zulässig FSt 258, 833

Nebentätigkeit

- Anpassung der in § 9 Abs. 3 der Bayerischen Nebentätigkeitsverordnung enthaltenen Höchstbeträge an das Gesetz zur Anpassung der Bezüge 2019/2020/2021 GK 20, 42

Normenkontrolle

- Elektronische Bekanntmachung einer Verordnung FSt 125, 401
- Ausreichend für eine elektronische Bekanntmachung i.S. von § 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO ist eine Handlung des Normgebers, welche den potenziell Antragsbefugten die Möglichkeit eröffnet, sich vom Erlass und vom Inhalt der Rechtsnorm verlässlich und in zumutbarer Weise Kenntnis verschaffen zu können FSt 125, 401
- Eine Veröffentlichung in einem elektronischen Medium muss der Verkündung dienen; das Einstellen von Gesetzen und Verordnungen in öffentliche Datenbanken zu Informationszwecken oder in private Datenbanken genügt nicht FSt 125, 402
- Normenkontrolle einer Beitragssatzung; Beitragserhebungspflicht; Folgen einer erheblichen Unterdeckung GK 204, 509
- Eine landesrechtliche Bestimmung, die Gemeinden zur Erhebung grundsätzlich kostendeckender Beiträge verpflichtet, ist mit Art. 28 Abs. 2 GG vereinbar GK 204, 511
- Eine Verpflichtung zur Erreichung einer Kostendeckungsquote von mindestens 80 Prozent beschränkt die Finanzhoheit der Gemeinde nicht unzumutbar GK 204, 512
- Es ist eine Frage der Auslegung des Landesrechts, ob eine Beitragssatzung wegen erheblicher Unterdeckung nichtig ist GK 204, 513
- Auch im Kommunalabgabenrecht ist die Normenkontrolle nach § 47 VwGO nicht auf die Überprüfung der Verletzung subjektiver Rechte beschränkt GK 204, 513

- Die Nichtigkeitsfeststellung wegen zu geringer Beitragssätze steht nicht im Widerspruch zu Art. 19 Abs. 4 GG GK 204, 515
- Die Mahnung zur Vermeidung ungefragter Fehlersuche umschreibt eine Maxime richterlichen Handelns, die den Amtsermittlungsgrundsatz nicht infrage stellt GK 204, 515

O

Obdachlose

- Örtliche Zuständigkeit; länderübergreifender Ortswechsel FSt 48, 146
- Bei der Obdachlosenunterbringung können die bayerischen Gemeinden nicht auf die Zuständigkeit einer außerbayerischen Sicherheitsbehörde verweisen FSt 48, 147
- Maßgebend für die örtliche Zuständigkeit ist nicht der Ort des erstmaligen Auftretens der Obdachlosigkeit, sondern der aktuelle Aufenthaltsort FSt 48, 147
- Ein Unterbringungsverlangen kann zwar als missbräuchlich abgelehnt werden, nicht aber deswegen, weil es keine nachvollziehbaren Gründe für die Wahl des Wohnorts gebe FSt 48, 149

ÖPNV

- Fünftes Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes vom 6.3.2020 GK 86, 216
- Bek des StMB vom 20.8.2020 – Richtlinien über die Gewährung von Leistungen zum Ausgleich von Schäden im öffentlichen Personenverkehr im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 im Freistaat Bayern (Richtlinien Corona-Beihilfen ÖPNV Bayern) GK 201, 504

P

Passwesen

- Beschränkung des Geltungsbereichs eines Passes FSt 249, 800

Personalkosten

- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beamte ab dem 1.1.2020 GK 31, 62
- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für kommunale Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ab 1.3.2020 GK 81, 200

- Tabelle der durchschnittlichen Personalkosten und Kosten eines Büroarbeitsplatzes für „ehemalige Angestellte“ ab 1.3.2020 GK 81, 205
- Tabelle der durchschnittlichen Personalkosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst ab 1.3.2020 GK 81, 207
- Tabelle der durchschnittlichen Personalkosten für „ehemalige Arbeiter“ ab 1.3.2020 GK 81, 210
- Arbeitsplatzkosten für Arbeiter und Nicht-Büroarbeitsplätze im Angestelltenbereich GK 81, 210
- Durchschnittliche Personalkosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Teilzeitkräfte GK 81, 210

Personalvertretung

- Einblicksrecht des Betriebsrats in Bruttorentgeltlisten FSt 23, 79
- Antragsbefugnis der Personalvertretung hinsichtlich der Durchführung von Dienstvereinbarungen FSt 83, 244
- Schriftformerfordernis von Einigungsstellenbeschlüssen im bayerischen Personalvertretungsrecht nur gewahrt, wenn sämtliche jeweils abstimmanden Einigungsstellenmitglieder unterschreiben, was ab dem Zeitpunkt der Zustellung nicht mehr nachgeholt werden kann FSt 181, 566
- Verfassungs- und europarechtlicher Beschäftigtendatenschutz als Grenze für den Informationsanspruch der Personalvertretung auch im Zusammenhang mit Mitwirkungsstatbeständen des bayerischen Personalvertretungsrechts FSt 194, 610
- Anspruch eines Personalrats auf Freistellung von Rechtsanwaltskosten FSt 253, 818
- Anspruch eines Personalrats auf Freistellung von Anwaltskosten besteht grundsätzlich selbst dann, wenn der Personalrat unterliegt FSt 253, 819
- Hinzuziehung eines Rechtsanwalts durch den Personalrat erfordert erfolglosen Einigungsversuch und Beschluss des Personalrats FSt 253, 819
- Zu den anspruchseinschränkenden Kriterien der Haltlosigkeit und Mutwilligkeit der Rechtsverfolgung im früheren Gerichtsverfahren FSt 253, 819
- Erstattungspflicht besteht auch dann, wenn dem Personalrat keine an ihn als Auftraggeber adressierte Berechnung mitgeteilt worden ist FSt 253, 820
- Mitbestimmung des Personalrats in Bezug auf in der Dienststelle tätige (teils personalgestellte) Arbeitnehmer einer GmbH, die mit der Dienststelle einen Dienstleistungsvertrag abgeschlossen hat FSt 274, 892

- Die (rechtliche) Zugehörigkeit zu einer Dienststelle (Art. 6 BayPVG) ist eine ungeschriebene systemimmanente Voraussetzung des Beschäftigungsverhältnisses (Art. 4 BayPVG) FSt 274, 893
- Voraussetzungen einer Eingliederung von Arbeitnehmern einer Drittfirma in den Betrieb des Dienstberechtigten FSt 274, 893
- Bei Arbeitnehmern der öffentlichen Hand, die an ein privates Unternehmen zur Arbeitsleistung gestellt werden, gelten für die Beurteilung von deren Dienststellenzugehörigkeit die allgemeinen Maßstäbe (Unterscheidung von Betriebs- und Grundverhältnis) FSt 274, 895
- Zur Zulässigkeit des Rückgriffs auf den tatsächlichen Geschäftsinhalt für die Prüfung der Dienststellenzugehörigkeit FSt 274, 895
- Zur Erforderlichkeit der Abgrenzung zwischen entscheidungserheblicher Weisung und nicht entscheidungserheblicher Anweisung FSt 274, 896
- Regelmäßig kein Anspruch eines ganz vom Dienst freigestellten Personalratsmitglieds auf leistungsbezogene Besoldung GK 135, 346

Pfändung

- Pfändungsschutz im Zwangsverwaltungsverfahren GK 94, 241
- Die Steuerschuld des Schuldners rechtfertigt keine Erhöhung des unpfändbaren Betrages, selbst dann, wenn die Gewinne zugunsten der Masse vereinnahmt wurden GK 153, 385
- Für die Berechnung des pfändbaren Arbeitseinkommens sind Beträge nicht mitzurechnen, die unmittelbar aufgrund steuerrechtlicher Vorschriften zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen des Schuldners abzuführen sind GK 153, 385
- Rechtmäßige Ablehnung der Erhöhung des pfändungsfreien Betrags GK 153, 386
- Kein Pfändungsschutz gem. § 850i ZPO, § 36 Abs. 1 InsO GK 153, 388
- Kein Vollstreckungsschutz entsprechend § 765e ZPO GK 153, 389
- Rechtswidrigkeit einer bei einer Durchsuchung durchgeführten Sachpfändung, wenn der Durchsuchungsbeschluss nachträglich aufgehoben wird GK 170, 433

Praktikanten

- (Kein) Mindestlohn bei Verlängerung des Orientierungspraktikums durch Unterbrechungen GK 40, 90

Preisindex

- Der Verbraucherpreisindex im September 2019 GK 14, 22

- Der Verbraucherpreisindex im Oktober 2019
GK 34, 71
- Der Verbraucherpreisindex im November 2019
GK 57, 143
- Der Verbraucherpreisindex im gesamten Jahr
2019 und im Dezember 2019 GK 67, 166
- Der Verbraucherpreisindex im Januar 2020
GK 84, 214
- Der Verbraucherpreisindex im Februar 2020
GK 102, 263
- Der Verbraucherpreisindex im März 2020
GK 120, 309
- Der Verbraucherpreisindex im April 2020
GK 140, 355
- Der Verbraucherpreisindex im Mai 2020
GK 160, 407
- Der Verbraucherpreisindex im Juni 2020
GK 191, 479
- Der Verbraucherpreisindex im Juli 2020
GK 210, 527
- Der Verbraucherpreisindex im August 2020
GK 221, 551

Prüfungspflicht

- Beschäftigtenlehrgang (BL I) – Zertifikatslehrgänge; nun bis 31.12.2021 möglich FSt 203, 640

Prüfungsverband

- Geschäftsbericht 2019 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands (BKPV)
FSt 204, 640

R

Radwege

- Untersagung der Nutzung eines Radwegs aus Naturschutzgründen FSt 19, 66
- § 3 Abs. 2 BNatSchG als Rechtsgrundlage einer Nutzungsuntersagung FSt 19, 67
- Die Voraussetzungen einer Abweichungsentcheidung i.S. von § 34 Abs. 3 BNatSchG liegen nicht vor FSt 19, 68

Räum- und Streupflicht

- Zur winterlichen Räum- und Streupflicht einer Gemeinde für Straßen innerhalb geschlossener Ortslage FSt 35, 113

Realsteuern

- Die vorläufigen Realsteuerhebesätze im Haushaltsjahr 2019 GK 52, 121
- Endgültige Realsteuerhebesätze für das Jahr 2019 GK 132, 337

Rechtsanwälte

- Nochmals: Zulassung als Syndikusrechtsanwalt bei Tätigkeit im öffentlichen Dienst FSt 237, 761
- Eine Zulassung als Syndikusrechtsanwalt scheidet aus, wenn der Antragsteller am Erlass hoheitlicher Maßnahmen mit Entscheidungsbefugnis beteiligt ist FSt 237, 761
- Für die Versagung der Zulassung kommt es weder auf den Umfang der hoheitlichen Tätigkeit im Verhältnis zur Gesamttätigkeit noch darauf an, ob der Antragsteller als Entscheidungsträger nach außen auftritt oder erkennbar ist FSt 237, 762
- Einer Zulassung steht nicht entgegen, wenn der Antragsteller im Zusammenhang mit hoheitlichen Maßnahmen lediglich als rechtliche Prüfstelle fungiert und gegenüber den entscheidenden Stellen nicht weisungsbefugt ist FSt 237, 762
- Auch die Vorbereitung hoheitlicher Tätigkeiten stellt kein Zulassungshindernis dar FSt 237, 763
- Vertretung vor den (Sozial-)Gerichten ist gleichfalls nicht zulassungsschädlich FSt 237, 764

Register

- (Nicht-)Vorliegen eines Gewerbebetriebs bei einem Wasser- und Abwasserzweckverband GK 129, 330
- Handelsregisterpflicht (nur) bei einem Gewerbebetrieb GK 129, 330
- Kriterien für einen Gewerbebetrieb; hoheitliche Handlungsform als Negativkriterium GK 129, 331
- Anschluss- und Benutzungszwang nicht allein entscheidend GK 129, 332
- Vollständig öffentlich-rechtliches Regime schließt einen Gewerbebetrieb aus GK 129, 332

Reisekosten

- Bek des StMFH vom 3.12.2019 – Änderung der Auslandsreisekostenbekanntmachung GK 51, 119
- Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1.1.2020 GK 64, 161
- Bek des StMFH vom 11.3.2020 – Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bayerischen Reisekostengesetz GK 103, 263

Rentenversicherung

- Verordnung zur Bestimmung der Rentenwerte in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Alterssicherung der Landwirte und zur Bestimmung weiterer Werte zum 1. Juli 2020 (Rentenwertbestimmungsverordnung 2020 – RWBestV 2020) vom 8.6.2020 GK 142, 359
- Gesetz zur Einführung der Grundrente für langjährige Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung mit unterdurchschnittlichem Einkommen und für weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Alterseinkommen (Grundrentengesetz) vom 12.8.2020 GK 184, 456

Rückforderung

- Rückforderung von Zuwendungen: Änderung des gesetzlichen Zinssatzes ohne Auswirkung auf bereits entstandene Zinsansprüche GK 202, 505

Rückstellungen

- Bewertung von Pensionsrückstellungen, die im Jahr des Übergangs auf neue Rechnungsgrundlagen gebildet werden GK 90, 235

Ruhestand

- Untersuchungsanordnung im Zurruhesetzungsverfahren eines Beamten; keine isolierte Anfechtbarkeit FSt 70, 206

S

Sachbezugswerte

- Sachbezugswerte für freie oder verbilligte Mahlzeiten sowie Bewertung der Personalunterkünfte ab 1.1.2020 GK 21, 43

Satzungen

- Sanierungssatzung: Begründung und Abwägung FSt 59, 179
- Bek des StMI vom 28.7.2020 – Mustersatzung für die Erhebung einer Hundesteuer GK 192, 480

Schadensersatz

- Wohnheime für Menschen mit geistiger Behinderung: Schutzpflichten des Heimträgers FSt 78, 239
- Schadensersatzanspruch wegen unwirksamer Versetzung – Schadensschätzung FSt 227, 720
- Ersatz eines Personenschadens bei Unfall auf Betriebsgelände FSt 236, 760

Schlüsselzuweisungen

- Schlüsselzuweisungen für 2020 GK 87, 217

- Gemeindegemeinschaftszuweisungen GK 87, 219
- Landkreisgemeinschaftszuweisungen GK 87, 219
- Gemeinde- und Landkreisgemeinschaftszuweisungen je Einwohner und regionale Aufteilung GK 87, 220
- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden für 2020 nach Größenklassen GK 87, 220
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2020 nach Größenklassen GK 87, 221
- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden für 2020 nach Regierungsbezirken GK 87, 221
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2020 nach Regierungsbezirken GK 87, 222
- Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und Landkreise für 2020 nach Regierungsbezirken GK 87, 222
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2020 GK 87, 223
- Verordnung über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer für die Jahre 2021, 2022 und 2023 (Einkommensteuerschlüsselzahlenermittlungsverordnung – EstSchIEV) vom 21.9.2020 GK 211, 528
- Verordnung über die Festsetzung der Länderschlüsselzahlen und die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils am Aufkommen der Umsatzsteuer nach § 5a des Gemeindefinanzreformgesetzes GK 211, 528

Schriftleitung

- Dank an Dr. Gerhard Ecker FSt Vor 140, 441

Schuldenstand

- Der Schuldenstand der öffentlichen Körperschaften am 31.12.2018 GK 69, 169
- Der Schuldenstand des Freistaates Bayern, der bayerischen Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv) und der Verbände mit kommunalen Aufgaben am 31.12.2018 im Vergleich zum Schuldenstand des Bundes GK 69, 169
- Zur Entwicklung des Schuldenstandes im Jahr 2018 GK 69, 170

Schulen

- Bek des StMUK vom 27.11.2019 – Kostenausgleich nach dem Konnexitätsprinzip im Hinblick auf die Einführung des neuen neunjährigen Gymnasiums GK 51, 119
- Bek des StMUK vom 10.2.2020 – Gebundene Ganztagsangebote an Schulen GK 77, 192
- Bek des StMUK vom 30.3.2020 – Offene Ganztagsangebote an Schulen für Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen I bis 4 GK 113, 288

- Bek des StMUK vom 30.3.2020 – Offene Ganztagsangebote an Schulen für Schülerinnen und Schüler ab Jahrgangsstufe 5
GK 113, 288
- Verordnung zur Änderung der Schullerichtungsverordnung vom 11.8.2020 GK 192, 480
- Verordnung zur Änderung der Bayerischen Schulordnung und weiterer Rechtsvorschriften vom 13.8.2020 GK 192, 480

Schülerbeförderung

- Verordnung zur Änderung der Schülerbeförderungsverordnung vom 12.2.2020 GK 86, 216

Schwerbehinderte

- Benachteiligung wegen der (Schwer)Behinderung – Nichteinladung zum Vorstellungsgespräch FSt 82, 242
- Beschäftigungsanspruch schwerbehinderter Menschen und betriebsbedingte Kündigung FSt 96, 298
- Mitwirkungspflichten bei der Wiedereingliederung eines (Schwer-)Behinderten FSt 180, 562

Schwimmbäder

- Nochmals: Beweislast und Schwimmbadaufsicht bei Badeunfällen FSt 93, 285

Sondernutzungsgebühr

- Sondernutzungsgebühr für eine Baustelleneinrichtung auf öffentlichem Straßengrund FSt 173, 550
- Rechtliche Grundlagen der Sondernutzungsgebühr FSt 173, 550
- Ein öffentliches Interesse i.S. des Art. 18 Abs. 2a Satz 5 BayStrWG setzt nicht voraus, dass das Bauvorhaben selbst auf einer öffentlichen Verkehrsfläche liegt FSt 173, 551
- Die Errichtung einer Unterkunft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge liegt im öffentlichen Interesse FSt 173, 551
- Überwiegen des öffentlichen Interesses FSt 173, 552

Sozialgesetzbuch

- Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht 2020 FSt 72, 212
- Arbeitsmarktpolitik, Arbeitslosenversicherung und Grundsicherung für Arbeitsuchende FSt 72, 212
- Arbeitsrecht, Arbeitsschutz, Tarifautonomie, Mindestlohn FSt 72, 217
- Sozialversicherung, Rentenversicherung und Sozialgesetzbuch FSt 72, 217

- Teilhabe, Belange von Menschen mit Behinderungen, Soziale Entschädigung, Sozialhilfe FSt 72, 220
- Das Gesetz zur Änderung des Neunten und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Rechtsvorschriften FSt 130, 416
- Umsetzung der Empfehlungen der „Arbeitsgruppe Personenzentrierung“ FSt 130, 416
- Leistungen für Leistungsberechtigte in besonderen Wohnformen FSt 130, 416
- Das „Angehörigen-Entlastungsgesetz“ FSt 131, 418
- Kein Unterhaltsrückgriff bei bis zu 100.000 € Jahresbruttoeinkommen bei Hilfe zur Pflege FSt 131, 418
- Unterhaltsrückgriff entfällt für unterhaltsverpflichtete Eltern volljähriger Kinder in der Eingliederungshilfe FSt 131, 419
- Keine Heranziehung von Kindern zu Leistungen der Eingliederungshilfe für Eltern mit Behinderungen FSt 131, 419
- Weitere Regelungen zugunsten von Menschen mit Behinderungen FSt 131, 419
- Ungewisse Kostenfolgen für die Kommunen FSt 131, 419
- Coronavirus – Sozialschutzpaket; Hinweise des BMAS zum SGB XII FSt 153, 480
- Soziales Entschädigungsrecht neu geregelt FSt 254, 820
- Gesetz zur Änderung des Neunten und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Rechtsvorschriften vom 30.11.2019 GK 24, 48
- Gesetz zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts vom 12.12.2019 GK 43, 96

Sozialgesetze, Ausführungsgesetz

- Bayerisches Teilhabegesetz II FSt 84, 245
- Zuständigkeit bei Maßnahmen für junge Menschen mit einer Mehrfachbehinderung und bei Maßnahmen der Frühförderung für Kinder: Art. 64 AGSG n.F. FSt 84, 247
- Vorschriften für den Bereich des Neunten Buches Sozialgesetzbuch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen: Teil 7a AGSG n.F. FSt 84, 247
- Träger der Eingliederungshilfe: Art. 66d AGSG n.F. FSt 84, 248
- Heranziehung von Landkreisen und kreisfreien Städten: Art. 66e AGSG n.F. FSt 84, 249
- Einrichtungen und Dienste: Art. 66f AGSG n.F. FSt 84, 250
- Anwendung von Vorschriften über die Sozialhilfe: Art. 66g AGSG n.F. FSt 84, 250

- Sachliche Zuständigkeit der überörtlichen Träger der Sozialhilfe: Art. 82 AGSG n.F. FSt **84**, 253
- Kooperation: Art. 84 AGSG n.F. FSt **84**, 254
- Festsetzung des Barbetrags: Art. 89 AGSG n.F. FSt **84**, 255
- Qualitätsprüfungen: Art. 92 AGSG n.F. FSt **84**, 255
- Interessenvertretung bei Rahmenvertragsverhandlungen: Art. 93 AGSG n.F. FSt **84**, 256
- Aufgaben des eigenen Wirkungskreises; Pflichtaufgaben: Art. 48 Abs. 3 BezO n.F. FSt **84**, 256
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze vom 23.12.2019 GK **51**, 119

Sozialhilfe

- Regelungen der Bedarfe für Bildung und Teilhabe wegen Verletzung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts mit dem Grundgesetz unvereinbar FSt **275**, 897
- Rechtliche Voraussetzungen für die Übertragung neuer Aufgaben vom Bund an die Kommunen in Art. 84 Abs. 1 Satz 7 GG und Art. 125 a GG FSt **275**, 898
- Mit den Regelungen in § 34 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und Satz 2, Abs. 4 bis Abs. 7, § 34a SGB XII verstößt der Bund gegen das Durchgriffsverbot des Art. 84 Abs. 1 Satz 7 GG FSt **275**, 899
- Zumutbarkeit der Tragung von Bestattungskosten FSt **280**, 920
- Gesetz zur Entlastung unterhaltsverpflichteter Angehöriger in der Sozialhilfe und in der Eingliederungshilfe (Angehörigen-Entlastungsgesetz) vom 10.12.2019 GK **36**, 72

Sozialversicherung

- Honorärärzte in Krankenhäusern und Honorärpflegekräfte in stationären Pflegeeinrichtungen sind regelmäßig sozialversicherungspflichtig FSt **15**, 59
- Mehr Rechtssicherheit für Betriebe bei beanstandungsfreien Betriebsprüfungen GK **41**, 92
- Verordnung über maßgebende Rechengrößen der Sozialversicherung für 2020 (Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2020) vom 17.12.2019 GK **43**, 96

Spielhallen

- Verbot von Mehrfachkonzessionen bei Glücksspielhallen FSt **5**, 14

Sportanlagen

- Zukunft von Kunstrasenplätzen FSt **101**, 308

Statistik

- Die Bezirksumlagen im Haushaltsjahr 2019 GK **17**, 25
- Umlagekraft der kreisfreien Gemeinden und Landkreise GK **17**, 25
- Entwicklung des Umlagesolls der Bezirke GK **17**, 27
- Entwicklung der Bezirksumlagesätze GK **17**, 27
- Der Schuldenstand der öffentlichen Körperschaften am 31.12.2018 GK **69**, 169
- Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2018 und 2019 GK **214**, 535
- Kassenmäßige Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2018 und 2019 GK **215**, 536
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2019 nach Gemeindegrößenklassen GK **216**, 537
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2019 nach Gemeindegrößenklassen GK **217**, 538

Steuereinnahmen

- Steuereinnahmekraft der Gemeinden und Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer im Jahr 2018 GK **114**, 289
- Steuerschätzung Mai 2020 GK **124**, 314
- Erwartetes Steueraufkommen 2019 bis 2024 in Mrd. € GK **124**, 317
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden GK **124**, 318
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen GK **124**, 322
- Steuerschätzung September 2020 GK **195**, 484
- Erwartetes Steueraufkommen 2019 bis 2024 in Mrd. € GK **195**, 486
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden GK **195**, 487
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen GK **195**, 491
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2019 nach Gemeindegrößenklassen GK **216**, 537
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2019 nach Gemeindegrößenklassen GK **217**, 538

Steuerkraftzahlen

- Die endgültigen Steuerkraftzahlen 2020 GK **37**, 73
- Bedeutende Änderungen bei der Ermittlung der Steuerkraftzahlen seit 2016 GK **37**, 73
- Deutlicher Anstieg der Steuerkraft GK **37**, 74
- Regionale Entwicklung GK **37**, 75
- Bek des StMFH vom 22.5.2020 – Steuerkraftzahlen aus der Grundsteuer und der Gewerbesteuer für 2021 (Steuerkraftzahlenbekanntmachung 2021 – StKraftBek 2021) GK **142**, 359

Steuerrecht

- Neue amtliche Muster für Vollmachten im Besteuerungsverfahren GK 2, 3
- Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften GK 62, 155
- Änderungen bei der Einkommensteuer (Art. 1 bis 5) GK 62, 155
- Änderungen bei der Gewerbesteuer (Art. 8) GK 62, 158
- Änderungen bei der Umsatzsteuer (Art. 11 bis 15) GK 62, 158
- Steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Hilfe für von der Corona-Krise Betroffene GK 106, 272
- Abmilderung der zusätzlichen Belastungen durch die Corona-Krise für Arbeitnehmer; Steuerbefreiung für Beihilfen und Unterstützungen GK 108, 278
- Steuerliche Maßnahmen zur Berücksichtigung der Auswirkungen des Coronavirus: Stundung, Vollstreckung, Vorauszahlungen GK 125, 325
- Stromsteuerentlastung für Abwasserunternehmen; im Wesentlichen durch Subunternehmen ausgeübte Bautätigkeit als Produzierendes Gewerbe GK 134, 341
- Regelung des § 9b StromStG GK 134, 343
- Zurechnung zu einem Abschnitt der WZ 2003 nach dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeiten GK 134, 343
- Die Einordnung in den Abschnitt F der WZ 2003 (Baugewerbe) scheidet nicht daran, dass Baumaßnahmen zu 90 % durch Dritte durchgeführt werden GK 134, 343
- Einschränkende und geltungserhaltende Auslegung von § 15 Abs. 9 StromStG GK 134, 344
- Corona-Steuerhilfegesetz GK 145, 366
- Änderungen des Umsatzsteuergesetzes GK 145, 366
- Änderungen des Einkommensteuergesetzes GK 145, 367
- Änderungen des Umwandlungssteuergesetzes GK 145, 367
- Zweites Corona-Steuerhilfegesetz GK 156, 395
- Änderungen des Einkommensteuergesetzes (Art. 1 und 2 des Zweiten Corona-Steuerhilfegesetzes) GK 156, 396
- Änderungen des Umsatzsteuergesetzes (Art. 3 des Zweiten Corona-Steuerhilfegesetzes); Absenkung der Steuersätze (§ 12 Abs. 1 und 2 UStG n.F.) GK 156, 397
- Änderungen bei der Gewerbesteuer (Art. 5 des Zweiten Corona-Steuerhilfegesetzes) GK 156, 397

- Änderung des Bundeskindergeldgesetzes (Art. 9 des Zweiten Corona-Steuerhilfegesetzes) GK 156, 398
- Bek des StMFH vom 26.6.2020 – Steuerliche Behandlung von Reisekostenvergütungen und Trennungsgeldern sowie Auslagenersatz nach Art. 12 Bayerisches Umzugskostengesetz aus öffentlichen Kassen (Abrechnungsbekanntmachung – AbBek) GK 169, 431

Straßen

- Zur winterlichen Räum- und Streupflicht einer Gemeinde für Straßen innerhalb geschlossener Ortslage FSt 35, 113
- Kein subjektiver Anspruch für den einzelnen Benutzer oder Anlieger einer Straße aus der gemeindlichen Straßenbaulast nach Art. 9 Abs. 1 i.V. mit Art. 54 Abs. 1 BayStrWG FSt 35, 113
- Keine primären Ansprüche auf Erfüllung der Winterdienstpflicht aus der allgemeinen (Straßen-)Verkehrssicherungspflicht FSt 35, 114
- Kein subjektiver Anspruch auf Erfüllung der Räum- und Streupflicht aus Art. 51 Abs. 1 Satz 1 BayStrWG FSt 35, 114
- Richtlinien für das Sicherheitsaudit von Straßen (RSAS), Ausgabe 2019 FSt 49, 149
- Hinweise für Planung, Einrichtung und Betrieb von Straßenzustands- und Wetterinformationssystemen (H PEB SWIS), Ausgabe 2019 FSt 86, 263
- Richtlinien für die Benutzung der Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes (Stand: März 2020) FSt 247, 797

Straßenausbaubeitrag

- Nochmals: Gefangene und nicht gefangene Hinterliegergrundstücke; Sondervorteil GK 133, 338
- Vor dem 31.12.2017 festgesetzte Bescheide sind weiter zu überprüfen GK 133, 338
- Beitragspflicht bei Sondervorteil GK 133, 338
- Beitragspflicht eines gefangenen Hinterliegergrundstücks GK 133, 339
- Beitragspflicht eines nicht gefangenen Hinterliegergrundstücks GK 133, 340

Straßenbau

- Merkblatt über den Einsatz von rezyklierten Baustoffen im Erd- und Straßenbau – M RC, Ausgabe 2019 FSt 74, 225
- Fortschreibung der Richtlinien für das Aufstellen von Bauwerksentwürfen für Ingenieurbauten (RAB-ING) – 2019 FSt 100, 306

- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten, ZTV-ING, Ausgabe April 2019 – Einführung Bayern
FSt **111**, 348
- Zum Begriff des sofortigen Beginns von Bauarbeiten nach § 18f Abs. 1 FStrG FSt **151**, 474
- Allgemeine Voraussetzungen einer Besitzeinweisung nach § 18f Abs. 1 FStrG
FSt **151**, 474
- Gebotensein des sofortigen Beginns von Bauarbeiten FSt **151**, 475
- Überwiegen des öffentlichen Interesses
FSt **151**, 476
- Sonstige Besitzeinweisungsvoraussetzungen
FSt **151**, 478
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Landschaftsbauarbeiten im Straßenbau, Ausgabe 2018 (ZTV La-StB 2018)
FSt **160**, 508
- Technische Lieferbedingungen für Geokunststoffe im Erdbau des Straßenbaus – TL Geok E-StB 05; Fortschreibung 2019 GK **65**, 163
- Umgang mit fehlender Fremdüberwachung bei Bauteilen von Fahrzeug-Rückhaltesystemen infolge der Corona-Krise GK **139**, 353
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien zur Herstellung von Verkehrsflächen mit Pflasterdecken, Plattenbelägen sowie von Einfassungen, ZTV Pflaster-StB 20
GK **148**, 374
- Technische Lieferbedingungen für Straßenbaubitumen und gebrauchsfertige Polymermodifizierte Bitumen, Ausgabe 2007, Fassung 2013 (TL Bitumen-StB 07/13); Änderungen 2020
GK **167**, 425
- Technische Lieferbedingungen für Asphaltmischgut für den Bau von Verkehrsbesfestigungen, Ausgabe 2007, Fassung 2013 (TL Asphalt-StB 07/13); Änderungen 2020 GK **188**, 475
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Verkehrsflächenbesfestigungen aus Asphalt, Ausgabe 2007, Fassung 2013, (ZTV Asphalt-StB 07/13); Änderungen 2020 GK **189**, 477

Straßenbeleuchtung

- Blendwirkung einer Straßenlaterne FSt **88**, 269
- Rechtsgrundlage für einen Abwehrenspruch gegen Immissionen, die von gemeindlichen Einrichtungen verursacht werden FSt **88**, 270
- Keine Signalwirkung zu Lasten anderer Gemeinden in womöglich gleicher Lage
FSt **88**, 272

Straßenrecht

- Sofortvollzug bei Wiederherstellung eines gemeindlichen Wegs, dessen Trasse sich im Verlauf eines längeren Zeitraums verlagert hat FSt **20**, 72
- Allgemeine Voraussetzungen für einen Sofortvollzug FSt **20**, 72
- Überwiegen des öffentlichen Interesses für eine Wiederherstellung FSt **20**, 73
- Keine Anhaltspunkte für eine Einziehung des Wegs FSt **20**, 74
- Inanspruchnahme des Verhaltensstörers
FSt **20**, 75
- Rechtswidrige Aufstufung einer Gemeindestraße zu einer Kreisstraße FSt **21**, 75
- Voraussetzungen der Umstufung (Aufstufung)
FSt **21**, 76
- Objektive Verkehrsbedeutung einer Gemeindestraße FSt **21**, 76
- Bedeutung der Anschlussfunktion einer Straße
FSt **21**, 77
- Fehlen eines überörtlichen Verkehrs FSt **21**, 77

Straßenunterhaltung

- Merkblatt für den Winterdienst auf Straßen – Ausgabe 2020 FSt **201**, 635

Straßenverkehr

- Handreichung „E-Tretroller im Stadtverkehr“
FSt **25**, 80

Stromversorgung

- Bundesgerichtshof zum Eigenkapitalzinssatz für Gas- und Elektrizitätsnetze GK **32**, 68
- Verjährung des Zahlungsanspruchs beim Stromlieferungsvertrag GK **73**, 183
- Grenzpreise nach § 2 Abs. 4 und 5 KAV für das Jahr 2020 GK **119**, 307
- Gültigkeit eines Stromkonzessionsvertrags
GK **207**, 518
- Zum Erfordernis eines diskriminierungsfreien Wettbewerbs GK **207**, 519
- Ein einflussloser Verfahrensfehler führt nicht zur Nichtigkeit des Konzessionsvertrages
GK **207**, 520
- Die Darlegungs- und Beweislast für die Nichtigkeit eines Konzessionsvertrages trägt, wer sich darauf beruft GK **207**, 521
- Die Konzessionsvergabe muss auf einer fehlerhaften Ausschreibung oder Angebotsbewertung möglicherweise beruhen, um dessen Nichtigkeit herbeizuführen GK **207**, 521
- Die Geltendmachung der Verletzung von Rechten muss auch durch den Altkonzessionär vor Vertragsschluss erfolgen GK **207**, 521

- Zum Auswahlkriterium SAIDI-Wert GK 207, 523
- Zur Rügepräklusion im Allgemeinen GK 207, 524

T

Tarifverträge

- Tarifvertrag (TV) Covid FSt 124, 400
- Tarifvertrag zur Regelung der Kurzarbeit im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (TV COVID) FSt 167, 527
- Gesetzlicher Übergang eines Arbeitsverhältnisses auf eine Optionskommune – arbeitsvertragliche Bezugnahmeklausel FSt 190, 600
- Anspruch auf Entgelterhöhung wegen Überleitung in neuen Tarifvertrag – § 28b Abs. 1 TVÜ-VKA; hier Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst GK 127, 327

Tiefbau

- Fortschreibung des Merkblattes für die Bauüberwachung von Ingenieurbauten (M-BÜ-ING), Ausgabe 2019/04 GK 13, 21

Tierschutz

- Untersagung des Tötens männlicher Küken FSt 154, 480

TVöD

- Tarifabschluss 2018 im öffentlichen Dienst – Erhöhung der tariflichen Entgelte ab 1.3.2020 GK 46, 101

U

Umsatzsteuer

- Entgeltliche Personalüberlassung durch juristische Personen des öffentlichen Rechts (jPöR), Überleitungsregelung in Umstrukturierungsfällen GK 3, 6
- Einstufung einer juristischen Person des privaten Rechts als sonstige Einrichtung des öffentlichen Rechts im Sinne des Art. 13 MwStSystRL GK 19, 39
- Anwendung des ermäßigten Steuersatzes für gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Einrichtungen; Inklusionsbetriebe GK 45, 100
- Kriterien für Inklusionsbetriebe GK 45, 100
- Neufassung des UStAE GK 45, 100
- Gesonderte Prüfung möglicher größerer Wettbewerbsverzerrungen bei § 2b Abs. 3 Nr. 2 UStG GK 82, 211

- Anwendungsbereich des § 2b UStG für unter Anschluss- und Benutzungszwang erbrachte Leistungen bei Erhebung privatrechtlicher Entgelte GK 96, 250
- Mögliche Umsatzsteuerbarkeit von Zuschüssen einer Kommune an einen Fremdenverkehrsverein GK 187, 470
- Grundsätzliches zum Vorliegen eines steuerbaren Umsatzes GK 187, 471
- Erforderlicher Leistungsaustausch; hier gegeben GK 187, 472
- Verfolgen von Satzungszwecken steht einer Steuerbarkeit von Leistungen nicht entgegen GK 187, 473
- Keine Berufung auf Vertrauensschutz GK 187, 474
- Unternehmereigenschaft von Aufsichtsratsmitgliedern – Umsatzsteuer auf Aufsichtsratsvergütungen GK 197, 494
- Unternehmereigenschaft nach § 2 Abs. 1 UStG GK 197, 495
- Bisherige Rechtsprechung des BFH und neue Rechtsprechung des EuGH zur Unternehmereigenschaft GK 197, 496
- Einschränkung der bisherigen Rechtsprechung zur Unternehmereigenschaft GK 197, 496
- Umsatzsteuerliche Behandlung von Fraktionen GK 205, 516
- Personalgestellung gegen Kostenerstattung bei Zuweisungen i.S. des BRRG GK 206, 517

Unfallversicherung

- Hält eine unfallversicherte Person auf dem Nachhauseweg von der Arbeit ihr Kfz an, um einen privaten Brief in einen Briefkasten einzuwerfen, und stürzt beim Aussteigen, liegt kein Wegeunfall vor FSt 118, 372
- Rein privatwirtschaftliche Handlung steht nicht unter dem Schutz der Wegeunfallversicherung nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII FSt 118, 372
- Rein privatwirtschaftliche Handlung steht nicht unter dem Schutz der Wegeunfallversicherung nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII FSt 118, 372
- Beginn der Unterbrechung spätestens mit Verlassen des Pkw FSt 118, 374
- Arbeitsuchende, die in einem Unternehmen einen unentgeltlichen „Probearbeitstag“ absolvieren, stehen als „Wie-Beschäftigte“ unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung FSt 264, 852
- Merkmale einer versicherten „Wie-Beschäftigung“ FSt 264, 852

- Tätigkeit für das Entsorgungsunternehmen als „Wie-Beschäftigter“; Würdigung des konkreten Falls FSt 264, 852
- Vorliegen eines Arbeitsunfalls FSt 264, 854

Unternehmensbesteuerung

- Unternehmereigenschaft von Aufsichtsratsmitgliedern – Umsatzsteuer auf Aufsichtsratsvergütungen GK 197, 494
- Unternehmereigenschaft nach § 2 Abs. 1 UStG GK 197, 495
- Bisherige Rechtsprechung des BFH und neue Rechtsprechung des EuGH zur Unternehmereigenschaft GK 197, 496
- Einschränkung der bisherigen Rechtsprechung zur Unternehmereigenschaft GK 197, 496

Unterrichtswesen

- GemBek des StMUK, des StMFH und des StMELF vom 29.6.2020 – Änderung der Bekanntmachung über Vergütungen für den nebenamtlichen Unterricht GK 201, 504

Urlaub

- Kein Urlaubsanspruch bei unbezahltm Sonderurlaub FSt 44, 133
- Kürzung des Urlaubsanspruchs bei Elternzeit FSt 95, 295
- Während der Elternzeit entstehende Urlaubsansprüche können gekürzt werden; sie unterliegen jedoch nicht dem Fristenregime des § 7 Abs. 3 BUrtG FSt 95, 295
- Eine Kürzung des Urlaubsanspruchs muss rechtzeitig erklärt werden, sie setzt ein noch bestehendes Arbeitsverhältnis voraus FSt 95, 296
- Die Mitteilung von Urlaubstagen in Abrechnungen ist i.d.R. keine Kürzungserklärung FSt 95, 298
- Erhöhung des Zusatzurlaubs für Wechselschichtarbeit in Krankenhäusern FSt 129, 414
- Kein Urlaubsanspruch in der Freistellungsphase FSt 195, 618
- Verfall von Urlaub FSt 207, 652
- Hinweispflicht des Arbeitgebers in jedem Kalenderjahr FSt 207, 652
- Keine generelle Übertragbarkeit des Urlaubs auf den 31.3. bzw. 31.5. des Folgejahres FSt 207, 652

Urlaubsabgeltung

- Urlaubsabgeltungsanspruch – Ausschlussfrist für Erben GK 39, 89
- Nochmals: Vererbbarkeit des Urlaubsabgeltungsanspruchs von Tarifbeschäftigten GK 97, 251

- Beitragsrechtliche Behandlung GK 97, 251
- Steuerrechtliche Behandlung GK 97, 251

V

Veränderungssperre

- Unwirksamkeit einer Veränderungssperre wegen unzulässiger „Verhinderungsplanung“ FSt 232, 744
- Die Einvernehmenserteilung hindert nicht generell eine nachfolgende gegenteilige Bauleitplanung und eine Veränderungssperre FSt 232, 745
- Unzulässig ist eine reine „Negativplanung“, erforderlich sind „positive Planungsziele“ FSt 232, 746
- Abgrenzung unzulässiger Negativplanung von positiver Bauleitplanung im Einzelfall FSt 232, 746
- Planungsziele müssen zutreffend benannt werden FSt 232, 748

Vergabe öffentlicher Aufträge

- Kommunale Auftragsvergaben: Sitzungsöffentlichkeit und Veröffentlichung von Auftragsdaten FSt 7, 26
- Bei Auftragsvergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte sind die kommunalen Bestimmungen zur Öffentlichkeit der Sitzungen kommunaler Gremien vorrangig zu prüfen FSt 7, 27
- Ab Erreichen der EU-Schwellenwerte sind die Bestimmungen im Vergaberecht des Bundes einschlägig, denen bei der Auslegung des Art. 52 GO, Art. 46 LKrO und Art. 43 BezO Rechnung zu tragen ist FSt 7, 28
- Aus den jeweiligen rechtlichen Grundlagen ergeben sich im Ergebnis für alle Vergabeverfahren generell vergleichbare Schlussfolgerungen zur Frage der Sitzungsöffentlichkeit FSt 7, 30
- Sowohl unter- als auch oberhalb der Schwellenwerte ist in jedem Einzelfall anhand der Besonderheiten des jeweiligen Vergabeverfahrens eine spezifische Beurteilung zur Sitzungsöffentlichkeit zu treffen FSt 7, 30
- Bei der Prognoseentscheidung über die Sitzungsöffentlichkeit kann davon ausgegangen werden, dass bestimmte Informationen grundsätzlich als vertraulich einzustufen sind FSt 7, 31
- Aus den rechtlichen Grundlagen können Schlussfolgerungen gezogen werden, welche Auftragsdaten nach der Zuschlagserteilung grundsätzlich veröffentlicht oder übermittelt werden können oder müssen FSt 7, 32

- Die Kriterien für die Zulässigkeit einer Veröffentlichung von Informationen aus einem Vergabeverfahren gelten entsprechend für die Beurteilung ihrer Übermittlung auf Grund eines individuellen Informationszugangsbegehrens nach Art. 39 BayDSG FSt 7, 33
- Für den Freistaat Bayern ist derzeit nicht obergerichtlich geklärt, ob ein unzulässiger Ausschluss der Öffentlichkeit zu einer Unwirksamkeit des Beschlusses führt FSt 7, 33
- Wegen der bestehenden rechtlichen Risiken sollten die Kommunen einen eventuellen Ausschluss der Öffentlichkeit sorgfältig prüfen FSt 7, 34
- Vorrang der Ausschreibung insbesondere vor Geschäftsbedingungen des Bieters; Schadensersatzansprüche setzen nicht die vorherige Durchführung eines Vergabenachprüfungsverfahrens voraus; Kalkulationsfreiheit der Bieter FSt 8, 35
- Kein presserechtlicher Auskunftsanspruch zu Vergabeverfahren für Unternehmen mit vorwiegend außerpublizistischen Unternehmenszwecken FSt 22, 78
- Wahlpositionen sind nur bei berechtigtem Interesse des Auftraggebers zulässig FSt 36, 116
- Informationen zu aktuellen Entwicklungen FSt 37, 118
- Ist die Auslegung falscher Preisangaben zulässig? FSt 50, 152
- Praxisrelevante Kurzinformationen verschiedener Vergabekammern FSt 51, 156
- Die 10-Tagesfrist des § 134 Abs. 2 GWB gilt trotz Feiertagen und wird bei einem Fristende, das auf einen Samstag, Sonn- oder Feiertag fällt, nicht auf den nächsten Werktag verlängert FSt 51, 156
- Anders als Wahlpositionen sind Bedarfsspositionen in die Schätzung des Auftragswerts einzubeziehen FSt 51, 157
- Die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV betrifft nicht allein die arbeitsvertraglich Beschäftigten FSt 51, 158
- Wird eine vorgegebene Mindestpunktzahl nicht erreicht, muss das Angebot ausgeschlossen werden FSt 51, 158
- Machbarkeitsstudien etc. sind zu veröffentlichen, wenn andernfalls ein Bieter einen Sondervorteil hätte FSt 51, 159
- Hinweise zur richtigen Gestaltung und Wertung von Vergabeverfahren FSt 76, 233
- Beispiel für eine Wertung FSt 76, 236
- Folgen fehlerhafter Wertung FSt 76, 237
- Das Vergaberecht erfordert grundsätzlich die Identität von Anbietendem und Ausführendem FSt 77, 238
- Ausschlussgründe, wenn der Bieter bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen Rechtspflichten verstoßen hat FSt 89, 272
- Beurteilungsspielraum und Ermessensausübung bei der Prüfung der fakultativen Ausschlussgründe des § 124 GWB FSt 89, 273
- Zum Ausschlussgrund schwerer Verfehlung bei der beruflichen Tätigkeit FSt 89, 274
- Zum Ausschlussgrund schwerwiegender Täuschung nach § 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB FSt 89, 275
- Ausschluss vom Vergabeverfahren nach § 126 GWB nur, wenn die vorwerfbare Handlung weniger als drei Jahre zurückliegt FSt 89, 275
- Zum Unterschied zwischen Lieferant und Nachunternehmer; zur Unzulässigkeit, nachträglich einen Nachunternehmer zu benennen FSt 90, 277
- Erleichterungen und Hinweise für kommunale Auftraggeber anlässlich der Corona-Pandemie FSt 103, 313
- Schreiben des StMI vom 26.3.2020 FSt 103, 313
- Schreiben des BMWi vom 19.3.2020 FSt 103, 314
- Schreiben des BMI vom 27.3.2020 FSt 103, 317
- Hinweise zum Umgang mit Bauablaufstörungen FSt 103, 319
- Wertung von Nebenangeboten im Unterschwellenbereich FSt 113, 356
- Fehlende Unterlagen dürfen ergänzt werden, der Erklärungsinhalt von eingereichten Unterlagen darf aber nicht geändert werden FSt 114, 358
- Rechtliche Zulässigkeit von Konzeptvergaben FSt 123, 395
- Kommunal- und Haushaltsrecht FSt 123, 396
- Vergaberecht FSt 123, 397
- Europäisches Beihilferecht FSt 123, 398
- Kommunale Bauvorhaben: Kein Schadensersatzanspruch des öffentlichen Auftraggebers, der dem Bieter den Zuschlag trotz eines offensichtlichen Kalkulationsfehlers erteilt FSt 136, 435
- Der öffentliche Auftraggeber handelt pflichtwidrig, wenn er einem Bieter den Auftrag trotz offensichtlichen Kalkulationsfehlers erteilt FSt 136, 436
- Der Auftraggeber kann keinen Schadensersatz verlangen, wenn dem Bieter die Durchführung des Vertrags aufgrund eines Kalkulationsfehlers unzumutbar ist FSt 136, 437

- Schadensersatzanspruch ohne Durchführung bzw. nach Rücknahme eines Vergabenausschreibungsverfahrens FSt 137, 438
- Gemeinsame Information der kommunalen Spitzenverbände zu aktuellen Entwicklungen im Vergabewesen FSt 149, 471
- Nachhaltige Beschaffung FSt 149, 471
- Gleiche Bezahlung von Frauen und Männern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge FSt 149, 472
- Zur Bedeutung Allgemeiner Geschäftsbedingungen des Bieters, die den Ausschreibungsunterlagen widersprechen FSt 150, 472
- Rechtsfolgen, wenn ein Bieter nicht rechtzeitig angibt, dass für den Auftragsgegenstand gewerbliche Schutzrechte bestehen FSt 162, 516
- Ob für den Auftragsgegenstand ein gewerbliches Schutzrecht besteht, ist spätestens mit der Angebotsabgabe zu erklären FSt 162, 516
- Ein unterbliebener Hinweis führt nicht dazu, dass die Berufung auf das Schutzrecht entfällt, es können sich aber u.U. Schadensersatzansprüche ergeben FSt 162, 516
- Ein unterbliebener Hinweis auf ihr Schutzrecht führt nicht zum Ausschluss der Bieterin aus dem Vergabeverfahren FSt 162, 517
- Bei funktionaler und teilfunktionaler Ausschreibung ist der Preis als alleiniges Zuschlagskriterium unzulässig FSt 174, 553
- In Leitsätzen zusammengefasste Kurzinformationen verschiedener Vergabekammern FSt 175, 556
- Anforderung bereits vorliegender Unterlagen FSt 175, 556
- Grundlage der Angebotswertung ist das schriftlich vorzulegende Angebot FSt 175, 556
- Keine nachträgliche Einführung neuer Eigenungskriterien FSt 175, 557
- Ca.-Angaben sind unzulässig FSt 175, 557
- Verletzung der Informationspflicht FSt 175, 557
- Vorbefassung von Planern FSt 175, 558
- Zur Strafbarkeit dessen, der einen (teuren) Auftrag ohne Ausschreibung vergibt FSt 188, 595
- Zur strafrechtlich bedeutsamen Treupflicht von Gemeindeorganen FSt 188, 596
- Zum strafrechtlichen Maßstab, wenn ein Auftrag ohne Wettbewerb zu marktüblich hohen Preisen vergeben wird FSt 188, 596
- Zur Frage, ob eine vorgegebene Begrenzung der Vergabesumme von Anfang an missachtet wurde FSt 188, 597
- Ein Untreuetatbestand kann sich im Laufe der Vertragsabwicklung ergeben FSt 188, 598
- Zu den Voraussetzungen, Unterlagen nachzufordern, und zur Unwesentlichkeit von Einzelpositionen FSt 202, 636
- Wird etwas anderes angeboten als nachgefragt, ist das Angebot zwingend auszuschließen FSt 202, 637
- Unterschied von unternehmens- und leistungsbezogenen Unterlagen FSt 202, 637
- Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die sich auf die Wirtschaftlichkeit der Angebote auswirken, ist ausgeschlossen; zur Unwesentlichkeit von Einzelpositionen FSt 202, 639
- Ausschluss des Angebots wegen fehlgeschlagenen Uploads von Angebotsteilen FSt 213, 675
- Ein Nachprüfungsantrag ist trotz Verstoßes des Auftraggebers gegen § 134 GWB unbegründet, wenn der beauftragte Bieter den Zuschlag zu Recht erhalten hat FSt 213, 676
- Fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung des Angebots betreffen, können nicht nachgefordert werden FSt 213, 676
- Es ist nicht Sache des Auftraggebers, vor Angebotsabschluss wegen fehlender Unterlagen aufzuklären, warum Angebotsteile nicht per Upload eingereicht wurden FSt 213, 677
- Fehlgeschlagener Upload beruht hier auf Umständen aus der Sphäre des Bieters, der das Übermittlungsrisiko trägt FSt 213, 678
- Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb? FSt 225, 714
- Die Zuordnung eines Loses zum 20 %-Kontingent des § 3 Abs. 9 VgV muss bei Einleitung des Vergabeverfahrens erfolgen FSt 225, 714
- Enge Voraussetzungen für die Zulassung eines Verhandlungsverfahrens ohne vorherigen Teilnahmewettbewerb FSt 225, 714
- Vergaberechtsfreie interkommunale Zusammenarbeit, Begriff der Zusammenarbeit FSt 226, 716
- Keine Definition des Begriffs „Zusammenarbeit“ in der Richtlinie 2014/24 FSt 226, 717
- Wortlaut des Art. 12 Abs. 4 Buchstabe a der Richtlinie 2014/24 FSt 226, 717
- Keine „echte“ Zusammenarbeit, wenn sich der Beitrag eines Partners auf Kostenerstattung beschränkt FSt 226, 718
- Gemeinsame Definition des Bedarfs und der Lösungen erforderlich FSt 226, 718
- „Echte“ Zusammenarbeit muss aus der Vereinbarung erkennbar sein FSt 226, 719
- Wird ausschließlich der Erwerb einer Leistung gegen Zahlung eines Entgelts vereinbart, liegt keine vergaberechtsfreie Zusammenarbeit vor FSt 226, 720
- Praxisrelevante Entscheidungen zu Mindestanforderungen für Nebenangebote, zu digitalen Angeboten und zu Produktdatenblättern FSt 235, 756

- Mindestanforderungen für Nebenangebote sind in den Vergabeunterlagen anzugeben; es besteht keine Verpflichtung, dies bereits in der Auftragsbekanntmachung zu tun
FSSt **235**, 756
- Wird ein Angebot über die in den Ausschreibungsbedingungen angegebene Vergabeplattform verschlüsselt und fristgerecht eingereicht, ist es nicht allein deshalb vom Verfahren auszuschließen, weil es zuvor formwidrig per E-Mail an die Vergabestelle übermittelt worden war
FSSt **235**, 757
- Zur Bedeutung von dem Angebot beigefügten Produktdatenblättern
FSSt **235**, 758
- Einführung der bundesweiten Vergabestatistik nach der Vergabestatistikverordnung (VergStatVO)
FSSt **248**, 799
- Ist der Preis als alleiniges Zuschlagskriterium für die Vergabe eines Kindertagesstättenbetriebs zulässig?
FSSt **260**, 837
- Der Preis kann alleiniges Zuschlagskriterium sein, vorausgesetzt, es liegt ein wirksamer Wettbewerb vor und das Transparenz- sowie das Gleichbehandlungsgebot sind eingehalten
FSSt **260**, 837
- Wird allein auf das Zuschlagskriterium Preis abgestellt, ist eine umfassende und detaillierte Leistungsbeschreibung erforderlich
FSSt **260**, 838
- Bei rein funktionaler Leistungsbeschreibung ist ein ausschließlicher Preiswettbewerb ausgeschlossen
FSSt **260**, 839
- Änderung der Bekanntmachung über die Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich
FSSt **271**, 877
- Vergabe von Wegenutzungsrechten: Mitwirkungsverbot von Gemeinderatsmitgliedern
FSSt **279**, 913
- Gemeinderatsmitglieder unterliegen einem Mitwirkungsverbot, wenn sie bei einem Bewerber entgeltlich beschäftigt oder Mitglied eines seiner Organe sind
FSSt **279**, 914
- Ein Verstoß gegen das Mitwirkungsverbot führt nur dann zur Nichtigkeit des Wegenutzungsvertrages, wenn dadurch die konkrete Möglichkeit einer Beeinflussung der Entscheidung eröffnet wurde
FSSt **279**, 916
- Zum Interessenskonflikt der Gemeinde als Bieterin und Vergabestelle
FSSt **279**, 917
- Konkretisierung des Mitwirkungsverbots bei der Konzessionsvergabe
FSSt **279**, 918
- Eine verlangte, aber fehlende elektronische Signatur kann nicht nachgefordert werden, das Angebot ist auszuschließen
GK **15**, 23
- Keine doppelte Nachforderung unzureichender Unterlagen
GK **42**, 93
- Berechnung des Schwellenwerts bei Planungsleistungen
GK **75**, 188
- Ungenehmigter Nachunternehmereinsatz führt zur Unzuverlässigkeit des Bieters
GK **83**, 212
- Abgrenzung des vergaberechtsfreien Mietvertrags vom ausschreibungspflichtigen Bauauftrag
GK **91**, 236
- Das Vergaberecht findet auf die Ausschreibung von öffentlichen Aufträgen für Mieten keine Anwendung, auch wenn es um ein erst noch zu errichtendes Gebäude geht
GK **91**, 236
- Voraussetzungen für einen ausschreibungspflichtigen Bauauftrag
GK **91**, 237
- Betreffen die dem öffentlichen Auftraggeber zustehenden Gestaltungsmöglichkeiten vornehmlich die Ausstattung des Gebäudes, nicht jedoch das Gebäude und dessen Konzeption, liegt kein Bauauftrag vor
GK **91**, 237
- Sektorenverordnung: Zur Zulässigkeit, eine Betriebshaftpflichtversicherung zu verlangen, zu deren Nachweis und Inhalt
GK **100**, 256
- Legt ein Unternehmen auf Nachforderung eine nicht mehr aktuelle Unterlage vor, ist sein Angebot auszuschließen
GK **112**, 287
- Bedeutung der Wahl der richtigen Vergabeart
GK **121**, 309
- Keine Rügepräklusion nach § 160 GWB bei der Berufung darauf, ein abgeschlossener Vertrag sei unwirksam
GK **121**, 310
- Zum Nachweis der Rechtsverletzung, wenn der Antragsteller vorträgt, die Vergabestelle habe eine falsche Vergabeart gewählt, wodurch sich seine Zuschlagschance verschlechtert habe
GK **121**, 310
- Sektorenverordnung: Verhältnis Nebenangebot/Hauptangebot; Anspruch auf Akteneinsicht
GK **130**, 333
- Der öffentliche Auftraggeber kann seinen Beschaffungsbedarf frei festlegen und, um ihn zu erreichen, Haupt- und Nebenangebote zulassen
GK **130**, 333
- Lässt der öffentliche Auftraggeber Nebenangebote zu, hat er Mindestanforderungen festzulegen, damit die Angebote im Verhältnis zum Hauptangebot gewertet werden können
GK **130**, 334
- Die Anforderungen an ein Nebenangebot können sich von denen an das Hauptangebot unterscheiden, sie müssen sach- und auftragsbezogen sein
GK **130**, 334
- Zum Anspruch auf Akteneinsicht
GK **130**, 335
- Lässt der Auftraggeber „gleichwertige“ Fabrikate zu, muss er klar und deutlich angeben, was er als gleichwertig einstuft
GK **168**, 429

- Für die Bieter muss erkennbar sein, welche Abweichungen vom ausgeschriebenen Produkt zulässig sind und von welchen Leistungsmerkmalen nicht abgewichen werden darf
GK 168, 429

Verkehrsanlagen

- Beseitigung von Ölverunreinigungen auf Verkehrsflächen GK 66, 164
- Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich vom 3.3.2020 GK 86, 216
- Drittes Gesetz zur Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes vom 6.3.2020 GK 86, 216
- Technische Lieferbedingungen für Asphaltmischgut für den Bau von Verkehrsbefestigungen, Ausgabe 2007, Fassung 2013 (TL Asphalt-StB 07/13); Änderungen 2020 GK 188, 475
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Verkehrsflächenbefestigungen aus Asphalt, Ausgabe 2007, Fassung 2013, (ZTV Asphalt-StB 07/13); Änderungen 2020 GK 189, 477

Verkehrsflächen

- H SVA – Hinweise auf Erzielung eines anforderungsgerechten Schichtenverbundes bei Verkehrsflächenbefestigungen aus Asphalt GK 12, 19
- Rahmenbedingungen für den Schichtenverbund GK 12, 19

Verkehrssicherungspflicht

- Verkehrssicherungspflicht im Pflegeheim; hier: Vermeidung von Stürzen FSt 155, 481
- Überprüfung der Verkehrssicherheit von Bäumen – Baumkontrollrichtlinien – Ausgabe 2020 FSt 256, 825

Verkehrsüberwachung

- Keine Überwachung des ruhenden Verkehrs durch private Dienstleister FSt 212, 672

Versammlungsfreiheit

- Spannungsverhältnis zwischen Versammlungsfreiheit und Infektionsschutz unter den Bedingungen der Corona-Pandemie FSt 246, 793
- Verhältnis von Versammlungsfreiheit und Infektionsschutz – infektionsschutzrechtliche Vertretbarkeit FSt 246, 793
- Verantwortlichkeit für die infektionsschutzrechtliche Vertretbarkeit FSt 246, 794
- Einzelne Beschränkungen der Versammlung FSt 246, 795

Versammlungsrecht

- Ausschluss einzelner Versammlungsteilnehmer bei Auseinandersetzungen mit anderen Versammlungsteilnehmern wegen des Mitführens eines vom Veranstalter nicht gebilligten Transparents FSt 147, 463
- Zulässigkeit vorbeugenden einstweiligen Rechtsschutzes wegen Unzumutbarkeit der Inanspruchnahme nachträglichen Rechtsschutzes FSt 147, 464
- Keine erhebliche Störung einer Versammlung i.S. des Art. 15 Abs. 5 BayVersG durch Mitführen eines Plakates, auf dem ein Parteiname erkennbar ist FSt 147, 464
- Die Störung des Versammlungsablaufs ist denjenigen Versammlungsteilnehmern zuzurechnen, die andere Versammlungsteilnehmer an der Teilnahme an der Demonstration unter Mitführung von zulässigen Kundgebungsmitteln hindern wollen FSt 147, 465

Versorgungsbezüge

- Rückforderung überzahlter Versorgungsbezüge FSt 97, 301

Vertrag

- Corona-Pandemie: Änderungen im Insolvenz- und Zivilrecht GK 123, 313

Verwaltungsakt

- Faktische Vollziehung eines nicht bestandskräftigen Leistungsbescheids; Feststellung der aufschiebenden Wirkung einer Klage im Eilverfahren; freiwillige Befolgung einer auferlegten Handlungspflicht; Zugang von Bescheiden FSt 92, 281
- Feststellung der aufschiebenden Wirkung eines Rechtsbehelfs bei faktischer Vollziehung FSt 92, 281
- Dem Feststellungsantrag steht nicht entgegen, dass der Bescheidsadressat die auferlegte Handlungspflicht bereits erfüllt hat, wenn dies erkennbar unter dem Druck drohender Vollstreckung erfolgt ist FSt 92, 282
- Rechtsbehelfe gegen Aufwendungsersatzbescheide nach Art. 28 BayFwG entfalten aufschiebende Wirkung FSt 92, 283
- Im Zweifel muss der Zugang der Bescheide nachgewiesen werden FSt 92, 283
- Anforderungen an den Zugangsnachweis FSt 92, 284
- Zur Pflicht, vereinnahmtes Geld von sich aus zurückzuzahlen FSt 92, 284
- Streitwert bei Kostenbescheiden im Feuerwehrrecht FSt 92, 285

VOB

- Nochmals: VOB – Berechnung der Vergütung für Mengenerhöhungen nach § 2 Abs. 3 Nr. 2 VOB/B FSt 62, 189
- Der neue Preis des § 2 Abs. 3 Nr. 2 VOB/B bezieht sich auf alle Preisbestandteile: Kosten und Zuschläge FSt 62, 190
- Zum Ansatz von Baustellengemeinkosten FSt 62, 190
- Zur Berücksichtigung angemessener allgemeiner Geschäftskosten FSt 62, 191
- VOB/A 2019: Hinweise des BMI zur Anwendung einzelner Regelungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen FSt 148, 466
- Vergütungsanpassung nach § 2 Abs. 3 Nr. 3 VOB/B, wenn sich der Mengenansatz um mehr als 10 % reduziert FSt 170, 538
- Grundlegendes zur Anpassung des Einheitspreises nach § 2 Abs. 3 Nr. 3 VOB/B FSt 170, 538
- Vergütungsausgleich durch ein Kompensationsgeschäft? FSt 170, 539
- Die ausgleichende Unterdeckung betrifft vor allem die Baustellen- und die allgemeinen Geschäftskosten FSt 170, 540
- Die Unterdeckung erfasst auch den kalkulierten Gewinn und das Wagnis FSt 170, 540
- Eine vom Auftragnehmer realistisch einkalkulierte Verwertungsmöglichkeit ist ebenfalls auszugleichen FSt 170, 541
- Der Auftragnehmer kann einen Vergütungsausgleich auch für entfallene Leistungen verlangen FSt 170, 542
- Der Auftragnehmer muss sich Vergütungsvorteile anrechnen lassen, die durch Mengenerhöhungen entstanden sind FSt 170, 544
- Beispiel für eine unzulässige Mischkalkulation GK 74, 185
- Die grundsätzliche Kalkulationsfreiheit ist begrenzt, Mischkalkulationen sind unzulässig GK 74, 186
- Es ist Sache des Bieters, Indizien für eine Mischkalkulation zu widerlegen GK 74, 187
- Schutz des Auftraggebers bei erkennbar fehlerhafter Leistungsbeschreibung GK 138, 352
- Abweichende Kostenschätzung oder unzureichende Haushaltsmittel als Aufhebungsgrund? GK 149, 375
- Eine ordnungsgemäße Kostenschätzung erfordert ein Abstellen auf die ausgeschriebene Qualität und bei der Anknüpfung an frühere Ausschreibungen einen Sicherheitszuschlag GK 149, 376
- Unzureichende Haushaltsmittel können ein tragfähiger Aufhebungsgrund sein GK 149, 376

- Nicht nur bei Mehrmengen nach § 2 Abs. 3, sondern auch bei zusätzlichen Leistungen nach § 2 Abs. 6 VOB/B bestimmt sich der neue Einheitspreis nach den tatsächlich erforderlichen Kosten GK 158, 400
- Beim Einheitspreis für Mehrmengen ist nicht auf die Urkalkulation, sondern auf die tatsächlichen Mehrkosten abzustellen GK 158, 400
- Auch im Fall des § 2 Abs. 6 VOB/B soll durch die unvorhergesehenen zusätzlichen Leistungen keine der Vertragsparteien eine Besser- oder Schlechterstellung erfahren GK 158, 401
- Zum Aspekt einer Rückvergütung, d.h. zur Beteiligung der Auftraggeberin am Verkaufserlös für die gefällten Bäume GK 158, 404
- Vertiefte Preisprüfung bei Mischkalkulation und früheren negativen Erfahrungen mit der Preisgestaltung GK 182, 454
- Angemessenheit der Frist nach § 16 VOB/A 2019 bemisst sich nach den Umständen des Einzelfalls GK 199, 501
- Nachträge bei einem Detail-Pauschalpreisvertrag; Baugrundrisiko GK 220, 547
- Zum Unterschied zwischen Detail- und Global-Pauschalpreisvertrag GK 220, 547
- Ob Leistungen verlangt werden, die über den ursprünglichen Vertragsinhalt hinausgehen, ist durch Auslegung zu ermitteln GK 220, 548
- Eine Mehrvergütung steht dem Auftragnehmer nur für die über das bisherige Bausoll hinaus erbrachte Leistung zu; falls eine doppelte Beauftragung vorliegt, besteht keine doppelte Vergütungspflicht GK 220, 549
- Dem Bauherrn obliegt die Beschreibung der Bodenverhältnisse, die in den Vertrag einbezogene Beschreibung entscheidet über die Zuordnung des Baugrundrisikos auf die Vertragsparteien GK 220, 550

VOL

- Zum Ansatz der Umsatzsteuer bei der Wertung ausländischer Lieferungen GK 23, 46
- Zur Klärung der Frage, ob ein Gesamtpreis ungewöhnlich niedrig ist, ist dem Bieter zwingend Gelegenheit zur Aufklärung auffälliger Einheitspreise zu geben GK 50, 118
- Vorlage von Referenzen im VOL-Bereich GK 208, 525

Vollmacht

- Neue amtliche Muster für Vollmachten im Besteuerungsverfahren GK 2, 3

Vorkaufsrecht

- Kein Mangel der Organkompetenz beim Zueigen-Machen der Gemeinderatsentscheidung durch den ersten Bürgermeister FSSt 217, 681
- Ausübung des naturschutzrechtlichen Vorkaufsrechts durch den Freistaat Bayern zugunsten einer Gemeinde FSSt 233, 748
- In der Erteilung eines Negativzeugnisses durch die Gemeinde liegt unabhängig von dessen konkreter Fassung kein Verzicht der Gemeinde auf Ausübung des naturschutzrechtlichen Vorkaufsrechts FSSt 233, 749
- Vollzieht der Bürgermeister einen Beschluss des Gemeinderats über eine Angelegenheit, für die eigentlich der Bürgermeister allein zuständig gewesen wäre, liegt kein Mangel der Organkompetenz vor FSSt 233, 750
- Naturschutz: Umfassende Vorkaufsausübung hinsichtlich eines ungewöhnlich großen, an ein Gewässer angrenzenden Grundstücks FSSt 277, 905
- Gegen Art. 39 BayNatSchG bestehen keine verfassungsrechtlichen Bedenken FSSt 277, 906
- Das Vorkaufsrecht kann sich auch bei im Verhältnis zum Gewässer ungewöhnlich großen Grundstücken auf das gesamte Grundstück und nicht nur den Uferbereich erstrecken FSSt 277, 907
- Bei Aufwertungskonstellationen muss das objektive Aufwertungspotential zum Zeitpunkt des Entstehens des Vorkaufsrechts gegeben sein, die zugehörige Aufwertungsvorstellung spätestens im Zeitpunkt des Bescheiderlasses FSSt 277, 907
- Von dem naturschutzrechtlichen Vorkaufsrecht kann auch im Zusammenhang mit der Beschaffung von Ausgleichsflächen für eine gemeindliche Bauleitplanung Gebrauch gemacht werden FSSt 277, 908
- Für die Vorkaufsausübung gelten die allgemeinen Anforderungen an eine ordnungsgemäße Ermessensausübung sowie die allgemeinen Einschränkungen für die Ergänzung von Ermessenserwägungen FSSt 277, 908

W

Waffenrecht

- Waffenrechtliche Unzuverlässigkeit eines Funktions- bzw. Mandatsträgers der NPD FSSt 163, 519

Wahlen

- Ausstrahlung eines Wahlwerbespots der NPD zur Europawahl 2019 FSSt 9, 41

- Zu den Voraussetzungen einer einstweiligen Anordnung FSSt 9, 41
- Zur Zurückweisung von Wahlwerbung bei Verstoß gegen allgemeine Normen des Strafrechts FSSt 9, 42
- Maßgeblich ist nur die Wahlwerbung selbst FSSt 9, 42

Wasserrecht

- Untersagung der landwirtschaftlichen Düngung nahe von Hausbrunnen zur Trinkwasserversorgung FSSt 145, 455
- Düngung als „unechte“ Gewässerbenutzung (§ 9 Abs. 2 Nr. 2 WHG)? FSSt 145, 455
- Wasserrechtlicher Besorgnisgrundsatz (§ 48 Abs. 1 Satz 1 WHG) FSSt 145, 456
- Voraussetzungen eines Anspruchs auf gewässeraufsichtliches Einschreiten FSSt 145, 456
- Bei Einhaltung der Grenzwerte der Trinkwasserverordnung keine Verpflichtung zum Einschreiten FSSt 145, 457
- Anforderungen der DIN 2001-1 (Trinkwasserversorgung aus Kleinanlagen und nicht ortsfesten Anlagen) führen zu keinem anderen Ergebnis FSSt 145, 457
- Die Verordnungen über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) und über die Verwertung von Klärschlamm, Klärschlammgemisch und Klärschlammkompost (AbfKlärV) führen ebenfalls zu keinem anderen Ergebnis FSSt 145, 458

Wasserversorgung

- Duldung öffentlicher Wasser- und Abwasserleitungen in Privatgrundstücken; Beseitigung auf eigene Kosten; (Not-)Duldungsanordnung FSSt 40, 121
- Auf eine satzungsgesetzlich begründete Duldungspflicht kann eine gemeindliche Duldungsanordnung, nicht hingegen ein gerichtliches Eilrechtsschutzbegehren gestützt werden FSSt 40, 122
- Wer eine auf seinem Grundstück rechtswidrig vorhandene Leitung nach entsprechender Ankündigung auf eigene Kosten beseitigt, handelt rechtmäßig und unterliegt nicht den Beschränkungen des Selbsthilferechts nach § 229 BGB FSSt 40, 122
- Eine zivilrechtliche Duldungspflicht nach § 905 Satz 2 BGB kommt nur in Frage, wenn eine Leitung so tief liegt, dass der Grundstückseigentümer kein Interesse an ihrer Entfernung haben kann FSSt 40, 123

- Eine satzungsrechtliche Duldungspflicht besteht nicht, wenn die Inanspruchnahme des Privatgrundstücks nicht notwendig ist
FSt 40, 124
- Die satzungsrechtlich begründeten Duldungspflichten können den Erlass einer (Not-)Duldungsanordnung für den Übergangszeitraum rechtfertigen
FSt 40, 125
- Sondervereinbarung für den Anschluss an eine gemeindliche Wasserversorgungseinrichtung; Schriftform; privatrechtlicher Sonderabnahmevertrag; Kündigung; Einstellung der Wasserlieferung
FSt 41, 126
- Kein Anspruch auf Wasserversorgung im Rahmen der gemeindlichen Daseinsvorsorge
FSt 41, 126
- Schriftformerfordernis für Sondervereinbarungen nach § 8 WAS
FSt 41, 127
- Zustandekommen eines zivilrechtlichen Sonderabnahmevertrags
FSt 41, 127
- Umdeutung in eine Kündigung mit angemessener Auslauffrist
FSt 41, 128
- Beitragsmaßstab „zulässige Geschossfläche“; Unzulässige Einschränkung auf Vollgeschosse bei ausgebauten Keller- und Dachgeschossen im Außenbereich; Eintritt der Vorteilslage
GK 38, 81
- Eine Satzungsregelung, wonach ausgebauter Keller- und Dachgeschosse im Außenbereich nur herangezogen werden, wenn sie Vollgeschosse sind, ist nichtig
GK 38, 82
- Es ist zulässig, im Außenbereich gelegene Keller stets mit der vollen Fläche und Dachgeschosse nur, soweit sie ausgebaut sind, heranzuziehen
GK 38, 82
- Das Fehlen einer gültigen Außenbereichsregelung zieht die Nichtigkeit des gesamten Beitragsteils der Satzung nach sich
GK 38, 83
- Das Fehlen einer gültigen Außenbereichsregelung zieht die Nichtigkeit des gesamten Beitragsteils der Satzung nach sich
GK 38, 83
- Durch das Abstellen auf Vollgeschosse im Innen- und Außenbereich würden ungleiche Sachverhalte gleichbehandelt
GK 38, 83
- Nach nichtigem Satzungsrecht kann ein Beitrag nach der zulässigen Geschossfläche von Altanschlüßern nur vor Ablauf der Zwanzigjahresfrist abgerechnet werden
GK 38, 84
- Der Vorteil ist zwar rein tatsächlich zu verstehen, kann aber immer nur unter Berücksichtigung des satzungsgemäßen Beitragsmaßstabs bestimmt werden
GK 38, 85
- Bei Bestimmung der Vorteilslage zum Zeitpunkt des erstmaligen Anschlusses kann nicht auf den damals angewendeten, aber unwirksamen Maßstab abgestellt werden
GK 38, 85

- Beim Übergang von der tatsächlichen zur zulässigen Geschossfläche handelt es sich bei erstmals wirksamem Satzungsrecht nicht um einen Maßstabswechsel
GK 38, 86
- Die Bewertung der Vorteilslage kann nicht davon abhängen, ob sich der Satzungsgeber für eine Übergangsregelung entscheidet oder nicht
GK 38, 87
- Bei Umstellung auf die zulässige Geschossfläche in erstmals wirksamem Satzungsrecht kann der Vorteil nicht erst mit einer Flächen-erweiterung ausgelöst werden
GK 38, 87
- Haushaltsrechtlichen Bedenken kann durch entsprechende Ausgestaltung des Satzungsrechts entgegengewirkt werden
GK 38, 88
- Neuer bayerischer Musterkonzessionsvertrag-Wasser
GK 92, 238
- Herstellungsbeitrag: Anschlussbedarf einer Biogasanlage an die Wasserversorgungseinrichtung
GK 105, 266

Wasserzähler

- (Zwangsweser) Einbau elektronischer Wasserzähler durch bayerische Kommunen
FSt 193, 605

Wertermittlung

- Entschädigungsrichtlinien Landwirtschaft vom 3.5.2019 – LandR 19; Anpassung der Waldwertermittlungsrichtlinien 2000 – WaldR 2000
GK 49, 117

Windenergieanlage

- Bayerischer Windenergieerlass 2016: Konflikt zwischen geplanter Windenergieanlage und Erdbebenmessstation
FSt 223, 704
- Funktion der Erdbebenmessstationen im „Gräfenberg-Array“ und Art und Weise ihrer möglichen Beeinträchtigung durch Windenergieanlagen
FSt 223, 704
- Funktionsfähigkeit einer Erdbebenmessstation als sogenannter „unbenannter öffentlicher Belang“ nach dem Baugesetzbuch
FSt 223, 705
- Beeinträchtigung des öffentlichen Belangs durch Störung der Funktionsfähigkeit der Messstation und des Messnetzes
FSt 223, 707
- Aussagen im Bayerischen Windenergieerlass 2016 zum Mindestabstand als „antizipiertes Sachverständigengutachten“; Widerlegung durch sachverständige Stellungnahmen möglich, hier aber nicht gelungen
FSt 223, 709

Winterdienst

- Hinweise für Beschaffung und Einsatz von Fahrzeugen und Geräten im Straßenbetriebsdienst – Teil 2: Schneepflüge (H BEFG-2)
GK 200, 502

Wohngeld

- Wohngeldstärkungsgesetz FSt 107, 336
- Rückforderung von Wohngeld FSt 138, 440

Wohnraumförderung

- Gründung von Kommunalunternehmen zur Erlangung von Fördermitteln aus dem Kommunalen Wohnraumförderungsprogramm GK 147, 371

Z

Zinsen

- Nochmals: Verzinsung nach § 233 i.V.m. § 238 Abs. 1 Satz 1 AO GK 63, 160
- Zinssatz für die Verzinsung des Anlagekapitals GK 104, 265

Zivilprozessordnung

- Bekanntmachung zu § 115 der Zivilprozessordnung (Prozesskostenhilfebekanntmachung 2020 – PKHB 2020) vom 20.12.2019 GK 43, 96

Zustandsstörer

- Sicherheitsrechtliche Anordnung: Zustandsverantwortlichkeit des Eigentümers eines Grundstücks, auf dem ein vom Eichenprozessions-spinner befallener Baum steht FSt 6, 23
- Zustandsverantwortlichkeit setzt voraus, dass die Sache die ursächliche Quelle der Gefahr ist FSt 6, 23
- Der erforderliche enge Wirkungszusammenhang und das Überschreiten der Gefahren-grenze durch den Zustand der Sache sind auf-grund wertender Betrachtung aller Umstände zu prüfen FSt 6, 24
- Verhältnismäßigkeit der sicherheitsrechtlichen Anordnung FSt 6, 26

Zuwendungen, Zuschüsse

- Förderschädlicher Beginn der geförderten Maßnahme? FSt 117, 364
- Grundsätze bei staatlichen Zuwendungen, auf die kein spezialgesetzlich normierter Rechtsanspruch besteht FSt 117, 364
- Maßgeblich ist die zur Selbstbindung führende gleichmäßige und rechtskonforme Verwal-tungspraxis FSt 117, 366
- Ein Auftrag des Fördernehmers an die Baufirma, den er zwar „vorzeitig“ erteilt hat, der aber einen Vorbehalt dergestalt enthält, dass er sich für den Fall der Versagung der Förderung einseitig und kostenfrei vom Ver-trag lösen konnte, ist förderunschädlich FSt 117, 367

- Das Verbot der gerichtlichen Auslegung von Förderrichtlinien hindert ein Verwaltungs-gericht nicht, die zivilrechtlichen Willens-erklärungen der Vertragsparteien auszulegen FSt 117, 370
- Kein Vertrauensschutz wegen falscher Angaben im Förderantrag? FSt 117, 371
- Bek des StMB vom 30.10.2019 – Änderung der Richtlinien für das Bayerische Moderni-sierungsprogramm GK 24, 48
- Bek des StMPG vom 4.11.2019 – Richtlinie zur Förderung von Gesundheitsregionen^{plus} (GR^{plus}FÖR) GK 24, 48
- Bek des StMFH vom 12.11.2019 – Achtzehnte Änderung der Fahrkostenzuschuss-Bekanntma-chung GK 36, 72
- Bek des StMUK vom 11.11.2019 – Vollzug des Bayerischen Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung GK 51, 119
- Bek des StMFH vom 18.11.2019 – Änderung der Kofinanzierungs-Breitbandrichtlinie GK 51, 119
- Bek des StMB vom 12.11.2019 – Richtlinien zur Förderung städtebaulicher Erneuerungs-maßnahmen (Städtebauförderungsrichtlinien – StBauFR) GK 51, 119
- Bek des StMB vom 27.11.2019 – Änderung der Richtlinien für das kommunale Förderpro-gramm zur Schaffung von Mietwohnraum in Bayern GK 51, 119
- Bek des StMB vom 28.11.2019 – Änderung der Wohnraumförderungsbestimmungen 2012 GK 51, 119
- Bek des StMUV vom 5.12.2019 – Richtlinien zum Umwelt-Förderschwerpunkt „Klimaschutz Kommunen“ im Klimaschutzprogramm Bay-ern 2050 (Förderrichtlinien Kommunaler Klimaschutz – KommKlimaFöR) GK 51, 119
- Bek des StMAS vom 2.1.2020 – Richtlinie zur Förderung der Festanstellung von Tagespflege-personen GK 58, 143
- Bek des StMAS vom 9.1.2020 – Richtlinie zur Förderung von Investitionen zur Schaffung von Betreuungsplätzen für Grundschulkinder GK 68, 168
- Bek des StMAS vom 21.1.2020 – Richtlinie zur Förderung Koordinierender Kinderschutz-stellen KoKi – Netzwerk frühe Kindheit GK 68, 168
- Bek des StMFH vom 29.1.2020 – Richtlinie zur Förderung des Aufbaus von gigabitfähigen Breitbandnetzen im Freistaat Bayern (Bayeri-sche Gigabitrichtlinie – BayGibitR) GK 68, 168
- Bek des StMWK vom 10.2.2020 – Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen für Sing- und Musikschulen GK 93, 239

- Bek des StMAS vom 9.3.2020 – Richtlinie zur Förderung des Einsatzes von Pädagogischen Qualitätsbegleiterinnen und Qualitätsbegleitern (PQB) in Kindertageseinrichtungen GK 93, 239
- Bek des StMAS vom 27.2.2020 – Richtlinie zur Gewährung eines Leitungs- und Verwaltungsbonus zur Stärkung von Kindertageseinrichtungen GK 93, 239
- Bek des StMUV vom 3.3.2020 – Änderung der Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien GK 103, 263
- Bek des StMAS vom 26.2.2020 – Förderrichtlinien zur Umsetzung des „Fonds frühe Hilfen“ im Freistaat Bayern GK 103, 263
- Bek des StMFH vom 11.3.2020 – Richtlinie über einen Härtefonds zur Gewährung finanzieller Hilfen bei Notständen durch Elementarereignisse (Härtefondsrichtlinie – HFR) GK 103, 263
- Bek des StMELF vom 1.4.2020 – Änderung der LEADER-Förderrichtlinie für den Zeitraum 2014 bis 2020/23 im Rahmen der Maßnahmenbeschreibung LEADER gemäß Ar. 32 bis 35 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 und Art. 42 bis 44 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 GK 103, 263
- Bek des StMFH vom 9.3.2020 – Richtlinie für die Übernahme von Staatsbürgschaften bei Notständen durch Elementarereignisse im Rahmen der Härtefondsrichtlinien (HFR-Bü) GK 113, 288
- Aufhebung eines Zuwendungsbescheids bei Verstoß gegen Vergabevorschriften GK 143, 361
- Jahresfrist des § 48 Abs. 4 Satz 1 VwVfG GK 143, 361
- Ausübung des Widerrufsermessens GK 143, 362
- Bek des StMFH vom 26.6.2020 – Änderung der Glasfaser/WLAN-Richtlinie GK 169, 431
- Bek des StMFH vom 26.6.2020 – Änderung der Kofinanzierungs-Breitbandrichtlinie GK 169, 431
- Bek des StMAS vom 29.6.2020 – Richtlinie zur Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres in Bayern (FSJ-Förderrichtlinie – FSJ-FöR) GK 169, 431
- Mögliche Umsatzsteuerbarkeit von Zuschüssen einer Kommune an einen Fremdenverkehrsverein GK 187, 470
- Aktueller Stand der geförderten Breitbandanschlüsse in Bayern GK 194, 483
- Gemeinsame Bek des StMB und des StMUK vom 2.9.2020 – Vorübergehende Erhöhung der Beförderungskapazitäten im Schülerverkehr aufgrund der COVID-19-Pandemie GK 201, 504

- Rückforderung von Zuwendungen: Änderung des gesetzlichen Zinssatzes ohne Auswirkung auf bereits entstandene Zinsansprüche GK 202, 505
- Welcher Zeitpunkt für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage maßgeblich ist, bestimmt sich nach materiellem Recht GK 202, 505

Zwangsgeld

- VwZVG: Erfüllung der zwangsgeldbewehrten Handlung nach Fälligkeit des Zwangsgelds FSt 54, 161
- Rechtsnatur einer Fälligkeitsmitteilung FSt 54, 161
- Keine Beitreibung eines fälligen gewordenen Zwangsgelds, wenn der Verpflichtete die zwangsgeldbewehrte Handlung nach Fälligkeit des Zwangsgelds erfüllt; anders bei Duldungs- und Unterlassungspflichten FSt 54, 162
- Bescheidgebühr: nur für die Zwangsgeldandrohung, nicht für die Fälligkeitsmitteilung FSt 54, 164
- Erzwingung der vertragsgemäßen Beschäftigung durch Zwangsgeld FSt 176, 558

Zwangsvollstreckung

- Pfändungsschutz im Zwangsverwaltungsverfahren GK 94, 241
- Die Steuerschuld des Schuldners rechtfertigt keine Erhöhung des unpfändbaren Betrages, selbst dann, wenn die Gewinne zugunsten der Masse vereinnahmt wurden GK 153, 385
- Für die Berechnung des pfändbaren Arbeitseinkommens sind Beträge nicht mitzurechnen, die unmittelbar aufgrund steuerrechtlicher Vorschriften zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen des Schuldners abzuführen sind GK 153, 385
- Rechtmäßige Ablehnung der Erhöhung des pfändungsfreien Betrags GK 153, 386
- Gemeinsames Vollstreckungsportal der Länder – Definition bundeseinheitlicher Standards zur Erstellung und Übermittlung von Eintragungsanordnungen gemäß § 882c ZPO – Version 1.3 GK 162, 409
- Rechtswidrigkeit einer bei einer Durchsuchung durchgeführten Sachpfändung, wenn der Durchsuchungsbeschluss nachträglich aufgehoben wird GK 170, 433

Zweitwohnungssteuer

- Schätzung der Besteuerungsgrundlagen; Nacherhebung GK 29, 54

- Erfolgt bei einer zunächst zu niedrig festgesetzten Abgabe eine sog. Nacherhebung, so liegt darin keine Änderung des früheren Bescheids
GK 29, 55
- Bei der Nacherhebung von Kommunalabgaben sind die Vorschriften der §§ 172 ff. AO weder unmittelbar noch analog anwendbar GK 29, 56
- Die Nacherhebung von Kommunalabgaben kann erfolgen, ohne dass dafür frühere günstigere Bescheide geändert werden müssten
GK 29, 57
- Einheitsbewertung, Stufentarif, Befreiung für Geringverdiener, Übergangsregelung GK 53, 127
- Die Verfassungswidrigkeit der auf den Hauptfeststellungszeitpunkt 1.1.1964 bezogenen Einheitsbewertung schließt auch eine daran anknüpfende Bemessung der Zweitwohnungssteuer aus GK 53, 128
- Ein Festhalten an der Jahresrohmiete nach § 79 BewG als Bemessungsmaßstab der Zweitwohnungssteuer lässt sich weder durch örtliche Besonderheiten noch durch Praktikabilitätserwägungen rechtfertigen GK 53, 129
- Ein mit erheblichen Degressionseffekten verbundener Stufentarif bei der Zweitwohnungssteuer verstößt gegen das Gebot der vertikalen Steuergerechtigkeit GK 53, 130
- Die Steuerbefreiung für Geringverdiener nach Art. 3 Abs. 3 KAG lässt den Charakter der Zweitwohnungssteuer als Aufwandsteuer unberührt GK 53, 131
- Die Steuerbefreiung für Geringverdiener ist mit dem Gleichheitsgrundsatz vereinbar GK 53, 133
- Eine nach dem Einheitswert bemessene Zweitwohnungssteuer darf in den beiden Gemeinden, deren Satzungen Gegenstand der Verfassungsbeschwerdeverfahren war, übergangsweise noch bis zum Ende des 1. Quartals 2020 erhoben werden GK 53, 134
- Steuermaßstab der indexierten Jahresrohmiete bei Zweitwohnungssteuer GK 79, 193
- Verfassungsrecht gebietet eine gleichheitsgerechte Ausgestaltung der Bemessungsgrundlage GK 79, 194
- Der Steuermaßstab der indexierten Jahresrohmiete ist mit dem allgemeinen Gleichheitssatz nach Art. 3 Abs. 1 GG unvereinbar GK 79, 194
- Kein schutzwürdiges Vertrauen in die Zulässigkeit des Steuermaßstabs GK 79, 196
- Rückwirkender Neuerlass von Satzungen möglich GK 79, 197
- Rückwirkender Erlass einer Abgabensatzung; Heilung eines zunächst rechtswidrigen Bescheids GK 88, 225
- Bezieht sich ein Abgabenbescheid auf einen bestimmten Erhebungszeitraum, so stellt die während dieses Zeitraums geltende Abgabensatzung die für die gerichtliche Überprüfung maßgebliche Rechtsgrundlage dar, auch wenn die Satzung später aufgehoben wurde GK 88, 226
- Die nachträgliche Aufhebung einer Abgabensatzung ließe einen darauf gestützten Bescheid nur rechtswidrig werden, wenn die Aufhebung rückwirkend erfolgen würde GK 88, 227
- Steuermaßstab der indexierten Jahresrohmiete; Fortgeltungsanordnung (verneint) GK 144, 363
- Ein Eilantrag ist auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gerichtet, wenn über den Widerspruch nach Antragstellung bei Gericht entschieden worden ist GK 144, 363
- Gleichheitswidrigkeit des Steuermaßstabs der indexierten Jahresrohmiete GK 144, 364
- Keine Erstreckung der Fortgeltungsanordnung des BVerfG auf die Nachfolgesatzung des Antragsgegners GK 144, 364
- Eine verwaltungsgerichtliche Fortgeltungsanordnung scheidet ebenfalls aus GK 144, 365

II. Verzeichnis der Entscheidungen, geordnet nach der zeitlichen Reihenfolge

Die Zahlen bedeuten Randnummern

Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH)

Urteil	v. 11.07.2019	Rs. C-697.17.....	FSt	77
Urteil	v. 03.10.2019	Rs. C-197.18.....	FSt	120
Urteil	v. 03.10.2019	Rs. C-267.18.....	GK	83
Urteil	v. 04.06.2020	Rs. C-429.19.....	FSt	226

Bundesverfassungsgericht

Entscheidung	v. 15.05.2019	1 BvQ 43.19.....	FSt	9
Beschluss	v. 18.07.2019	1 BvL 1.18.....	FSt	85
Beschluss	v. 18.07.2019	1 BvR 807.12, 1 BvR 2917.13.....	GK	53
Urteil	v. 05.11.2019	1 BvL 7.16.....	FSt	98
Urteil	v. 05.05.2020	2 BvR 859.15.....	FSt	228
Beschluss	v. 07.07.2020	2 BvR 696.12.....	FSt	275

Bayerischer Verfassungsgerichtshof

Entscheidung	v. 16.07.2019	Vf. 41-IX-19.....	FSt	45
Entscheidung	v. 03.12.2019	Vf. 6-VIII-17, 7-VIII-17.....	FSt	112
Entscheidung	v. 21.01.2020	Vf. 19-VII-18.....	FSt	221

Bundesverwaltungsgericht

Urteil	v. 23.01.2019	9 C 2.18.....	FSt	79
Beschluss	v. 19.02.2019	5 P 7.17.....	FSt	52
Urteil	v. 21.02.2019	2 C 24.17.....	FSt	97
Urteil	v. 21.02.2019	4 C 9.18.....	FSt	3
Urteil	v. 28.02.2019	5 C 1.18.....	FSt	2
Beschluss	v. 07.03.2019	4 BN 45.18.....	FSt	17
Beschluss	v. 13.03.2019	4 B 39.18.....	FSt	32
Beschluss	v. 14.03.2019	2 VR 5.18.....	FSt	70
Urteil	v. 20.03.2019	4 C 5.18.....	FSt	16
Beschluss	v. 21.03.2019	4 BN 34.18.....	FSt	59
Urteil	v. 21.03.2019	7 C 26.17.....	FSt	22

Urteil	v. 28.03.2019	1 C 9.18.....	FSt	189
Urteil	v. 23.04.2019	5 C 2.18.....	FSt	138
Beschluss	v. 28.05.2019	4 BN 44.18.....	FSt	60
Urteil	v. 29.05.2019	6 C 8.18.....	FSt	249
Urteil	v. 06.06.2019	4 C 10.18.....	FSt	73
Urteil	v. 06.06.2019	4 CN 7.18.....	FSt	110
Urteil	v. 13.06.2019	3 C 28.16.....	FSt	154
Beschluss	v. 13.06.2019	4 BN 2.19.....	FSt	134
Urteil	v. 13.06.2019	4 C 4.18.....	FSt	87
Urteil	v. 19.06.2019	6 C 9.18.....	FSt	163
Urteil	v. 19.06.2019	6 CN 1.18.....	FSt	34
Beschluss	v. 25.06.2019	1 VR 1.19.....	FSt	66
Urteil	v. 27.06.2019	2 KSt 1.19.....	FSt	165
Urteil	v. 27.06.2019	5 P 2.18.....	FSt	83
Beschluss	v. 16.07.2019	4 B 9.19.....	FSt	119
Urteil	v. 25.07.2019	1 C 21.18.....	FSt	80
Urteil	v. 01.08.2019	2 A 3.18.....	FSt	164
Urteil	v. 15.08.2019	1 C 23.18.....	FSt	224
Beschluss	v. 26.08.2019	4 BN 1.19.....	FSt	168
Beschluss	v. 30.08.2019	4 B 8.19.....	FSt	143
Beschluss	v. 11.09.2019	4 BN 17.19.....	FSt	99
Urteil	v. 10.10.2019	4 CN 6.18.....	FSt	125
Beschluss	v. 14.10.2019	4 B 27.19.....	FSt	182
Urteil	v. 17.10.2019	4 CN 8.18.....	FSt	209
Urteil	v. 27.11.2019	9 C 4.19.....	GK	79
Urteil	v. 27.11.2019	9 CN 1.18.....	GK	95
Urteil	v. 28.11.2019	7 C 10.18.....	FSt	210
Beschluss	v. 16.12.2019	4 BN 16.19.....	FSt	197
Beschluss	v. 16.12.2019	4 BN 30.19.....	FSt	255
Urteil	v. 23.01.2020	2 C 22.18.....	GK	135
Urteil	v. 06.02.2020	9 C 9.18.....	GK	186
Beschluss	v. 24.02.2020	Az 9 BN 9.18.....	GK	204
Beschluss	v. 14.04.2020	9 B 4.19.....	GK	163
Beschluss	v. 04.05.2020	4 CN 4.18.....	FSt	257
Beschluss	v. 07.05.2020	4 BN 44.19.....	FSt	265
Urteil	v. 26.05.2020	8 C 20.19.....	GK	218

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

Urteil	v. 25.06.2018	20 B 17.2431.....	FSt	4
Beschluss	v. 12.09.2018	22 ZB 17.960.....	FSt	5
Urteil	v. 29.01.2019	1 BV 16.232.....	FSt	46
Beschluss	v. 15.02.2019	8 CS 18.2411.....	FSt	172
Urteil	v. 22.02.2019	14 BV 17.1251.....	GK	72
Beschluss	v. 08.03.2019	4 CE 18.2597.....	FSt	40
Urteil	v. 19.03.2019	10 BV 18.1917.....	FSt	121
Urteil	v. 12.04.2019	1 BV 17.1634.....	FSt	31
Urteil	v. 17.04.2019	8 BV 18.2005.....	FSt	173
Urteil	v. 02.05.2019	1 N 17.521.....	FSt	132
Beschluss	v. 08.05.2019	6 CS 19.577.....	GK	133
Urteil	v. 13.05.2019	4 B 18.1515.....	FSt	27
Beschluss	v. 13.05.2019	8 ZB 17.493.....	FSt	35
Urteil	v. 20.05.2019	20 B 18.1431.....	GK	38
Beschluss	v. 21.05.2019	17 P 17.1115.....	FSt	274
Beschluss	v. 21.05.2019	17 P 18.2505.....	FSt	253
Beschluss	v. 21.05.2019	17 P 18.2581.....	FSt	194
Beschluss	v. 21.05.2019	22 CS 19.547.....	FSt	54
Urteil	v. 04.06.2019	1 BV 16.1302.....	FSt	61
Urteil	v. 06.06.2019	6 B 19.246.....	GK	44
Beschluss	v. 11.06.2019	10 ZB 19.684.....	FSt	6
Beschluss	v. 24.07.2019	22 ZB 19.132.....	FSt	88
Beschluss	v. 05.08.2019	10 ZB 18.1174.....	FSt	250
Beschluss	v. 13.08.2019	4 CE 19.1436.....	FSt	41
Beschluss	v. 14.08.2019	4 CE 19.1546.....	FSt	48
Urteil	v. 18.08.2019	20 B 18.1346.....	GK	105
Beschluss	v. 30.08.2019	3 ZB 18.508.....	FSt	231
Beschluss	v. 10.09.2019	22 ZB 18.229.....	FSt	211
Beschluss	v. 20.09.2019	4 ZB 19.572.....	GK	29
Urteil	v. 26.09.2019	3 BV 17.2302.....	FSt	106
Urteil	v. 01.10.2019	14 BV 17.419.....	FSt	277
Urteil	v. 01.10.2019	14 N 18.389.....	FSt	278
Beschluss	v. 07.10.2019	22 CS 19.1418.....	FSt	133
Urteil	v. 11.10.2019	22 B 19.840.....	FSt	117
Beschluss	v. 16.10.2019	6 ZB 19.1292.....	GK	60

Beschluss	v. 23.10.2019	8 ZB 19.1323	FSt	145
Beschluss	v. 28.10.2019	14 ZB 18.2060	FSt	217
Beschluss	v. 28.10.2019	14 ZB 18.2060	FSt	233
Urteil	v. 29.10.2019	6 CE 19.1386	FSt	208
Urteil	v. 12.11.2019	22 BV 17.2448	FSt	223
Urteil	v. 18.11.2019	4 BV 18.1982	FSt	200
Beschluss	v. 18.11.2019	4 CS 19.1839	FSt	92
Urteil	v. 21.11.2019	4 B 19.649	FSt	161
Beschluss	v. 27.11.2019	15 CS 19.1906	FSt	185
Beschluss	v. 03.12.2019	17 P 18.1852	FSt	181
Beschluss	v. 10.12.2019	4 CS 19.712, 4 CS 19.713	GK	61
Beschluss	v. 18.12.2019	4 CE 19.1977	FSt	104
Beschluss	v. 07.01.2020	4 ZB 18.2045	GK	70
Beschluss	v. 14.01.2020	4 ZB 19.1643	GK	88
Beschluss	v. 17.01.2020	10 CE 20.111	FSt	147
Urteil	v. 29.01.2020	4 B 18.2285	GK	115
Urteil	v. 29.01.2020	4 B 19.1354	FSt	205
Beschluss	v. 03.02.2020	6 ZB 19.2115	GK	80
Beschluss	v. 24.02.2020	4 CS 19.2271	GK	144
Beschluss	v. 02.03.2020	22 ZB 18.859	FSt	232
Beschluss	v. 02.03.2020	22 ZB 18.893	FSt	245
Beschluss	v. 05.03.2020	4 CE 20.278	FSt	166
Beschluss	v. 19.03.2020	10 ZB 19.459	FSt	270
Beschluss	v. 19.03.2020	6 B 20.81	GK	202
Beschluss	v. 23.03.2020	22 ZB 18.1514	FSt	186
Beschluss	v. 15.04.2020	5 CS 20.2087	FSt	251
Beschluss	v. 30.04.2020	10 CE 20.999	FSt	246
Beschluss	v. 26.05.2020	4 ZB 19.1934	GK	155
Beschluss	v. 04.06.2020	10 CS 20.839	FSt	259
Beschluss	v. 15.06.2020	4 ZB 20.159	FSt	222
Beschluss	v. 07.08.2020	4 CE 20.1442	FSt	273

Andere Verwaltungsgerichtshöfe und Oberverwaltungsgerichte

OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 07.01.2019	1 B 1792.18	FSt	53
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 18.02.2019	14 B 44.19	GK	59
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 10.04.2019	14 B 419.19	GK	110

OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 15.08.2019	15 A 2792.18.....	GK	143
OVG Sachsen-Anhalt	Beschluss	v. 22.03.2019	2 R 9.19.....	FSt	151
OVG Sachsen-Anhalt	Urteil	v. 26.09.2019	2 L 19.18.....	FSt	269
OVG Sachsen-Anhalt	Urteil	v. 19.11.2019	4 L 103.18.....	GK	196
OVG Sachsen	Urteil	v. 27.11.2018	4 A 688.17.....	FSt	19
OVG Thüringen	Urteil	v. 18.12.2018	1 KO 561.16.....	FSt	21
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 25.10.2018	5 S 1474.18.....	FSt	20
VGH Hessen	Beschluss	v. 02.05.2019	1 B 2040.18.....	FSt	219

Verwaltungsgerichte

VG Bayreuth	Urteil	v. 10.12.2019	B 5 K 18.305.....	GK	165
VG Regensburg	Urteil	v. 13.03.2019	RN 1 K 18.90.....	FSt	263

Bundesgerichtshof

Urteil	v. 07.02.2019	VII ZR 63.18.....	FSt	10
Urteil	v. 26.02.2019	VI ZR 272.18.....	FSt	135
Urteil	v. 26.03.2019	II ZR 244.17.....	FSt	139
Urteil	v. 10.04.2019	VIII ZR 56.18.....	GK	11
Urteil	v. 24.04.2019	VIII ZR 82.18.....	GK	76
Urteil	v. 07.05.2019	VI ZR 512.17.....	GK	22
Urteil	v. 18.06.2019	X ZR 86.17.....	FSt	8
Beschluss	v. 09.07.2019	EnVR 41.18.....	GK	32
Beschluss	v. 09.07.2019	EnVR 52.18.....	GK	32
Urteil	v. 11.07.2019	VII ZR 266.17.....	FSt	47
Urteil	v. 17.07.2019	VIII ZR 224.18.....	GK	73
Urteil	v. 24.07.2019	VIII ZR 141.17.....	GK	101
Urteil	v. 15.08.2019	III ZR 18.19.....	FSt	206
Urteil	v. 20.08.2019	II ZR 121.16.....	FSt	56
Urteil	v. 22.08.2019	III ZR 113.18.....	FSt	78
Urteil	v. 17.09.2019	X ZR 124.18.....	FSt	137
Beschluss	v. 19.09.2019	IX ZB 2.18.....	GK	153
Urteil	v. 20.09.2019	V ZR 218.18.....	FSt	67
Urteil	v. 30.09.2019	AnwZW (BrfG) 38.18.....	FSt	237
Beschluss	v. 10.10.2019	V ZB 154.18.....	GK	94
Urteil	v. 23.10.2019	XII ZR 125.18.....	FSt	126

Urteil	v. 07.11.2019	I ZR 42.19.....	FSt	234
Beschluss	v. 13.11.2019	XII ZB 118.17.....	FSt	216
Beschluss	v. 20.11.2019	XIII ZB 5.19.....	FSt	215
Urteil	v. 21.11.2019	VII ZR 10.19.....	FSt	62
Urteil	v. 18.12.2019	VIII ZR 236.18.....	GK	150
Urteil	v. 18.12.2019	VIII ZR 332.18.....	GK	85
Urteil	v. 18.12.2019	VIII ZR 62.19.....	GK	141
Beschluss	v. 08.01.2020	5 StR 366.19.....	FSt	188
Urteil	v. 14.01.2020	XIII ZR 5.19.....	GK	137
Urteil	v. 24.01.2020	V ZR 155.18.....	FSt	179
Urteil	v. 28.01.2020	EnZR 116.18.....	GK	207
Urteil	v. 28.01.2020	EnZR 99.18.....	FSt	279
Urteil	v. 30.01.2020	VII ZR 33.19.....	FSt	144
Urteil	v. 29.04.2020	VIII ZR 31.18.....	GK	159
Beschluss	v. 19.09.2020	IX ZB 23.19.....	GK	78

Andere Zivil- und Strafgerichte

LG Nürnberg-Fürth	Beschluss	v. 22.01.2020	7 S 693.19.....	GK	190
OLG Brandenburg	Urteil	v. 16.10.2019	4 U 80.18.....	FSt	170
OLG Brandenburg	Urteil	v. 06.11.2019	4 U 123.19.....	GK	209
OLG Brandenburg	Beschluss	v. 30.01.2020	7 W 51.17.....	GK	129
OLG Brandenburg	Urteil	v. 22.04.2020	11 U 153.18.....	GK	158
OLG Celle	Urteil	v. 20.11.2019	14 U 191.13.....	GK	138
OLG Dresden	Beschluss	v. 02.07.2019	16 U 975.19.....	FSt	136
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 05.09.2018	Verg 32.18.....	GK	15
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 13.03.2019	Verg 42.18.....	FSt	50
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 15.05.2019	Verg 61.18.....	FSt	36
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 12.06.2019	Verg 8.19.....	FSt	213
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 20.12.2019	Verg 18.19.....	FSt	225
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 20.12.2019	Verg 35.19.....	GK	130
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 12.02.2020	Verg 24.19.....	FSt	150
OLG Düsseldorf	Urteil	v. 13.03.2020	22 U 222.19.....	GK	128
OLG Frankfurt am Main	Beschluss	v. 03.01.2020	2 Ss-Owi 983.18.....	FSt	212
OLG Karlsruhe	Beschluss	v. 14.08.2019	15 Verg 10.19.....	FSt	114
OLG Karlsruhe	Urteil	v. 18.09.2019	7 U 21.18.....	FSt	155
OLG Koblenz	Beschluss	v. 05.02.2019	4 U 635.18.....	FSt	42

OLG Koblenz	Urteil	v. 23.05.2019	2 U 1447.16	GK	166
OLG Koblenz	Urteil	v. 31.05.2019	6 U 1075.18	FSt	267
OLG Köln	Beschluss	v. 12.07.2018	16 U 52.18	FSt	183
OLG München	Beschluss	v. 17.04.2019	Verg 13.18.....	GK	74
OLG München	Beschluss	v. 08.07.2019	Verg 2.19	FSt	162
OLG München	Beschluss	v. 16.09.2019	34 Wx 445.18	GK	151
OLG München	Beschluss	v. 07.07.2020	9 U 2001.19 Bau.....	FSt	276
OLG Naumburg	Urteil	v. 18.07.2019	8 U 21.17	GK	183
OLG Naumburg	Beschluss	v. 18.10.2019	7 Verg 5.19.....	FSt	235
OLG Naumburg	Urteil	v. 16.12.2019	12 U 114.19	GK	220

Bundesarbeitsgericht

Urteil	v. 22.01.2019	9 AZR 149.17.....	GK	39
Urteil	v. 30.01.2019	5 AZR 556.17.....	GK	40
Urteil	v. 31.01.2019	2 AZR 426.18.....	FSt	12
Urteil	v. 07.02.2019	6 AZR 75.18.....	FSt	71
Urteil	v. 19.03.2019	9 AZR 315.17.....	FSt	44
Urteil	v. 19.03.2019	9 AZR 495.17.....	FSt	95
Urteil	v. 11.04.2019	6 AZR 110.18.....	FSt	57
Urteil	v. 11.04.2019	6 AZR 249.18.....	GK	146
Urteil	v. 17.04.2019	7 AZR 323.17.....	FSt	115
Beschluss	v. 07.05.2019	1 ABR 53.17	FSt	23
Urteil	v. 16.05.2019	6 AZR 329.18.....	FSt	96
Urteil	v. 16.05.2019	8 AZR 315.18.....	FSt	82
Urteil	v. 16.05.2019	8 AZR 530.17.....	FSt	180
Urteil	v. 26.06.2019	5 AZR 178.18.....	GK	157
Urteil	v. 27.06.2019	2 ABR 2.19	FSt	65
Urteil	v. 18.09.2019	5 AZR 240.18.....	GK	117
Urteil	v. 24.09.2019	9 AZR 435.18.....	FSt	214
Urteil	v. 24.09.2019	9 AZR 481.18.....	FSt	195
Urteil	v. 16.10.2019	4 AZR 284.18.....	FSt	178
Urteil	v. 19.11.2019	7 AZR 582.17.....	FSt	220
Urteil	v. 20.11.2019	5 AZR 578.18.....	FSt	177
Urteil	v. 28.11.2019	8 AZR 125.18.....	FSt	227
Urteil	v. 28.11.2019	8 AZR 35.19.....	FSt	236
Urteil	v. 11.12.2019	4 AZR 310.16.....	FSt	190

Urteil	v. 11.12.2019	5 AZR 505.18.....GK	118
Urteil	v. 05.02.2020	10 AZB 31.19.....FSt	176
Urteil	v. 27.02.2020	2 AZR 390.19.....FSt	240

Bundesfinanzhof

Beschluss	v. 13.02.2019	XI R 34.16.....GK	90
Urteil	v. 13.03.2019	I R 66.16.....GK	116
Urteil	v. 10.04.2019	II R 16.17.....GK	54
Urteil	v. 30.04.2019	VII R 14.18.....GK	134
Urteil	v. 26.06.2019	VIII R 43.15.....GK	89
Urteil	v. 03.07.2019	VI R 36.17.....GK	109
Urteil	v. 15.10.2019	VII R 6.18.....GK	170
Urteil	v. 27.11.2019	V R 23.19.....GK	197
Urteil	v. 10.12.2019	I R 24.17.....GK	219
Beschluss	v. 18.12.2019	XI R 31.17.....GK	187
Beschluss	v. 29.01.2020	I R 4.20.....GK	126

Bundessozialgericht

BSG	Urteil	v. 04.04.2019	B 8 SO 10.18 R.....FSt	280
BSG	Urteil	v. 07.05.2019	B 2 U 31.17 R.....FSt	118
BSG	Beschluss	v. 08.05.2019	XII ZB 560.16.....FSt	159
BSG	Urteil	v. 04.06.2019	B 12 R 11.18 R.....FSt	15
BSG	Urteil	v. 20.08.2019	B 2 U 1.18 R.....FSt	264
BSG	Urteil	v. 19.09.2019	B 12 R 25.18 R.....GK	41